

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Kreuzzug, Klassenkampf oder Bruderkrieg“ in den Straßen
Madrids –
Umbenennung von Straßennamen als Medien des kollektiven
Gedächtnisses und Metaphernanalyse der Parlamentsdebatte
und Tagespresse über die „*Ley de Memoria Histórica*“

verfasst von

Julia Malisch

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, April 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 353 313

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Lehramtsstudium UF Spanisch, UF Geschichte, Sozialkunde,
Politische Bildung

Betreut von:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich all jenen meinen Dank ausdrücken, die diese Arbeit erst möglich gemacht haben:

Meinen Eltern und meiner Schwester, die mir immer mit Rat und aufmunternden Worten zur Seite gestanden sind und sich um mein leibliches wie seelisches Wohl gekümmert haben. Meinem Freund, der zu jeder Tag- und Nachtzeit für mich da war und mich in all meinen Launen unterstützte. Meiner besten Freundin, mit der ich stundenlang auf der Nationalbibliothek gesessen bin und die mich immer wieder den Stress der Arbeit vergessen ließ. Meine lieben Omis, allen anderen Familienmitgliedern und den vielen Menschen, die ich meine Freunde und Freundinnen nennen darf und die mich im Jahr des Diplomarbeitsschreibens begleitet und motiviert haben. Durch ihre viele Geduld, Inspiration, Aufmerksamkeit, Korrekturlesungen, die unzähligen Gespräche und die viele Zeit, die sie sich für mich nahmen, haben sie alle Anteil an dieser Arbeit und zu deren Vollendung beigetragen.

Außerdem gilt hier mein Dank auch meinem Diplomarbeitsbetreuer, Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb, für die Hilfe bei der Themenfindung und die rasche Verbesserung der nun endlich fertig gestellten Arbeit.

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Forschungsfragen und Vorgehensweise	8
3	Forschungsstand	12
4	Methoden und Theorie	13
4.1	„ <i>Memoria histórica</i> “ – Straßennamen als Medien des kollektiven Gedächtnisses ...	13
4.2	Drei „große Narrative“ des Spanischen Bürgerkriegs nach Richards	17
4.3	Metaphernanalyse	21
5	Theorieteil: Historischer Exkurs – Vom Bürgerkrieg zum „Gedächtnisboom“	24
5.1	Vorgeschichte und Auslöser des Bürgerkriegs	24
5.2	„ <i>La guerra</i> “ 1936–1939 und der „ <i>franquismo</i> “	27
5.3	Von der <i>transición</i> bis heute	32
5.4	Der „Gedächtnis Boom“ der 2000er	35
5.4.1	Internationales Echo – UNO, EU	38
5.4.2	Menschenrechts- und Opferorganisationen	39
5.4.3	Die Rolle der Katholischen Kirche	39
6	„ <i>Ley de Memoria Histórica</i> “	41
6.1	Der Inhalt des Gesetzes	42
6.1.1	Präambel	42
6.1.2	Opferanerkennung, finanzielle und moralische Reparation	43
6.1.3	Nationalität	44
6.1.4	Archiv	45
6.1.5	Massengräber	45
6.1.6	<i>Valle de los Caídos</i>	46
6.1.7	Artikel 15 – Symbole und öffentliche Monumente	47
7	Ergebnisteil I: Metaphernanalyse der Debatte und Zeitungsartikel	50
7.1	Debatte im spanischen Parlament	50
7.1.1	Kritik und Metaphern des <i>Partido Popular</i>	52
7.1.2	Die Präsentation und Reaktion des <i>Partido Socialista Obrero Español</i>	58
7.2	Die spanische Tagespresse	60
7.2.1	Charakterisierung „ <i>El País</i> “ und „ <i>El Mundo</i> “	60
7.2.2	Artikel zur „ <i>Ley de Memoria Histórica</i> “	62
7.2.3	Metaphern und Perspektiven	64
7.3	Metaphern – Debatte und Zeitungen im Vergleich	69

7.3.1	Fazit – Parlamentsdebatte.....	69
7.3.2	Fazit – Gesetz und Artikel 15.....	70
7.3.3	Fazit – „ <i>Memoria Histórica</i> “.....	70
8	Ergebnisteil II: Straßennamen als Medien des kollektiven Gedächtnis.....	71
8.1	Bestandsaufnahme der franquistischen Symbolik im öffentlichen Raum.....	77
8.1.1	Straßennamen.....	77
8.1.2	Ortsnamen.....	78
8.1.3	Monumente und Denkmäler.....	80
8.1.4	Plaketten und Kreuze.....	81
8.1.5	Weitere Symbole.....	82
8.2	Die Straßennamen Madrids.....	83
8.2.1	Straßenzüge, die Francisco Franco Bahamonde gewidmet wurden.....	87
8.2.2	Straßen, die an Generäle des Putsches und Falangisten erinnern.....	88
8.2.3	Straßenzüge symbolischen Charakters.....	89
8.2.4	Straßen der „Märtyrer“, „Helden“ und Schlachten.....	90
8.2.5	Straßennamen, die Feiertagen gewidmet wurden.....	91
8.2.6	Fazit.....	92
8.3	Exkurs: Weibliche Straßennamen.....	93
8.4	Exkurs: Straßennamen für ETA-Mitglieder.....	94
8.5	Die Umsetzung des Artikel 15.....	95
8.5.1	“ <i>El País</i> ” und “ <i>El Mundo</i> ” 2006–2013.....	95
8.5.2	Umbenennungspolitiken in Madrid 2006–2013.....	97
8.5.3	Reaktionen auf Straßenumbenennungen in Spanien.....	100
9	Conclusio und Ausblick.....	103
10	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	107
10.1	Abbildungen.....	107
10.2	Primärquellen.....	107
10.3	Literatur.....	109
10.4	Internetquellen.....	112
11	Anhang.....	114
11.1	Abstract.....	114
11.2	Lebenslauf.....	115

1 Einleitung

„Wussten Sie, dass Doktor Zamenhoff als Erfinder des Esperantos gilt?“ – Ich hatte natürlich keine Ahnung davon, wer der Namenspate der Straße war, in der ich einen Großteil meines Erasmussemesters auf Teneriffa verbrachte. Kurzum, Straßennamen dienten für mich in erster Linie der Orientierung. Mit der Zeit gesellte sich zu der räumlichen Komponente auch eine ereignisbezogene, emotional besetzte. In der *Avenida Trinidad* fanden immer die großen Feiern statt, fällt der Name *Molinos de Agua*, denke ich sofort an die Stunden, die ich zusammen mit meinen neuen Freunden auf der Universitätsbibliothek verbracht habe, in der Hoffnung, dort die Konzentration für diverse Arbeiten zu finden. Grundsätzlich machte ich mir nicht viele Gedanken um die farbigen Schilder, welche an jeder Hausmauer angebracht waren, man könnte durchaus behaupten, ich ging relativ „blind“ durch die Straßen der Stadt, ohne den Fokus auf die Decodierung ihres Zeichensystems zu werfen.

2008 wird die große Einkaufsstraße in Santa Cruz de Tenerife von *Rambla del General Franco* in *Rambla Santa Cruz* umbenannt, die *Avenida del General Mola* entfernt und durch *Avenida de las Islas Canarias* ersetzt. Mit ihnen verschwinden auch die Straßen, welche an *General Goded*, *Sanjurjo*, *Móscardo* oder *José Antonio* erinnerten, allesamt beteiligt am Putsch vom 18. Juli 1936, welcher den Spanischen Bürgerkrieg einleitete.¹

So schien mir die Idee meines Diplomarbeitsbetreuers, Univ. Prof. DDr. Mag. Oliver Rathkolb, deren Existenz und Bedeutung zu hinterfragen, als ausgesprochen interessantes Forschungsfeld. Straßen werden bestimmten Ereignissen, Menschen, Orten, etc. gewidmet, die zu einer bestimmten Zeit als „bedeutend“ und „identitätsstiftend“ empfunden werden.

Abseits der vermeintlichen Willkür und Selbstverständlichkeit sollte jedoch die Fragen gestellt werden: Wer hat die Straßen benannt? Und vielleicht noch viel spannender: Warum?

Aus einer schier unendlichen Anzahl an möglichen Namen haben sich genau jene durchgesetzt, welche wir heute in den Stadtplänen finden. Diese sind ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens, da sie definieren wo wir wohnen, wo wir zur Schule, zur Arbeit gehen, wo wir essen, uns mit Freunden und Freundinnen treffen, wie wir dem Taxifahrer/der Taxifahrerin den einfachsten Weg nach Hause beschreiben. Ihnen wohnt also eine Orientierungsfunktion inne. Straßen zu benennen und nicht einfach zu nummerieren erweitert diese Funktion um eine Art historischen Kontext der Stadt.

¹ Vgl. Herrera, Álex (2008): „Entre el amor y el perdón“, 19.12., in: http://www.abc.es/hemeroteca/historico-19-12-2008/abc/Canarias/entre-el-amor-y-el-perdon_911985355099.html (10.07.2014)

Doch Straßen stellen nicht unbedingt eine Konstante dar. Sie werden abgeändert, umbenannt, erweitert, neu gepflastert, die Stadt steht nicht still. Gründe, an Straßennamen Anstoß zu finden, verstehe ich als Anzeichen einer sich verändernden Werteorientierung.

Manchmal geht die Initiative von Einzelnen aus. Als Beispiel dafür möchte ich hier die „Große Mohrengasse“ im 2. Wiener Gemeindebezirk, Ecke Rotensterngasse, anführen, die ein/e anonyme/r WienerIn schlicht in „Große Möhrengasse“ umgetauft hat.² Sie kann auch von Gruppen gelenkt werden, wie die Aktion „*Calles contra la Impunidad*“ („Straßen gegen die Straflosigkeit“) des *Foro por la Memoria Madrid*. Zum 75. Jahrestag des Militärputsches protestieren die Aktivisten gegen die Untätigkeit der Stadt und der Comunidad Madrid in Bezug



Abbildung 1: „Straße gegen die Straflosigkeit“

auf die Umsetzung der *Ley de Memoria Histórica*, indem sie franquistische Straßennamen „umbenennen“. Dadurch erhält die Sportanlage Moscardó den Beinamen „*Criminal Moscardó*“, die Straße die dem Militärpsychologen

Vallejo Nájera³ gewidmet war, wird zur „Straße gegen die Straflosigkeit“, andere Aufkleber des Foros lauten „14 de abril“ (Ausrufung der 2. Republik) oder „Straße für die Freiheit“.⁴

In Wien wird eine Historikerkommission von der Stadt beauftragt, die Lebensläufe jener Menschen, welche sich hinter den Straßennamen verbergen, aufzurollen und auf ihre Tauglichkeit zur Unterstützung einer demokratisch ausgerichteten Gesellschaft zu prüfen. Infolgedessen wurde 2012 der Standort der Universität, der zuvor noch an den antisemitisch eingestellten Bürgermeister Dr. Karl Lueger erinnerte, in *Universitätsring 1* umbenannt.⁵ Damit tritt eine weitere Gruppe von Akteuren und Akteurinnen ins Spiel: die politischen Machtträger und Machtträgerinnen. In der Regel haben diese das erste und das letzte Wort bei der Taufe von Straßen und die Kompetenz, jene Änderungen offiziell in die Register und Stadtpläne einzuschreiben.

² Ob dies als politischer Akt angesehen werden kann, sei dahingestellt, da wir die Beweggründe der Umbenenner*innen nicht nachprüfen können. Dennoch soll dies Erwähnung finden, da es sich um eine bis heute nicht entfernte Umgestaltung des öffentlichen Raumes handelt.

³ Auf den Fehler, der dem Foro bei diesem Protestakt unterlaufen ist, werde ich im Kapitel „Ergebnisteil II: Straßennamen als Medien des kollektiven Gedächtnis“ näher eingehen.

⁴ Torres Benayas, Victoria (2011): „De Doctor Vallejo Nájera a calle Contra la Impunidad.“ 18.07., in: http://elpais.com/elpais/2011/07/18/actualidad/1310977031_850215.html (10.10.2014)

⁵ Vgl. APA (2012): „Dr.-Karl-Lueger-Ring wird in Universitätsring umbenannt.“ 19.04., in: <http://derstandard.at/1334795565355/Wien-Dr-Karl-Lueger-Ring-wird-in-Universitaetsring-umbenannt> (20.07.2014); Schmidt, Katharina (2013): „Straßennamen im Umbruch.“ 06.05., in: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtpolitik/?em_cnt=544295 (20.07.2014)

Anders als in Spanien, wo die Umbenennung franquistischer Straßennamen ab 2007 in einem Gesetz festgeschrieben steht, plädiert der Wiener Kulturstadtrat Mailath-Pokorny für erklärende Zusatztafeln, denn er wolle „die Dinge nicht auslöschen, sondern sie sichtbar machen“. ⁶ Namensgebungen seien ein Spiegel der Stadtgeschichte und "man soll nicht so tun, als ob es keine dunklen Seiten gegeben hätte". ⁷

Die dunkelsten Kapitel der Spanischen Geschichte im 20. Jahrhundert stellen mit großer Sicherheit der Bürgerkrieg und die folgende Diktatur dar. Die Frage der Sichtbarmachung oder Tilgung dieses schwierigen Erbes, dessen Aufarbeitung noch lange nicht abgeschlossen ist, beantwortet Spanien in seinem Gesetz zur „historischen Erinnerung“, welches den Ausgangspunkt meiner Untersuchungen bildet.

Sämtliche Zitate aus spanischsprachiger Quelle oder Literatur – Gesetze, Parlamentsdebatten, Zeitungsartikel, etc. – wurden eigenständig von mir übersetzt.

Um eine flüssige Lesbarkeit des Textes zu garantieren, wurde, abgesehen von dem Kapitel Forschungsfragen, nur die männliche Form verwendet.

Die Statistiken zu den Tageszeitungen „*El País*“ und „*El Mundo*“ erstellte im Zuge meiner Recherche. Bei „*El País*“ diente mir das Printmedium als Ausgangspunkt. „*El Mundo*“ ist weder in der Nationalbibliothek, noch im *Instituto Cervantes* oder den Bibliotheken der Universität Wien erhältlich, daher wurde hier die kostenpflichtige Online-Datenbank der Zeitung verwendet. Zum einen war dadurch zwar ein Vergleich beider Zeitungen in gedruckter Ausgabe möglich, auf Grund der unzulänglichen Kennzeichnung (insbesondere die Jahre 2006-2007 betreffend), sind bei „*El Mundo*“ allerdings auch die regionalen Ausgaben (z.B. *Diario de Valladolid*) mit einberechnet.

⁶ Schmidt, Katharina (2013): „Straßennamen im Umbruch.“ 06.05., in: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtpolitik/?em_cnt=544295 (20.07.2014)

⁷ APA (2012): „Dr.-Karl-Lueger-Ring wird in Universitätsring umbenannt.“ 19.04., in: <http://derstandard.at/1334795565355/Wien-Dr-Karl-Lueger-Ring-wird-in-Universitaetsring-umbenannt> (20.07.2014)

2 Forschungsfragen und Vorgehensweise

“El 65% de los españoles quiere que se investigue la Guerra Civil y se rehabilite a las víctimas”⁸ titelt “*El País*” am 18. Juli 2006, 70 Jahre nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges, welcher in einer 36-jährigen Diktatur mündet und die Politik Spaniens bis heute wie kein anderes Thema bewegt.

Im Jahr 2007 wird unter der Regierung José Luis Rodríguez Zapatero (*Partido Socialista Obrero Español*) das umstrittene Gesetz 52/2007 zur “historischen Erinnerung” (oder auch zum “historischen Gedächtnis”) verabschiedet, im Volltitel: “*Ley por la que se reconocen y amplían derechos y se establecen medidas en favor de quienes padecieron persecución o violencia durante la Guerra Civil y la Dictadura*”.

Dieses geht auf bereits vorhergegangene Initiativen der Oppositionsparteien (insbesondere während der letzten zwei Legislaturperioden des *Partido Popular* 1996–2004) sowie die Forderungen von Opferverbänden, wie beispielsweise ARMH (*Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica*), zurück und lässt sich einreihen in eine Liste von Maßnahmen, die auf den „Gedächtnisboom“ seit Anfang der 2000er antworten. Kurz zusammengefasst intendiert das Gesetz gewisse Altlasten der Franco-Diktatur aufzuarbeiten und soweit möglich, deren bis dato von Staatsseite unbedachte Opfer zu entschädigen. Das Leitmotiv stellt zum einen die Verurteilung der Diktatur und der Regierungsform Diktatur im Allgemeinen dar, zum anderen die Anerkennung und Wiedergutmachung derjenigen, die während des Bürgerkriegs und unter dem Franquismus Repressionen erlitten haben. Aus den 22 Gesetzespunkten lassen sich gleich vier große Polemiken ableiten, welche die Debatte in Parlament und Tagespresse beherrschen werden: die Ablehnung einer Annullierung der franquistischen Gesetze und Gerichtsurteile, die staatlichen Zuständigkeiten bei der Exhumierung von Massengräbern, die Verleihung der Nationalität für Kinder und Enkel von Exilantinnen und Exilanten sowie für Mitglieder der Internationalen Brigaden und die Entfernung, Umgestaltung und Neubewertung franquistischer Symbolik im öffentlichen Raum, insbesondere des *Valle de los Caídos*.

⁸ „65% der Spanier und Spanierinnen wollen, dass der Bürgerkrieg untersucht und die Opfer rehabilitiert werden.“

El País (2006): „El 65% de los españoles quiere que se investigue la Guerra Civil y se rehabilite a las víctimas.“ In: *El País*, 18.07., 23.

In meiner Arbeit möchte ich die Entstehungsgeschichte des Gesetzes und den politischen, wie auch den gesellschaftlichen Kontext darlegen und mich in der Folge auf einen Teilbereich des Artikels 15 des Gesetzes konzentrieren: die Umbenennung von franquistischen Straßennamen. Ohne einen Abriss der speziellen Gegebenheiten der spanischen Geschichte im 20. Jahrhundert und der neuen „Erinnerungskultur“ des anbrechenden 21. Jahrhunderts, ist die Kritik an der „*Ley de Memoria Histórica*“, wie sie landläufig bezeichnet wird, schwer nachvollziehbar.

Um die Positionen der einzelnen Parteien, vor allem des PSOE und des PP, zu verstehen, habe ich mich für eine Metaphernanalyse der Debatte über das Gesetz im spanischen Parlament entschieden. Mithilfe der verwendeten Metaphern lassen sich Argumentationslinien – oder „verhärtete Konflikt-Fronten“, um hier ebenfalls einen metaphorischen Ausdruck zu verwenden – sichtbar machen. Dazu möchte ich das Konzept von Lakoff und Johnson anwenden, wonach Metaphern nicht nur Denk- sondern auch Handlungsmuster strukturieren. Des Weiteren ist nun zu untersuchen, ob diese Debatte in der spanischen Gesellschaft ebenfalls eine ähnliche Kontroverse auslöst, beziehungsweise überhaupt den großen Stellenwert einnimmt, der ihr und dem Gesetz von Seiten der Regierung zugeschrieben wird. Dazu möchte ich eine quantitative sowie qualitative Analyse der zwei auflagenstärksten Tageszeitungen Spaniens durchführen.

Im Falle von „*El País*“ gehe ich – in Übereinstimmung mit der Charakterisierung der Zeitungen durch Walther L. Bernecker – davon aus, dass eine eher dem PSOE, und im Falle von „*El Mundo*“ eher dem PP gewogene Berichterstattung zu finden ist.⁹ Die beiden Parteien sind zwischen 2004 und 2013 die zwei stimmenstärksten, wobei sich das Machtverhältnis von einer PSOE-Mehrheit zu einer PP-Mehrheit hin entwickelte. Es soll festgehalten werden, wie sich die Metaphern der politischen Debatte in der Tagespresse widerspiegeln.

Quantitativ möchte ich dabei untersuchen, wie viele Artikel zum Thema „*Ley de Memoria Histórica*“ im Allgemeinen und zum Artikel 15 im Besonderen publiziert wurden.

- Welchen Stellenwert nimmt der Artikel 15 des Gesetzes im Diskurs der Tageszeitungen ein? In welcher Art nehmen die Zeitungen Stellung zu den Themen: Parlamentsdebatte, Gesetz, Artikel 15 und „*Memoria Histórica*“?

Als Auswahlkriterium für die Texte habe ich die Schlagwörter „*Ley de Memoria Histórica*“ gewählt. Dies scheint mir sinnvoll, da das Gesetz erst 2006 seinen neuen Titel „*Ley por la que se reconocen y amplian...*“ erhielt. Die Umbenennung ist sicherlich auch als Reaktion auf die Kritik von Politikern, Historikern und Philosophen an einem aufoktroyierten „historischen

⁹ Vgl. Bernecker, Walther L. (2008): „Politik zwischen Konsens und Konfrontation: Spanien im 21. Jahrhundert.“ In: *Spanien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Vervuert, Frankfurt/Main. 90, 92.

Gedächtnis“ zu verstehen. Die Abgeordneten des PP halten diese Kritik während der gesamten Debatte aufrecht und werfen der Regierung vor, eine offizielle Geschichtsschreibung durchsetzen zu wollen, wie sie in Orwells Werk „1984“ beschrieben wird.¹⁰ Trotz der Namensänderung, wird in den Zeitungsartikeln sowie in der Sekundärliteratur, zumeist der einprägsamere und bereits länger geläufige Name verwendet.

Als zeitlichen Rahmen habe ich die Jahre 2006–2013 festgelegt. 2006 begründe ich mit der Beschließung des Jahres der „*Memoria Histórica*“, als Gedächtnisjahr des Ausbruchs des Spanischen Bürgerkrieges. Im selben Jahr wird die erste Gesetzesvorlage der 2004 eingesetzten Kommission zur Ermittlung der Schadensansprüche fertiggestellt. 2013 schließt für mich, als das aktuellste vergangene Jahr nach Beginn der Diplomarbeit, die zeitliche Klammer der Untersuchung.

Für die Metaphernanalyse wähle ich die jeweiligen Zeiträume um die Parlamentsdebatten (2006–2007) und die Publikation des Gesetzes.

Während sich der erste Teil meiner Arbeit also mit der Metaphernanalyse von Debatte und Zeitungsartikel beschäftigt, widme ich mich im zweiten Teil, welcher das Kernstück der Arbeit bildet, den Straßennamen als Medien von Geschichtspolitik.

Wenn Straßennamen als Gedächtnisspeicher oder „*lieux de mémoire*“ (nach Pierre Nora) verstanden werden, macht sie dies nicht nur zu „Zeugen“ der Geschichte einer Stadt, sondern vor allem zu Manifestationen der politischen Machtverhältnisse. Nach Michael Richards Theorie haben sich drei große Narrative über den Spanischen Bürgerkrieg durchgesetzt: jene des Kreuzzuges, des Klassenkampfes und des Bruderkrieges. Ich habe die Analyse bewusst auf Madrid beschränkt, da eine spanienweite Untersuchung den Rahmen der Arbeit gesprengt hätte. Dennoch werden jene Umbenennungen und Gedächtnisorte Erwähnung finden, auf die das Gesetz 52/2007 eine direkte Auswirkung hatte und über die in den Tageszeitungen berichtet wurde.

Als Hauptstadt, Sitz der Zentralregierung und Ort für Staatsempfänge, kommt Madrid sowohl nach innen, als auch nach außen hin eine höchst repräsentative Funktion zu. Straßennamen werden von mir als „Erinnerungsorte“ analysiert und unter die Annahme gestellt, dass es sich dabei um Manifestationen des „kulturellen“ Gedächtnisses handelt, aus dem sich ein ganz spezielles nationales, bzw. politisches Narrativ der Geschichte ablesen lässt. Es gilt zu

¹⁰ Vgl. Cortes Generales, Diario de sesiones del Congreso los Diputados, 14 de diciembre, 2006, VIII Leg, Núm 222. 11261.

ermitteln, inwiefern geschichtliche Diskurse Spaniens und politische Überlegungen in der 2. Republik, während des Bürgerkriegs, der Diktatur und der Transition zur Demokratie, in den Straßennamen Madrids wiedergespiegelt werden, durch welche Mittel sich das franquistische Regime den öffentlichen Raum aneignet und welche Symbole überhaupt noch vorhanden sind. Das Hauptaugenmerk gilt jedoch den Veränderungen des Madrider Stadtplans nach der „*Ley de Memoria Histórica*“, welche die Tilgung jener Symbole aus dem öffentlichen Raum fordert, die den Bürgerkrieg oder die Diktatur verherrlichen.

Dazu habe ich vor, folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Straßennamen werden in Madrid in Folge des Gesetzes umbenannt, welche Monumente entfernt? Wie lautet die Begründung in Fällen, wo dies nicht geschieht?
- Wie werden die Straßennamen, Plaketten, Monumente abgeändert? Wer sind die Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen der Umbenennungen?
- Wie reagieren die Anrainer und Anrainerinnen? In welcher Form wird die Reaktion der spanischen Einwohner und Einwohnerinnen in den Zeitungsartikeln widerspiegelt?

3 Forschungsstand

Die Auffindung von „Primärquellen“ (Gesetzestexte, Parlamentsdebatten, Zeitungsartikel) gestaltet sich um einiges leichter, als jene von Sekundärquellen. Aktuelle Reflexionen (ab 2007) über Erinnerung und Erinnerungskultur, oder gar das Gesetz, stammen zumeist aus deutscher oder britischer Feder und sind vor allem von den Historikern Walther L. Bernecker, Sören Brinkmann und Paul Preston geprägt.

Das 2008 erschienene Werk Paloma Aguilar, *„Políticas de la Memoria – Memorias de la Política“*, zeigt auf seinem Klappentext ein zweigeteiltes Bild. Auf der einen Hälfte in sepia gehalten, sind Männer in Uniformen gerade dabei den Straßennamen *„Calle del 14 de abril“* (Tag der Ausrufung der 2. Republik) zu entfernen, die andere Hälfte – bereits in Farbe – zeigt einen Mann, welcher das Straßenschild mit der Aufschrift *„Calle del General Yagüe“* (einer der aufständischen Generäle) abnimmt. Die Darstellung wird hier als Sinnbild für die Gedächtnispolitik verwendet, dennoch geht die Autorin nicht weiter auf dieses starke Bild ein. Insgesamt bewerte ich die Literatur, welche sich direkt mit dem Gesetz 52/2007 und vor allem dessen Auswirkungen beschäftigt, als eher dünn gesät. So steht es vordergründig auch in meinem Forschungsinteresse, einen aktuellen Überblick über die Durchsetzung desselbigen sowie die darauffolgenden Reaktionen zu liefern.

Bis dato sind mir keine metaphernorientierten Studien zu Gesetz und/oder Debatte bekannt, auch wurde keine Zeitungsanalyse unter Beachtung der geläufigen Metaphern durchgeführt. Eine erschöpfende Aufzählung der Straßennamen Madrids wurde 2001 von Luis Aparisi Laporta in dem Lexikon *„Toponimia madrileña: proceso evolutivo.“* publiziert. In meiner Arbeit dient mir dieses Werk als Orientierung zu den Umbenennungen in Madrid bis zum Millennium.

Es finden sich zwei Studien zu den Straßennamen Madrids und Barcelonas aus dem Jahre 2009, sowie eine Studie über franquistische Symbolik im öffentlichen Raum von Jesús de André Sanz von 2006. Keine der Untersuchungen geht allerdings auf den Zusammenhang von Umbenennungen mit der *„Ley de Memoria Histórica“* ein.

4 Methoden und Theorie

4.1 “*Memoria histórica*” – Straßennamen als Medien des kollektiven Gedächtnisses

„*Memoria Histórica* ist kein glücklicher Begriff, er tut so, als gäbe es ein Gedächtnis, das nicht historisch ist.“ (Manuel Reyes Mate, spanischer Philosoph)¹¹

„Der Bürgerkrieg ist erst überwunden, wenn die Symmetrie der Erinnerungen wieder hergestellt ist und beide Seiten ihre entgegengesetzten Perspektiven in einem gemeinsamen höheren Rahmen aufheben können.“ (Aleida Assmann, deutsche Literaturwissenschaftlerin)¹²

Der Beiname des Gesetzes „zur historischen Erinnerung“, bzw. „zum historischen Gedächtnis“, verlangt nach einer genaueren Abgrenzung. Im Folgenden wage ich eine Annäherung an dieses Konzept von Vergangenheit, anhand der Werke der wichtigsten Vertreter und Vertreterinnen der kulturwissenschaftlichen Gedächtnistheorien. Innerhalb der Debatte in Zeitung und Parlament wird „*memoria histórica*“ als selbstverständliches Begriffspaar verwendet, wobei die Kritik auf dem Argument beruht, dass es sich um zwei unvereinbare Größen handle. In der von mir untersuchten Literatur zum spanischen Bürgerkrieg, der Diktatur, der Transition und der Aufarbeitung der spanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, ist die Rede von „offizieller/n oder historischer/n Erinnerung/en“, von „sozialen, kollektiven, kulturellen und politischen Gedächtnissen“ sowie von „Geschichtspolitik“, sodass deren Definition sinnvoll erscheint.

Der französische Soziologe Maurice Halbwach stellt in den 1920er Jahren die Frage nach den Funktionen des Gedächtnisses abseits seiner biologischen Komponente und legt mit seiner Arbeit „*Les cadres sociaux de la mémoire*“ („Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen“) den Grundstein einer neuen Perspektive der Auseinandersetzung mit selbigem. Erstmals wird ein Zusammenhang hergestellt zwischen der Erinnerung des Individuums und den sozialen Gruppen, in denen es lebt und sich bewegt. Diese Gruppen können durch die Geburt bedingt sein (Familie, Nationalität...) oder im Laufe des Lebens immer wieder neu gewählt werden (Schule, Vereine...). Der Einzelne erinnert sich, während die Gruppe definiert, was als „erinnerungswürdig“ gilt und in welcher Form dieser Sache erinnert werden soll. Erinnerungen sind dabei keineswegs statisch, sondern steten Veränderungen unterworfen, welche einerseits dadurch entstehen, dass die Vergangenheit im Akt des Erinnerns re-konstruiert wird, und andererseits, weil diese Erinnerungen von den jeweiligen Bedürfnissen der Gruppe in der

¹¹ Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit. Die Kontroverse um Bürgerkrieg und Diktatur in Spanien*. Rotpunktverlag, Zürich. 60.

¹² Assman, Aleida (2014²): *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. C.H.Beck, München. 71.

„Jetztzeit“ determiniert werden.¹³ Innerhalb dieser Kollektive erfolgt die Tradierung von kulturellem Wissen, so kann es beispielsweise dazu kommen, dass sich Menschen an Ereignisse „erinnern“, denen sie gar nicht beiwohnen konnten.¹⁴ Durch (unter anderem auch „ausgeborgte“) Erinnerungen werden Menschen zum Teil einer Gruppe.¹⁵ Sinnggebung und Identität erfährt der Mensch demgemäß in der Kommunikation seiner Erinnerung im „Rahmen“ seiner sozialen Gruppe(n). Was diese „Rahmen“ sprengt, wird als obsolet verworfen. Menschen unterscheiden sich nicht durch den Inhalt ihrer Erinnerungen, sondern durch ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kombination an verschiedenen Kollektiven.¹⁶ Anders formuliert gibt es folglich „so viele Gedächtnisse wie Gruppen von Menschen“.¹⁷ Dies lässt darauf schließen, dass die vermeintliche Homogenität, die der Begriff „kollektiv“ suggeriert, nicht gegeben sein kann.

In Anlehnung an Halbwachs, der nach seiner Ermordung im KZ Mauthausen bis in die 1980er in Vergessenheit geriet, befasst sich der französische Historiker Pierre Nora in „*Les lieux de mémoire*“ (1984–92) mit der Frage, ob auch Objektivationen, vom Menschen geschaffene Dinge, einen Rahmen für das Gedächtnis darstellen können. Er geht davon aus, dass jene von Halbwachs beschriebenen sozialen Gruppen sich im Auflösen befinden, zum Teil nicht mehr existieren, der Mensch also „Gedächtnisorte“ im weitesten Sinn als Speicher des kollektiven Gedächtnisses benötigt.¹⁸ In seinem Werk gibt Nora verschiedene Beispiele für seinen Begriff, der tatsächliche „Orte“, Gebäude, Denkmäler, aber auch Texte, Feiertage, Handlungen etc. umfasst. Demnach können ebenfalls Straßennamen, Plaketten oder Metaphern darunter verstanden werden. In „*Lugares de memoria de la Guerra Civil y el Franquismo*“ wird sein Konzept auf narrative Manifestationen des Erinnerungsortes „Spanischer Bürgerkrieg“ in Novellen, Comics, Dokumentar- und Spielfilmen angewandt.¹⁹ Voraussetzung sei, dass der Wille „etwas im Gedächtnis festzuhalten“ gegeben ist.²⁰ Kritik an Nora bezieht sich unter anderem auf die Unschärfe der Definition. So meint beispielweise Erll, dass die „*lieux de mémoire*“ „alle kulturellen Phänomene (ob material [sic.], sozial oder mental)“ einschließen

¹³ Vgl. Halbwachs, Maurice (2006): *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*. Suhrkamp, Frankfurt/Main. 372.

¹⁴ Vgl. Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Políticas de la Memoria y Memorias de la Política*. Alianza Editorial, Madrid. 47- 49.

¹⁵ Vgl. ebd. 59.

¹⁶ Vgl. Erll, Astrid (2011²): *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskultur*. J.B. Metzler, Stuttgart/Weimar. 17, 18.

¹⁷ Nora, Pierre (1998): *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*. Fischer, Frankfurt/Main. 15.

¹⁸ Vgl. Erll, Astrid (2011²): *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskultur*. 25.

¹⁹ Vgl. Winter, Ulrich (Hrsg) (2006): *Lugares de memoria de la Guerra Civil y el Franquismo*. Vervuert, Frankfurt/Main. 9-21.

²⁰ Nora, Pierre (1998): *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*. 32.

können, „die auf kollektiver Ebene [...] mit Vergangenheit und nationaler Identität“ zusammenhängen.²¹

Wie zuvor Halbwachs sieht auch Nora „Geschichte“ und „Gedächtnis“ als ein erst in der Abgrenzung zueinander existierendes Gegensatzpaar an, schließt folglich die Wechselwirkung zwischen Geschichte und Gedächtnis aus. Die „*Memoria histórica*“ lässt sich demnach eher mit den Theorien von Jan und Aleida Assmann verbinden. Ihnen zufolge handelt es sich um „zwei komplementäre Modi der Erinnerung“.²²

Der Ägyptologe und die Literaturwissenschaftlerin prägen den Gedächtnisdiskurs im deutschsprachigen Raum und wählen den Holocaust als Ausgangspunkt ihrer Auseinandersetzungen. Birgit Sondergeld hat in ihrer Analyse zum Gedenkstättennetzwerk „*Espais de la Batalla de l'Ebre*“ die Anwendbarkeit auf den spanischen Sonderfall bestätigt. Wenn auch mit dem Vorbehalt, dass, im Gegensatz zu Deutschland, in Spanien keine „geschlossene Nation“, keine allgemein vertretene Interpretation und Leseart des Krieges oder des Franquismus besteht.²³

Im Versuch einer genaueren Definition von „kollektivem Gedächtnis“, in Abgrenzung zu individuellem und sozialem Gedächtnis, schlägt Aleida Assmann vor, eher Begriffe wie „politisches“ oder „nationales“ Gedächtnis zu benutzen. Die Nation kann demzufolge als jenes Kollektiv verstanden werden, welches ein sinnstiftendes Narrativ ihrer Vergangenheit verbreitet, worauf sich zum einen die Identität ihrer Bürger in der Gegenwart stützt und welches zum anderen in die Zukunft verweist.²⁴ Dieses ließe sich weiter in ein „kommunikatives“ und „kulturelles“ Gedächtnis unterteilen. Ersteres wird als Alltagsinteraktionen beschrieben, während letzteres den „jeder Gesellschaft und jeder Epoche eigentümlichen Bestand an Wiedergebrauchstexten, -Bildern & -Riten“ darstellt, „in dessen Pflege sie ihr Selbstbild stabilisiert und vermittelt.“²⁵ Es handelt sich demnach um vom Menschen gestiftete Objektivationen, die wiederum heruntergebrochen auf Funktions- und Speichergedächtnis, einteilbar sind in verwendete und bestehende Dinge. Dem Funktionsgedächtnis, welches den Vordergrund des kulturellen Gedächtnisses bildet, kommen drei Aufgaben zu: die Legitimation, die Deslegitimation und die Distinktion. Während im Hintergrund das

²¹ Erll, Astrid (2011²): *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskultur* 27.

²² Assmann, Aleida (2010⁵): *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. C.H.Beck, München. 134.

²³ Vgl. Sondergeld, Birgit (2010): *Spanische Erinnerungskultur: Die Assmann'sche Theorie des kulturellen Gedächtnisses und der Bürgerkrieg 1936–1939*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 181, 182.

²⁴ Vgl. Assmann, Aleida (2014²): *Der lange Schatten der Vergangenheit [...]*. 36.

²⁵ Erll, Astrid (2011²): *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskultur*. 27. Zitiert nach: Assmann, Jan/Höschle, Tonio (Hg.): *Kultur und Gedächtnis*. Suhrkamp, Frankfurt/Main. 15.

Speichergedächtnis jene Inhalte betrifft, die sich gerade nicht in das Narrativ einer Gruppe einreihen lassen, auf die aber im gegebenen Fall jederzeit zurückgegriffen werden kann.²⁶

Geschichtspolitik im Spannungsfeld zwischen Legitimation und Deslegitimation

Von historischem und politwissenschaftlichem Interesse sind Geschichte und Erinnerung alleine schon deshalb, da politisches Handeln bedeutet, Repräsentationen der sozialen Welt zu kreieren, diese möglichst verbindlich durchzusetzen und somit die soziale Welt zu beeinflussen.²⁷

Wolfrum definiert die Geschichtspolitik als „Handlungs- und Politikfeld“ unter dem Dach von Erinnerungskultur. Dadurch verbindet er den Diskurs über kollektives Gedächtnis mit dessen Akteuren. Im Gegensatz zu der negativen Bewertung einer diktatorisch aufgezwungenen Geschichtspolitik, ist diese unter demokratischen Verhältnissen der Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung mit und der Bewertung von Erinnerungskultur, wenn diese in einem öffentlichen Wettstreit ausgetragen werden.²⁸

Die „dominante“ Erinnerung an den Krieg war jahrzehntelang eine franquistisch geprägte und ist nach wie vor präsent. Das Regime entdeckt früh den öffentlichen Raum als „Erinnerungsort“ für sich, welcher in Form von Statuen, Monumenten, unzähligen Plaketten und Straßennamen, Umzügen, Feiertagen, etc. die Größe und Macht des Franquismus zeigen sollen. Gleichzeitig wird dadurch der öffentliche Raum für abweichende Erinnerungsdiskurse gesperrt, diese können nur innerhalb der Privatsphäre geführt werden. Durch Drohung, Verfolgung, Ermordung und Exil greift die Diktatur auch in jenen Bereich des Lebens ein, verkleinert, bzw. zerstört so den sozialen Rahmen für ein „alternatives“ Gedächtnis. Während die mediale Präsenz Francos in Bildern, Briefmarken, Münzen, dem No-Do (*Noticiarios y Documentales*) mit der *transición* unterbunden wird, bleiben viele andere Darstellungen des Regimes erhalten. Spanien wird durch die Verfassung von 1978 zur Demokratie, die logische Konsequenz wäre demnach, zum einen die Relikte aus der präkonstitutionellen Zeit aus der Öffentlichkeit zu entfernen und zum anderen die neue Staatsform nach außen, wie auch nach innen hin zu präsentieren. Dennoch scheint es wenig verwunderlich, dass im Fall Spaniens ein großer Teil des franquistischen Erbes im öffentlichen Raum „vergessen“ wurde, was durchaus als Sinnbild für die Transition und den mit ihr einhergehenden „Pakt des Schweigens“ gedeutet werden kann.²⁹

²⁶ Vgl. Assmann, Aleida (2014²): *Der lange Schatten der Vergangenheit*. [...]. 54–58.

²⁷ Wolfrum, Edgar: „Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder.“ In: Scheunemann, Jan (Hg.) (2010): *Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland*. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig. 15.

²⁸ Vgl. ebd. 19–20.

²⁹ Vgl. Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Políticas de la Memoria y Memorias de la Política*. 101, 115.

Da es nicht zu einem vollständigen Bruch mit der Diktatur kam, sondern eher von einem fließenden Übergang, in Zustimmung mit den Führungskräften des alten Regimes, gesprochen werden muss, zieht sich, so Helen Graham, bis heute ein soziologischer oder „nostalgischer“ Franquismus durch die spanischen Institutionen und Gesellschaft, der sich auch im Umgang mit den Symbolen des alten Regimes widerspiegelt.³⁰

In „Der lange Schatten der Vergangenheit“ geht Aleida Assmann auf das spanische Beispiel ein, wenn sie von „Vergangenheitsbewältigung“ spricht. Ihre Einschätzung, dass es sich hier, wie in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg, um ein „Sieger-“ und „Verlierer-“Gedächtnis handelt, beschreibt meiner Meinung nach allerdings nur die Erinnerung an die Fronten des Bürgerkrieges. Durch die vereinfachende Formulierung „faschistisches Franco-Regime“ gegen „kommunistische Republik“ werden jene Schicksale ausgeblendet, die aus der Erfahrung von Repression, Zwangsarbeit, Kinderraub, innerem und äußerem Exil, Folter, Verlust von Angehörigen und Freunden, weit über den Zeitraum des Bürgerkriegs hinweg, keinen Sinn ableiten können. Als Opfer der Unterdrückung sind diese auf Anerkennung von außen angewiesen, um ihr Trauma verarbeiten zu können. Dennoch erwähnt Assmann, dass eine Asymmetrie zwischen den „Siegern“ und den „Besiegten“ herrschte und herrscht, die im Zuge der Vergangenheitsbewältigung aufgehoben werden muss, um die schmerzhaften Erinnerungen zu überwinden, „um einer gemeinsamen und freien Zukunft willen“.³¹

4.2 Drei „große Narrative“ des Spanischen Bürgerkriegs nach Richards

The grand narratives are [...] ideological, mobilizing and expressive of certain collective sentiments, [representing (Anm.d.A.)] essential elements of the ways in which people remember the war.³²

Im Zuge meiner Recherche zur „*memoria histórica*“, stieß ich auf die Studie des britischen Historikers Michael Richards, wonach die in Spanien aktuellen Interpretationen des Bürgerkriegs 1936- 1939 in drei „große Narrative“ zusammengefasst werden können, welche die heutigen Vorstellungen und Erinnerungen an den Krieg beeinflussen. Dabei kann eigentlich nur die Rede von „kollektiven Gedächtnissen“ sein, da sich, so Richards, weder ein allgemeingültiges, identitätsstiftendes, kollektives Gedächtnis des Bürgerkrieges

³⁰ Vgl. Graham, Helen (2012): *The war and its shadow: Spain's Civil War in Europe's long twentieth century*. Sussex Academic Pr., Eastbourne. 127.

³¹ Vgl. Assmann, Aleida (2014²): *Der lange Schatten der Vergangenheit*. [...]. 70-77.

³² Richards, Michael: „Grand Narratives, Collective Memory and Social History. Public Use of the Past in Postwar Spain.“, in: Jerez-Farrán, Carlos/Amago, Samuel (Hgs.) (2010): *Unearthing Franco's Legacy. Mass Graves and the Recovery of Historical Memory in Spain*. University of Notre Dame Press, Indiana. 128.

herausgebildet hat, noch die *transición* als Wende – oder Ausgangspunkt eines solchen gewertet werden kann. Wenngleich sich dominante Narrative – vor allem jenes der Diktatur, als institutionell geförderte Version- herauskristallisieren.³³ Selbst das Wort „Bürgerkrieg“ stellt für Richards eine Konstruktion dar, die mit einer der im Nachhinein etablierten Lesearten des Konfliktes zusammenhängt. Die Beteiligten bezeichneten jenen zumeist einfach als „*la guerra*“ („der Krieg“) oder auch „*la revolución*“.³⁴ Ähnlich dem „Großen Krieg“, welcher erst durch das spätere Ereignis des „2. Weltkrieges“ zum „1. Weltkrieg“ wurde.

Die drei Lesearten benennt Richards als „Kreuzzug“ („*religious crusade/holy war*“), „Klassenkampf“ („*class war analysis*“) und „Bruderkrieg“ („*fratricidal struggle*“).

Diese Formen zum einen kollektive Identitäten und werden wiederum selbst durch jene geformt. Wie bereits Halbwachs, stellt Richards den direkten Zusammenhang zur sozialen Kommunikation her. Indem der Krieg in einem, für eine Gruppe relevanten, Kontext dargestellt wird, erhält er seine spezifische Bedeutung.³⁵

Die **Kreuzzug-Rhetorik** geht auf die Anfangszeit des Aufstandes und die ersten zwei Jahrzehnte der Diktatur zurück und spiegelt die Instrumentalisierung von Religion wieder, sowohl durch das Regime, als auch durch die katholische Kirche. Mit dieser Deutung geht jene der *reconquista* („Rückeroberung“) einher. Franco stellt sich als „Erbe“ der *Reyes Católicos* (Isabella und Fernando) dar, welche Spanien im 15. Jahrhundert von den Mauren und den Juden „befreiten“, nun „befreit“ Franco die Heimat von den „Marxisten“.³⁶

Die Legitimierung durch die katholische Kirche, die unter der 2. Republik einen Machtverlust erlitt, wird unter anderem getragen vom Hirtenbrief des Bischofs von Salamanca, Enrique Pla y Deniel (30. September 1936) der aus den „zwei Spanien“ eine Stadt Gottes und eine Stadt des Teufels macht.³⁷ 1937 findet eine weitere Unterstützungskundgebung des „Kreuzzuges“ durch die spanischen Bischöfe auch auf internationaler Ebene Zustimmung.³⁸ Die Zerstörung und Plünderung von Kircheneigentum in den republikanischen Gebieten und die Ermordung von Geistlichen spielt in die Hände der „nationalen“ Propaganda und bestätigt

³³ Vgl. Richards, Michael: „Grand Narratives, Collective Memory and Social History [...]“. 121, 122.

³⁴ Vgl. ebd. 128, 129.

³⁵ Vgl. ebd. 128.

³⁶ Vgl. ebd. 129–131.

³⁷ Vgl. Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...] 74, 75.

³⁸ „900 Bischöfe aus 32 Ländern“ stimmen dem Hirtenbrief vom 1. Juli 1937 zu.

Vgl. Prutsch, Ursula (2012): *Iberische Diktaturen. Portugal unter Salazar, Spanien unter Franco*. StudienVerlag, Innsbruck. 122

die Notwendigkeit eines „heiligen Krieges“ gegen die „jüdisch-bolschewistisch-freimaurerische Verschwörung“.³⁹

Den Republikanern wird von vornherein der Glaube an Gott abgesprochen, die Spanier in zwei Kategorien eingeteilt: „Gut“ und „Böse“. Die Realität zeigt, dass derartige Vereinfachungen, die einen Menschen auf einen einzigen Aspekt seines Seins reduzieren, der Vielfalt an Ausdrucksformen des alltäglichen Lebens nicht gerecht wird. So schließt diese Interpretation beispielsweise jene baskischen Geistlichen aus, welche den „Nationalen“ zum Opfer fielen, da sie sich als Anhänger der Republik zu kennen gaben und obendrein ihre Autonomierechte durchsetzen wollten.⁴⁰ Der Krieg wird zu einer moralischen Verpflichtung der Christenheit stilisiert, welche immer mehr die Form eines Kampfes gegen einen externen Feind, gegen fremde Mächte annimmt. Mit der Definition der gegnerischen Seite als „Anti-Spanier“, welche der „Krankheit“ des Bolschewismus zum Opfer gefallen wären und die nun ausgemerzt werden sollen, schaffen sich die Franquisten nicht nur eine Rechtfertigung für den Krieg, sondern auch eine Legitimationsbasis für die folgende Diktatur, immerfort die Angst schürend, dass es zu einem Rückfall der Gesellschaft kommen könne und eine Unterwanderung durch die Sowjetunion virulent sei. Die Pathologisierung bleibt nicht nur eine rhetorische, schon bald folgt eine „biologische“ Definition durch den Militärpsychologen Antonio Vallejo Nájera (auch Nágera geschrieben).⁴¹

Die Auslegung des „Heiligen Krieges“ lässt keine Gnade mit jenen zu, die sich dem „Willen Gottes“ weiterhin widersetzen. Demzufolge erscheinen die repressiven Maßnahmen, welche das Regime in der Nachkriegszeit gegen Angehörige des republikanischen Lagers setzt völlig legitim, um den *Estado Nuevo* („Neuer Staat“) „gesund“ zu halten. Die Internierung in Lagern, Zwangsarbeit oder Kinderraub geschehen in diesem Sinne „zum Besten“ der Verliererseite.⁴² Das in Straßennamen eingeschriebene Gedenken an den Triumph des „Nationalen“ Lagers, der einseitige Totenkult, bei dem den „Gefallenen für Gott und Vaterland“ gehuldigt wird und das *Valle de los Caídos* könnten als Beispiele für die bis heute bestehende Manifestierungen dieser Leseart im öffentlichen Raum interpretiert werden.

³⁹ Neben den genannten, zählten auch jegliche Gruppen, denen deviantes Verhalten angelastet werden konnte zu den Verfolgten. Als Beispiele nennt Preston unter anderem Vegetarier, FeministInnen, Nudisten oder Montessori Schulen.

Vgl. Preston, Paul (2012): *The Spanish Holocaust. Inquisition and Extermination in Twentieth-Century Spain*. W. W. Norton & Company, New York/London. 473.

⁴⁰ Vgl. Collado Seidel, Carlos (2010²): *Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts*. C.H. Beck, München. 86, 87.

⁴¹ Vgl. ebd. 186, 187.

⁴² Vgl. ebd. 191–193.

Die **Klassenkampfthese** setzt sich aus den Elementen „sozialer Konflikt“ und „faschistische Invasion“ zusammen. „*La guerra de la liberación*“ („Der Befreiungskrieg“) richtet sich nach dieser Leseart gegen den externen Feind „Faschismus“ und gleichzeitig gegen die internen (Klassen-)Feinde: Amtskirche und Großgrundbesitzer. Zu Anfang des Krieges werden Massenlandbesetzungen im Süden Spaniens organisiert, auch die Rechtfertigung der Ermordung des Klerus kann in das Narrativ der „*revolución*“ eingeordnet werden.⁴³

Realpolitisch kommt weder der kommunistischen Partei, noch den Falangisten eine derart große Bedeutung zu, erzielte doch die Falange bei den Wahlen 1936 nur 0,4% der Stimmen.⁴⁴ Die Ansicht, es handle sich um einen rein von außen angezettelten Krieg des Faschismus gegen den Kommunismus lässt sich nicht belegen, obgleich beide Seiten auf Hilfe aus den ideologisch nahen Regimen Europas angewiesen waren. Das faschistische Italien und Nazi- Deutschland beliefern und unterstützen die „Nationalen“, die kommunistische Sowjetunion die „Republikaner“. Im Gegensatz zu der Propaganda der Gefahr einer marxistischen Usurpation, macht der reale Beitrag der Sowjetunion jedoch nur einen Bruchteil jenes Etats aus, welchen Mussolini und Hitler in Waffenlieferungen und Soldaten investieren.⁴⁵

Heute stellt die „soziale Klasse“ laut Richards keinen vordergründigen Bezugspunkt mehr dar, so wird von „republikanischer Erinnerung“ gesprochen, die mehr Identifikationsmöglichkeiten bietet und oft mit den Schlagworten „Freiheit, Gleichheit, Demokratie“ assoziiert und idyllisiert wird.⁴⁶

In den 1950er bis 60er Jahren erlebt Spanien den lang ersehnten wirtschaftlichen Aufschwung, welcher einhergeht mit der Umdeutung der Kriegseignisse und deren Erinnerungsriten. Nun ist nicht mehr die Rede vom triumphalen und bedingungslosen Sieg der „Nationalen“ über die absoluten Verlierer, sondern von einer „tragischen Katastrophe“, von einem Bruderkrieg zwischen den „zwei Spanien“, an dem wohlgemerkt auch beide Seiten ihre Schuld tragen. Diese aufgezwungene „Versöhnung“ von oben wird heute von einigen Historikern (z.B. Santos Juliá) bereits als Beilegung des Konfliktes vor der *transición* gewertet.⁴⁷

Die Transition steht im Zeichen des „**Bruderkriegs**“ und der *locura*. Insbesondere die Definition des Krieges als Ausbruch von Geisteskrankheit entbindet sämtliche Protagonisten

⁴³ Vgl. Richards, Michael: „Grand Narratives, Collective Memory and Social History [...]“ 131, 132.

⁴⁴ Vgl. Collado Seidel, Carlos (2010²): *Der Spanische Bürgerkrieg*.[...] 46.

⁴⁵ Vgl. Bernecker, Walther L. (2005²): *Krieg in Spanien 1936–1939*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt. 27.

⁴⁶ Vgl. Richards, Michael: „Grand Narratives, Collective Memory and Social History [...]“ 131, 132.

⁴⁷ Vgl. Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*.[...] 211.

ihrer Verantwortung für Mord und Repression. Dennoch klärt dieses Muster bloß den Bürgerkrieg, lässt sich aber nicht als Rechtfertigung für eine 36-jährige Diktatur anführen. Richards verortet hier, was schon der spanische Philosoph Reyes Mate zum Thema „Vergessen“ anspricht – das große Problem, eine Balance zu finden zwischen Wahrheit und Versöhnung.⁴⁸ Die Kollektivschuldthese würde bedeuten, dass von einer „symmetrischen“ Gewalterfahrung beider Seiten ausgegangen werden kann. Die Opferzahlen und der Umgang der Sieger mit den Besiegten sprechen ganz eindeutig gegen diese Leseart.⁴⁹

4.3 Metaphernanalyse

Die Metaphernanalyse im wissenschaftlichen Sinn beruht auf der Einsicht, dass die Metapher einen Mehrwert darstellt [...] die Metaphernanalyse ist der Versuch, diesen Mehrwert zu beschreiben und im Sinne einer Metaphernkritik für Veränderungen fruchtbar zu machen.⁵⁰

Das Wort Metapher leitet sich vom griechischen *metaphorein* ab, was mit „von einem Ort zum anderen tragen“ übersetzt werden kann.⁵¹ Es wird synonym verwendet mit „Sinnbild“. Die Metapher lässt uns „Abstraktes“ mit „Greifbarem“ beschreiben und dadurch vorstellbar machen. Der Gebrauch von Metaphern setzt voraus, gewisse Ähnlichkeiten zwischen Dingen zu erkennen, oder nach der Definition Aristoteles': „Alter (verhält sich) zu Leben, wie Nacht zu Tag“.⁵² Dabei lebt die Metapher von den Implikationen (z.B. einer gewissen Atmosphäre), sprich: vom „metaphorischen Mehrwert“, der sich daraus ergibt, dass Eigenschaften eines Primärgegenstandes (Alter, Leben) auf einen Sekundärgegenstand (Nacht, Tag) übertragen werden.⁵³ Demnach kann eine Metapher nicht einfach rückübersetzt werden, ohne dass dieser Bedeutungszuwachs verloren geht.⁵⁴

Nach dem Konzept von Lakoff und Johnson handelt es sich bei Metaphern nicht nur um ein rhetorisches Stilmittel, sondern um ein, unser alltägliches Leben strukturierendes, Phänomen. Die Übertragung eines Wortes auf ein anderes wirkt sich laut ihrer These auf unser Denken und Handeln aus. Als Beispiel dafür nennen sie das metaphorische Konzept „Argumentieren ist

⁴⁸ Richards, Michael: „Grand Narratives, Collective Memory and Social History [...]“ 132, 135.

⁴⁹ Vgl. Brinkmann, Sören: „Der Fall Spanien: Soziale und nationale Identitäten in der Erinnerung an den Bürgerkrieg.“ In: Lingen, Kerstin von (2009): *Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945 : Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis*. Schöningh, Paderborn/Wien. 427.

⁵⁰ Niedermair, Klaus: „Metaphernanalyse.“ In: Hug, Theo (Hg.) (2001): *Wie kommt die Wissenschaft zu Wissen? 2. Einführung in die Forschungsmethodik und Forschungspraxis*. Schneider-Verl. Hohengehren, Baltmannsweiler. 156, 157.

⁵¹ Ebd. 145.

⁵² Ebd. 144.

⁵³ Ebd. 149.

⁵⁴ Kruse, Jan/Biesel, Kay/Schmieder, Christian (2011): *Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz*. VS Verlag, Wiesbaden. 82.

Krieg“, wobei wir in unserem Diskurs über das Argumentieren, jene spezifische verbale Art der Auseinandersetzung, durch bildliche Vorstellungen des Krieges beschreiben. Wir nehmen eine „Position“ ein, „greifen an“, „gewinnen“ oder „verlieren“ eine Diskussion.⁵⁵ Während wir uns nicht bewusst sind, dass Argumentation auch unter einem andern Konzept strukturiert sein könnte. „Wir sprechen über das Argumentieren in dieser Weise, weil wir es uns in dieser Weise vorstellen, – und wir handeln gemäß der Weise, wie wir uns Dinge vorstellen.“⁵⁶ Die Metapher wird vom reinen Sinnbild zu einem von Erfahrung und kulturellem Umfeld beeinflussten Konzept, in dem unsere „Handlungshorizonte und Werte“ wiedergespiegelt werden. Den Kommunismus als „Krankheit“ zu bezeichnen, teilt zum einen die negative Haltung des Sprechers gegenüber jener politischen Einstellung mit, kann aber auch als Legitimation für die Gegenmaßnahmen begriffen werden. Eine „Krankheit“, ein „Virus“ ist potentiell gefährlich, ansteckend, muss also dieser Logik folgend, bekämpft, wenn nicht sogar – zum Wohl der Gesellschaft und aus dem Motiv des Selbstschutzes – ausgerottet werden.⁵⁷

Ein konkretes Beispiel aus der aktuellen spanischen Debatte wäre „die Wunde“, welche sich als Metapher für den Spanischen Bürgerkrieg durchgesetzt hat. Als „Wunde“ wird einerseits der Bürgerkrieg als schmerzliche Erfahrung beschrieben, andererseits wird auf dessen Wirkung bis in die Gegenwart hingewiesen, da Wunden immer Gefahr laufen, wieder aufzureißen. Gerade dieses Sinnbild wird im Parlamentsdiskurs von allen Parteien verwendet, wenn auch mit zum Teil völlig konträrer Auslegung.

Metaphern können für uns Realitäten schaffen, vor allem soziale Realitäten. Auf diese Weise kann eine Metapher Orientierung geben für unser zukünftiges Handeln. Solchermaßen geleitetes Handeln passt natürlich zu der entsprechenden Metapher. Dadurch wird wiederum die Metapher in ihrer Fähigkeit gestärkt, unsere Erfahrungen kohärent zu machen. In dieser Hinsicht können Metaphern sich selbst erfüllende Prophezeiungen sein.⁵⁸

Lakoff und Johnson bieten in ihrem Werk zwar eine theoretische Grundlage der Metaphernanalyse und unterfüttern diese mit Beispielen, schlagen jedoch kein konkretes Verfahren vor. Um nun eine sinnvolle Untersuchung jener metaphorischen Konzepte, die die Debatte um die Erinnerung an Bürgerkrieg und Diktatur strukturieren, durchführen zu können, orientiere ich mich an der rekonstruktiven Metaphernanalyse bei Kruse/Beisel/Schmieder. Dieses Modell systematisiert die Untersuchung in vier Schritten: „1) Ausschneiden und

⁵⁵ Vgl. Lakoff, George/Johnson, Mark (2007): *Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern*. Carl-Auer, Heidelberg. 15–17.

⁵⁶ Ebd. 14.

⁵⁷ Kruse, Jan/Biesel, Kay/Schmieder, Christian (2011): *Metaphernanalyse*. 72, 81.

⁵⁸ Ebd. 179

Sammeln, 2) Kategorisieren 3) Abstrahieren und Vervollständigen, 4) Interpretieren und Einbinden.“⁵⁹

Eine der Schwierigkeiten ergibt sich aus der Notwendigkeit einer Übersetzung, welche im schlimmsten Fall zum Verlust jenes metaphorischen Mehrwerts führen kann, da gewisse Nuancen und Ambiguitäten, die ein spanisches Wort mit sich trägt, möglicherweise in der deutschen Sprache nicht gegeben sind. Es ist durchaus möglich, dass gewisse Konnotationen nur dem Muttersprachler vorbehalten bleiben. Demgegenüber kann natürlich argumentiert werden, dass die eingehende Auseinandersetzung mit dem Thema gewisse Diskrepanzen im Verständnis wieder kompensiert. Meiner Analyse füge ich daher einen Punkt 1.2) bei: die Übersetzung vom Spanischen ins Deutsche.

Die erste Phase des Verfahrens, also die separate Sammlung jener Metaphern, welche ich der Debatte und den zwei Zeitungsblättern entnommen habe sowie deren Übersetzung, werden als Vorbereitungsarbeit der Analyse verstanden und nicht extra in der Arbeit angeführt. Die Metaphern werden den Parteien, bzw. den zwei Zeitungen zugeordnet und innerhalb dieser Gruppen folgt die Einteilung der Metaphern aus den Texten in die Kategorien „Debatte“, „Gesetz“, „Artikel 15“ und „*Memoria Histórica*“. Jene Themen scheinen mir als sinnvoller, da sehr weitgefasster Überbau, um die jeweiligen Positionen, welche die Akteure in der Debatte einnehmen, herauszuarbeiten. Im nächsten Schritt soll festgehalten werden, was die Metaphern im Kontext der Debatte und auch im Zusammenhang mit jenen Akteuren, die dieses verwenden, implizieren. Schlussendlich wird ein Fazit über die Ähnlichkeiten und Unterschiede des Diskurses in Zeitung und Parlament gezogen.⁶⁰

⁵⁹ Kruse, Jan/Biesel, Kay/Schmieder, Christian (2011): *Metaphernanalyse*. 94.

⁶⁰ Vgl. ebd. 94–103.

5 Theorieteil: Historischer Exkurs – Vom Bürgerkrieg zum „Gedächtnisboom“

5.1 Vorgeschichte und Auslöser des Bürgerkriegs

Im Gegensatz zu den vereinfachten Gründen, welche in den drei großen Narrativen angeführt werden, existiert keine monokausale Erklärung für den Bürgerkrieg. Bernecker zeichnet dabei ein mehrdimensionales Bild verschiedener Konfliktherde. Zum einen wären da die strukturellen Probleme, welche bis in das 19. Jahrhundert zurückreichen: die Spannung zwischen den traditionellen Machträgern, die Kapital und politisches Mitbestimmungsrecht vereinen, nämlich Großgrundbesitzer, Kirche, Militär und Zentralregierung und der wachsenden Masse an entrechteten Mittellosen, dem neuen Bürgertum und den autonomen Regionen. Auf einer weiteren Ebene siedelt der Historiker die Zeit der 2. Republik an, in aktuellen Anlässen des Jahres 1936 ziehen sich diese Ebenen zusammen und kulminieren im Bürgerkrieg.⁶¹

Zwei Tage nach den Kommunalwahlen vom 12. April 1931, welche in den ländlichen Regionen zwar zu Gunsten der Großgrundbesitzer ausgehen, jedoch in den meisten Städten vom liberalen Bürgertum gewonnen werden, wird in Spanien die 2. Republik ausgerufen. Noch am 14. April exiliert König Alfons XIII.⁶² Die Fraktionen im Parlament sind dreigeteilt, rechts befinden sich die katholischen, konservativen, monarchistischen Kräfte, welche anfänglich noch Schwierigkeiten haben sich zu formieren. Die Mitte bilden die bürgerlich-liberalen Vertreter, wie *Izquierda Republicana*. Am linken Rand stehen schließlich die, keinesfalls eine homogene Gruppe bildenden, anarchistischen, sozialistischen und kommunistischen Vertreter, wie PSOE (*Partido Socialista Obrero Español*), mit ihrer Gewerkschaft UGT (*Unión General de Trabajadores*), die anarchosyndikalistische CNT (*Confederación Nacional del Trabajo*) sowie die kommunistische Partei Spaniens PCE (*Partido Comunista Español*), FAI (*Federación Anarquista Ibérica*) sowie regionale Parteien, z.B. *Esquerra Republicana de Catalunya* (Francesc Macià, Lluís Companys).⁶³

Grob lässt sich die 2. Republik bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges in vier Phasen einteilen, dabei fungieren *Gobierno Provisional* (bis zum Oktober 1931) und *Coalición del Frente Popular* (Februar–Juli 1936) als zeitliche Klammern. Das Augenmerk liegt auf dem *bienio*

⁶¹ Vgl. Bernecker, Walther L. (2005²): *Krieg in Spanien 1936–1939*. 6,7.

⁶² Vgl. Collado Seidel, Carlos (2010²): *Der Spanische Bürgerkrieg*. 25,26.

⁶³ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936–2010*. Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim. 20, 21.

social- azañista 1931–33 (bei Bernecker „Reformjahre“) und dem *bienio radical-cedista* 1933–35 (bei Bernecker „Schwarze Jahre“).⁶⁴

Während der ersten zwei Jahre der neuen Republik herrscht eine optimistische Aufbruchsstimmung. Von der Regierung unter Manuel Azaña wird 1931 eine neue Verfassung verabschiedet, die Gewaltentrennung, Laizismus und eine Erweiterung der Grund- und Bürgerrechte bedeutet und heikle Reformen vorangetrieben, welche die traditionellen Machtinstitutionen einzuschränken trachten.⁶⁵

Bereits 1932 versucht General Sanjurjo als Reaktion auf die Reformen einen Putsch. Dieser scheitert und Sanjurjo wird, ursprünglich zum Tode verurteilt, begnadigt und ins Exil nach Portugal verbannt, von wo aus er Beziehungen zu den Putschisten von 1936 aufrechterhält.⁶⁶

Mit dem Agrarreformgesetz von 1932 soll ein Gleichgewicht geschaffen werden zwischen Großgrundbesitzern und den sogenannten „Minifundien“, den Besitzungen der Kleinstbauern sowie der ebenfalls großen Zahl an besitzlosen Landarbeitern. Damit wären die Monopolstellung und die Machtbasis der Grundbesitzer verschwunden.⁶⁷ Der katholischen Kirche wird die Einflussnahme auf die Schulbildung untersagt, Heirat und Scheidungen auch vor einem Standesamt ermöglicht, die verschiedenen Konfessionen erfahren eine Gleichstellung, außerdem wird der Kirche sowohl Handel als auch jegliche Form des Erwerbs von nun an verwehrt und der Jesuitenorden verboten. Was das Militär betrifft, werden Einsparungen und Verkleinerungen im Offizierskorps sowie eine Verkürzung des Militärdienstes vorgenommen.⁶⁸ Auch die gesellschaftliche Stellung der Frau wird aufgewertet, das allgemeine Wahlrecht für Frauen und Männer eingeführt.⁶⁹ Ein weiterer Punkt sind die Autonomierechte, welche Katalonien und das Baskenland fordern.⁷⁰ Dennoch gehen die Reformen nicht weit genug, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen, wobei diese durch die lähmende Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf Landwirtschaft und Produktion noch verstärkt wird.⁷¹

⁶⁴ Vgl. Varela Iglesias, M. Fernando (2005): *Panorama de Civilización Española. España y España en América*. Facultas, Wien. 327–329.

⁶⁵ Vgl. Bernecker, Walther L. (2010): *Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert*. C.H. Beck, München. 122, 123, 127.

⁶⁶ Vgl. Collado Seidel, Carlos (2010²): *Der Spanische Bürgerkrieg*. 41.

⁶⁷ Vgl. Bernecker, Walther L. (2010): *Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert*. 125.

⁶⁸ Thomas, Maria (2011): “Disputing the Public Sphere: Anticlerical Violence, Conflict and the Sacred Heart of Jesus”, *Cuadernos de Historia Contemporánea*, N° 33, 25. In: <http://revistas.ucm.es/index.php/CHCO/article/viewFile/36665/35504> (02.06.2014)

⁶⁹ Vgl. Prutsch, Ursula (2012): *Iberische Diktaturen*. [...]. 108.

⁷⁰ Vgl. Collado Seidel, Carlos (2010²): *Der Spanische Bürgerkrieg*. 41.

⁷¹ Vgl. ebd. 37.

In den zwei darauffolgenden Jahren, ab 1933, welche im Zeichen der konservativ-katholischen Koalition der Partei Alexander Lerroux, *Partido Republicano Radical* mit der CEDA („*Confederación Española de Derechas Autónomas*“) unter José María Gil Robles stehen, werden die meisten Reformen wieder rückgängig gemacht. In Gil Robles und seiner Partei sieht die Linke die spanische Ausprägung des Faschismus.⁷²

1934 kommt es zum Schulterchluss der politisch weniger erfolgreichen „*Junta de Ofensiva Nacional Sindicalista*“ von Ramiro Ledesma Ramos und Onésimo Redondo mit der faschistischen Partei José Antonio Primo de Riveras, ab da bekannt als „*Falange Española y de las JONS*“.⁷³ Auch die neue Formation ist politisch eher unbedeutend, trägt aber durch ihre gewalttätige Straßenpräsenz zur Destabilisierung der Republik bei.⁷⁴

Im selben Jahr protestieren die Bauern Asturiens gegen die neuen Machthaber. In Barcelona ruft Lluís Companys die eigenständige katalanische Republik aus. Die sogenannte „Oktoberrevolution“ wird von den Regierungstruppen, unter Beteiligung General Francisco Francos und des Afrikaheeres, brutal niedergeschlagen, Companys eingesperrt.⁷⁵

Es scheint, als wären die Gegensätze, welche zwischen den traditionell Mächtigen und den Reformisten herrschen, zu einem unüberbrückbaren Hindernis für jedweden Dialog geworden. Mit der Wahl der Volksfront 1936, versucht die Linke vereint noch einmal Stabilität herzustellen. Doch sie scheitert an der Unvereinbarkeit der Anforderungen, die an sie gestellt werden. Die Bauern und armen Schichten haben sich von der Republik eine wesentliche Verbesserung ihrer prekären Lage erhofft und sehen sich nicht bereit, die ihnen zugesicherten Rechte aus der ersten Legislaturperiode kampflos aufzugeben. Spontane Landbesetzungen und Streiks sind die Folge.⁷⁶ Auch die regionalen Kräfte Kataloniens und die Basken pochen auf ihren Anspruch auf mehr Selbstbestimmung und Anerkennung. Das Bürgertum der großen Städte, wie Madrid, Barcelona und Valencia will ebenfalls die Modernisierung, die Öffnung Spaniens und die damit verbundenen Freiheiten nicht mehr missen. Die Großgrundbesitzer, das Militär und die Kirche haben einen kurzfristigen Machtverlust zu spüren bekommen und trachten nun danach, dieses Szenario bestmöglich zu korrigieren. Als dritte Ebene, die zum Ausbruch des blutigsten Konflikts der jüngeren spanischen Geschichte führt, nennt Bernecker „kurzfristige, aktuelle Anlässe“, Straßenkämpfe zwischen Jugendverbänden und Milizen der verschiedenen Parteilager unterstreichen den Kontrollverlust der tief gespaltenen Regierung.⁷⁷

⁷² Vgl. Bernecker, Walther L. (2010): *Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert*. 130, 131.

⁷³ Vgl. Collado Seidel, Carlos (2010²): *Der Spanische Bürgerkrieg*. 43–45.

⁷⁴ Ebd. 46.

⁷⁵ Vgl. ebd. 47, 49.

⁷⁶ Vgl. Bernecker, Walther L. (2010): *Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert*. 133.

⁷⁷ Vgl. Bernecker, Walther L. (2005²): *Krieg in Spanien 1936–1939*. 6, 17.

Im Juli 1936 wird zuerst ein republikanischer Leutnant, kurz darauf als Revanche der konservative Führer José Calvo Sotelo auf offener Straße ermordet.⁷⁸

In diesem angespannten Klima unversöhnlicher Positionen und im Kontext des erstarkenden Faschismus in Europa planen Mitglieder des Offizierskorps und führende Generäle einen Putsch.

5.2 „La guerra“ 1936–1939 und der „*franquismo*“

Am 17. und 18. Juli 1936 beginnt mit dem Aufstand einer Gruppe von Militärgenerälen ein Krieg, welcher erst drei Jahre später am 1. April 1939 mit der totalen Machtübernahme Francisco Franco Bahamondes endet.

„Urban-progressiv, antiklerikal-liberal, republikanisch-demokratisch versus ländlich-konservativ, autoritär-monarchistisch, katholisch-traditionalistisch“ sind die Dichotomien, entlang derer die Argumentationslinien über den Krieg der „zwei Spanien“ verlaufen.⁷⁹ Diese eindeutigen Einteilungen lassen sich nicht auf ganz Spanien übertragen, so kämpfen katholische Basken durchaus auf Seiten der Republik, von der sie sich Autonomierechte versprochen. Dasselbe gilt auch für die Einwohner der ländlichen Gegenden Asturiens, die sich größtenteils den Aufständischen anschließen.⁸⁰

Der Sieg der so oft als „national“ bezeichneten Seite, ist nicht von vornherein klar, denn die Republik hat ihre Anhänger im Osten, Norden, weiten Teilen des Südens und vor allem in den großen Städten (Madrid, Barcelona). Die liberale Mittelschicht, der Großteil der Arbeiter und Teile des Militärs – die obersten Generäle und die Marine schlagen sich auf die Seite der Republik – während die Offiziere sich größtenteils den Aufständischen anschlossen. Insgesamt sind die Aufständischen dank des Afrikaheers bereits in der Ausgangsphase den Regierungstruppen zahlenmäßig überlegen, dennoch weitet sich der Putsch zu einem dreijährigen Krieg aus.⁸¹

Internationale Unterstützung

Besonders hervorzuheben ist die Versorgung durch die faschistischen Regime, welchen die Aufständischen ihre ersten Erfolge zu verdanken haben. Durch italienische und deutsche Transportflugzeuge kann das Heer von Afrika auf das europäische Festland übersetzen. Neben Mussolini und Hitler, die Waffen, Panzer, Flugzeuge sowie Soldaten zur Unterstützung nach Spanien schicken, setzt sich auch Portugal unter Salazar auf internationaler Ebene diplomatisch

⁷⁸ Vgl. Bernecker, Walther L. (2010): *Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert*. 134.

⁷⁹ Vgl. Bernecker, Walther L. (2005²): *Krieg in Spanien 1936–1939*. 5.

⁸⁰ Vgl. Collado Seidel, Carlos (2010²): *Der Spanische Bürgerkrieg*. 13, 14.

⁸¹ Vgl. Bernecker, Walther L. (2005²): *Krieg in Spanien 1936–1939*. 28.

für die Putschisten ein und vergibt Kredite.⁸² In der „Legion Condor“ kämpfen während des Krieges insgesamt 19.000 deutsche Soldaten/Freiwillige in fast allen großen Schlachten mit. Unter ihrem Kommando findet die Bombardierung Guernicas, der heiligen Stadt der Basken, statt, welche eine hohe Zahl an Opfern unter der Zivilbevölkerung fordert und bis heute zu den umstrittensten Kriegsschauplätzen zählt.⁸³ Laut dem Historiker Angel Viñas sind Franco, Mola und Sperrle, der Kommandant der deutschen Legion, die direkten Verantwortlichen.⁸⁴ Großbritannien, Frankreich und die USA betreiben der spanischen Situation gegenüber eine Politik der Nichteinmischung, welche sich jedoch nicht in Sanktionen gegenüber den aktiv die aufständische Seite unterstützenden faschistischen Staaten auswirkt.⁸⁵ Ab Oktober 1936 beteiligt sich die Sowjetunion mit militärischer Hilfeleistungen für die Republik im Bürgerkrieg, die Stalin allerdings schon 1938 aus unbekannten Gründen wieder einstellt.⁸⁶ Eine weitere Gruppe von Akteuren bilden die Internationalen Brigaden, welche freiwillige Kämpfer aus ganz Europa anziehen und einen hohen Anteil an Intellektuellen und Künstlern aufweisen, die später über ihre traumatischen Erfahrungen berichten (z.B. George Orwell).⁸⁷ Noch in den 1940ern der Diktatur leisten die *maquis* mit Guerrillataktik Widerstand.⁸⁸

Kriegsverlauf

Die „nationale Erhebung“ 1936 sollte eigentlich- ganz im Stile der *pronunciamientos* des vorhergegangenen Jahrhunderts- eine rasche Übernahme der politischen Macht durch das Militär bedeuten, die Generäle hatten nicht mit dem großen Widerstand gerechnet, welcher sich ihnen in den bereits erwähnten Gebieten bot. Am 14. August lässt General Juan Yagüe über 4.000 Menschen in der Stierkampfarena von Badajoz zusammentreiben und fusillieren.⁸⁹ Im Februar 1937 werden in *Paracuellos de Jarama* 2.200–2.500 Anhänger des „nationalen“ Lagers hingerichtet. Später wird dieser „Genozid von *Paracuellos*“ als das Verbrechen hingestellt, welches die Kollektivschuldthese untermauert.⁹⁰ Während Franco der Hauptstadt und dem Sitz der Regierung entgegen zieht, gerät General Moscardó mit seinen Truppen im *Alcazár de Toledo* in Bedrängnis. Mit Hilfe Francos kann Moscardó befreit werden. Der angebliche Opfertod seines Sohnes, welcher von den Republikanern als Geisel genommen und erschossen wird sowie das Durchhaltevermögen der belagerten Soldaten werden zum Gründungsmythos

⁸² Vgl. Bernecker, Walther L. (2005²): *Krieg in Spanien 1936–1939*. 78, 79.

⁸³ Vgl. ebd. 55.

⁸⁴ Vgl. ebd. 62–66.

⁸⁵ Vgl. ebd. 99, 101.

⁸⁶ Vgl. ebd. 108, 109.

⁸⁷ Vgl. ebd. 112.

⁸⁸ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*. [...]. 111.

⁸⁹ Vgl. ebd. 96.

⁹⁰ Vgl. Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...]. 80, 81.

des Franquismus stilisiert. Die Regierung siedelt nach Valencia um, als die Aufständischen nur noch 80 km von der Hauptstadt entfernt sind. Am 28. September desselben Jahres setzt sich Franco gegen den, ebenfalls um die Führungsrolle bemühten Mola als Oberbefehlshaber über die Streitkräfte durch und wird zum *Generalísimo* ernannt. Ein Akt, der die Einheit und den Zusammenhalt des „nationalen“ Lagers demonstriert.⁹¹ 1937 steht erneut die Eroberung Madrids an, davor erleiden die Aufständischen eine Niederlage in der Schlacht von Guadalajara. Es gelingt ihnen jedoch mit Bilbao, Santander und Gijón fast den gesamten Norden zu erobern.⁹² Mitte desselben Jahres wird Franco als ideologischer Führer der von nun an einzigen zugelassenen Partei, *Falange Española Tradicionalista y de las JONS*, bestätigt.⁹³ 1938 wird Valencia und somit die Regierung eingekesselt, in der Entscheidungsschlacht beim Ebro fallen ca. 90.000 Republikaner. Im Jänner 1939 fällt Barcelona in die Hände des „Nationalen Lagers“, am 1. April erklärt Franco nach der Einnahme Madrids den Krieg für beendet.⁹⁴

Opferbilanz und Repression

Über die Opferbilanz des Bürgerkrieges können heute nur mehr Schätzungen angestellt werden, was teils an fehlender und teils an falscher Dokumentation der Gefallenenzahlen liegt. Bernecker ästimiert, dass im Kampf ca. 100.000–150.000 Menschen zu Tode kamen, während repressive Maßnahmen und „Säuberungen“ des „nationalen“ Lagers an die 140.000, jene des republikanischen ca. 50.000 weitere Opfer fordern.⁹⁵ Zusätzlich exiliert fast eine halbe Million Spanier ab 1939 nach Frankreich, Mexiko und in andere lateinamerikanische Staaten sowie in die Sowjetunion.⁹⁶

Die Repression auf beiden Seiten unterscheidet sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Werden von Seiten der republikanischen Regierung nach kurzer Zeit schon Versuche unternommen, die enorme Gewalt einzudämmen, die sich vor allem auf Geistliche und Großgrundbesitzer entlädt und in der Massenerschießung – angeblich unter der Leitung des späteren Generalsekretärs der PCE Santiago Carrillo – in *Paracuellos de Jarama* ihren Tiefpunkt erlebt, gelten Terrormaßnahmen auf franquistischer Seite als wichtiges Instrument der systematischen Unterdrückung jedes Widerstandes und der Absicherung der besetzten Gebiete. Innerhalb des „republikanischen“ Lagers wird ein nicht minder brutaler Machtkampf

⁹¹ Vgl. Varela Iglesias, M. Fernando (2005): *Panorama de Civilización Española. España y España en América*. Facultas, Wien. 348.

⁹² Vgl. ebd. 349.

⁹³ Vgl. ebd. 357.

⁹⁴ Vgl. ebd. 349.

⁹⁵ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*. [...] 96, 104.

⁹⁶ Vgl. ebd. 104, 108, 109.

zwischen den politischen Gruppierungen geführt. Von Dezember 1936 bis 1962 werden, zusätzlich zu über 200 Zwangsarbeits- und Disziplinierungsbataillonen sowie Gefängnissen, 194 Konzentrationslager erbaut, welche zur „Umerziehung“ durch Arbeit von ca. 57,000 Häftlingen alleine während des Bürgerkrieges dienen. Als Voraussetzung um Teil des „Neuen Staates“ zu werden, müssen die Besiegten „Buße“ in Form von Arbeit ableisten. Viele melden sich „freiwillig“, da sich die Gefängnisstrafen durch diese Leistungen verringert.⁹⁷ Zwischen 200,000 und 400,000 Zwangsarbeiter werden bis in die 1960er Jahre hinein für Wiederaufbau, infrastrukturelle Erweiterungen der Eisenbahn- und Straßenstrecken, außerdem in Bergwerken eingesetzt, zum Teil auch nach Deutschland zur Arbeit in Konzentrationslagern oder als billige Arbeitskräfte an Privatfirmen verliehen.⁹⁸ Zwischen 1936 und 1948 gilt das sogenannte „Gesetz über die politische Verantwortlichkeit“, demnach war „die Nationale Bewegung niemals ein Aufstand“ und die „Roten“ die wahren Rebellen. Die Opposition wurde verboten, Besitztümer von Parteien und Sympathisanten der Republik konfisziert, Republikaner wurden aus allen öffentlichen Posten entfernt. Durch die institutionelle Verankerung des (Un-)Rechts in Schnellverfahren, von Militärtribunalen oder provisorischen Gerichten ausgeführt, wurden laut Paul Preston in 6,770 Prozessen über 30,200 Personen strafrechtlich verfolgt.⁹⁹ Das letzte Verfahren wird erst 1966 abgeschlossen.¹⁰⁰ Bis heute reichen auch die Debatte und die Auswirkungen der „*niños robados*“, der geraubten Kinder. Pichler schätzt den Gesamtumfang der Betroffenen auf ca. 30,000. Was unter dem Franquismus mit dem Raub von Kindern republikanischer Eltern und der Überstellung jener in Umerziehungslager oder deren Adoption durch regimetreue Ehepaare begann, soll sich noch bis in die 1990er Jahre hinein zu einem lukrativen Menschenhandel ausgeweitet haben.¹⁰¹

Die vielen Unsicherheiten über den Bürgerkrieg und die Jahrzehnte der Diktatur, rühren von einer, gezielt auf die Um- und Überschreibung der Geschichte ausgerichteten Politik des Regimes her. Die Eliminierung unpassender Elemente erfolgt dabei

„physisch, durch den Mord an Anhängern der Republik; politisch, durch eine Machtverteilung, die die Verlierer ausschließt; intellektuell, durch Zensur und Verbot; propagandistisch, durch unilaterale Indoktrinierung; kulturell, durch die Vernichtung jener, an die Verlierer erinnernden Symbolik“. ¹⁰²

⁹⁷ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*. [...]. 119.

⁹⁸ Vgl. ebd 113–117.

⁹⁹ Vgl. Preston, Paul (2012): *The Spanish Holocaust. Inquisition and Extermination in Twentieth-Century Spain*. W. W. Norton & Company, New York/London. 471–476.

¹⁰⁰ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*. [...]. 97, 98.

¹⁰¹ Vgl. Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...]. 292, 293.

¹⁰² Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*. [...]. 151.

Die prekäre Situation des Landes nach 1936, der Hunger, die Isolation, werden der 2. Republik und dem „Staatsfeind“ zugeschrieben; Wirtschaftlicher Aufschwung, Modernisierung, Stabilität und Friede in der Propaganda immer mit der Figur des Diktators und dem Sieg Francos im Bürgerkrieg verknüpft.¹⁰³

Die Franco-Diktatur lässt sich schwer charakterisieren, Pichler findet dafür den Ausdruck „chamäleonartig“, da sie keiner wirklichen Ideologie entspringt, sondern sich immer wieder den Gegebenheiten anpasst. Gleichbleibend sind einzig der konsequente Antikommunismus, Antirepublikanismus, Antiliberalismus und die enge Bindung an die Katholische Kirche. Der anfängliche Klerikal-Faschismus wandelt sich mit Ende des 2. Weltkrieges, um des guten Ansehens im Ausland willen, in eine katholisch-konservative Richtung.¹⁰⁴

Für die Historikerin Helen Graham scheint es schwer nachvollziehbar, weshalb bis heute die Verurteilungen des Franco-Regimes immer im Schatten der „wirklich grausamen“ Diktatoren seiner Zeit und nur als Lippenbekenntnisse ohne jegliche rechtliche Folgen geschehen. Auch wenn im Fall des Franquismus nicht von ethnischer Gewalt oder „Rassenhass“ gesprochen werden kann, so manifestierte sich in den Gewalthandlungen dennoch eine (wenn auch nur imaginierte) „Xenophobie“ gegen vermeintlich fremde Elemente, von denen die spanische Gesellschaft „gesäubert“ werden sollte.¹⁰⁵ Die These, dass die vom Volk gewählte Regierung in Wirklichkeit illegitim zustande kam und Franco somit das Recht und die Pflicht zum Aufstand hatte, wurde niemals demokratisch bestätigt. Und dennoch hält sich die Interpretation, Franco hätte „nur Ordnung schaffen wollen“ hartnäckig.¹⁰⁶ Was darauf hindeutet, dass sich bis heute keine allgemein akzeptierten, klaren Abgrenzungen zu den Mythen der Franco-Diktatur durchgesetzt haben. Dies ist mitunter durch den „sanften“ Übergang von Diktatur zur Demokratie zu begründen und der weitgehend fehlenden Verurteilung des Regimes durch die Politiker bis in die 2000er. In einem Artikel über die letzten Atemzüge des Diktators formuliert der Journalist Miguel Ángel Aguilar überspitzt:

„Heute, da uns einige Franco wie einen minuziösen Strategen vorstellen, der uns auf die Ankunft der Demokratie vorbereitet habe, muss man sich seines letzten blutigen Vermächtnis des Terrors erinnern, scheinbar dazu bestimmt uns auf die Wege der Versöhnung und Eintracht zu leiten, ohne dass wir dies zu wertschätzen gewusst hätten.“¹⁰⁷

¹⁰³ Vgl. Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Políticas de la Memoria y Memorias de la Política*. 101, 115.

¹⁰⁴ Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...] 70–72.

¹⁰⁵ Graham, Helen (2012): *The war and its shadow* [...]. 126.

¹⁰⁶ Bernecker, Walther L. „‘Memorias Históricas’ en España- debates y desarrollos recientes.“ In: Altmann, Werner/Bernecker, Walther L./Vences, Ursula (Hg.) (2009): *Debates sobre la memoria histórica en España*. *Beiträge zu Geschichte, Literatur und Didaktik*. Walter Frey, Berlin. 16.

¹⁰⁷ Ángel Aguilar, Miguel (2006): „El último servicio“. In: *El País*, 21.11., 25.

Der Leseart einer Abschwächung und Öffnung der Diktatur ausgehend von Franco, sind die wieder erstarkende Repression der letzten Jahre sowie Francos letzter Wille entgegenzusetzen. Demonstrationen und Versammlungen der Opposition werden durch Verhaftungen, Passenzug, etc. geahndet. Noch im September 1975, zwei Monate vor seinem Tod, unterzeichnete Franco die Todesurteile von drei Mitgliedern des FRAP (*Frente Revolucionario Antifascista y Patriota*) und zwei der ETA (*Euskadi Ta Askatasuna*). Weder die Intervention der katholischen Kirche, noch der internationale Protest bewirken einen Rückzug. Nach der Hinrichtung der fünf Männer folgen Anschläge auf spanische Botschaften und deren Schließungen.¹⁰⁸ In seiner letzten Ansprache vor dem Volk, weist der Diktator 36 Jahren nach Kriegsende noch auf die Gefahr einer kommunistischen Verschwörung hin und warnt die Spanier in seinem Testament: „Vergesst nicht, dass die Feinde Spaniens und der christlichen Zivilisation [überall] lauern.“¹⁰⁹

5.3 Von der *transición* bis heute

Am 20. November 1975, dem Sterbetag des Gründers der Falange José Antonio Primo de Rivera, erliegt Franco einer langwierigen Krankheit.¹¹⁰ Bereits im Jahre 1969 wird König Juan Carlos I von Franco persönlich als sein Nachfolger auserwählt. Dieses Amt tritt er am 22. November 1975 an. Mit dem Tod des Diktators und dem „Gesetz über die politische Reform“ 1976 wird ein Prozess eingeleitet, der heutzutage unter dem Begriff *transición* bekannt ist: der Übergang von Diktatur zur Demokratie.¹¹¹

Schon 1969 erklärte Franco per Gesetzesverordnung sämtliche Delikte, welche vor dem 1. April 1939 stattgefunden hatten für verjährt.¹¹² Mit dem „Amnestiegesetz“ 1977 wird nun, um die „zwei Spanien“ für immer wieder zu vereinen, auf die Strafverfolgung von Verbrechen unter Bürgerkrieg und Diktatur verzichtet, der sogenannte „Pakt des Schweigens“ besiegelt.

1. Es werden amnestiert:

a) Alle Taten politischer Intention, was auch immer ihr Resultat gewesen sein möge, typisiert als Delikte und Ordnungsübertretungen begangen vor dem 15. Dezember 1976. [...] ¹¹³

¹⁰⁸ Vgl. Paniagua, Javier (2009): *La transición democrática. De la dictadura a la democracia en España (1973–1986)*. Grupo Anaya, Madrid. 48.

¹⁰⁹ Vgl. ebd. 57.

¹¹⁰ Vgl. Bernecker, Walther L. (2010): *Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert*. 266.

¹¹¹ Vgl. ebd. 270, 271.

¹¹² Vgl. Decreto- Ley 10/1969, de 31 de marzo por el que se declara la prescripción de todos los delitos con anterioridad al 1 de abril de 1939. 4704. In:

<http://www.boe.es/boe/dias/1969/04/01/pdfs/A04704-04704.pdf> (04.06.2014)

¹¹³ Ley 46/1977, de 15 de octubre, de Amnistía. In:

<http://www.boe.es/boe/dias/1977/10/17/pdfs/A22765-22766.pdf> (04.06.2014)

Dieses „Schlussstrichgesetz“ wird oft durch das Wortspiel „Amnestie oder Amnesie“ charakterisiert. Santos Juliá, als Historiker, welcher nicht die politische Rechte vertritt, nimmt in seinen Stellungnahmen Abstand von dieser Formulierung und plädiert für die Formel „*echar al olvido*“, da das Vergessen willentlich geschieht, ein „Übereinkommen darstellt, die Vergangenheit dem Vergessen anheimfallen zu lassen“. ¹¹⁴

Anders als in Deutschland und Österreich, wo die Alliierten Mächte den Übergang zur Demokratie und die strafrechtliche Verfolgung der (wenn auch nicht aller) verantwortlichen „Nazi-Größen“ überwachte, kam es in Spanien den spanischen Politikern- reformfreudige Franquisten und die demokratische Opposition- selbst zu, über ihre Vergangenheit zu urteilen. Núñez und Stucki meinen, man könnte dies sehr wohlwollend als Angebot deuten, ohne Vorbehalte alle willigen Parteien in die neue Demokratie einzubinden. Amnestie sozusagen als Kompensation für die Machtaufteilung, Schlagwort: Stabilität, Modernisierung, Fortschritt, Europa. ¹¹⁵ Bei Bernecker findet sich die eher nüchterne Betrachtung: Wer sich mit der Amnestie nicht abfindet, wird ausgeschlossen. ¹¹⁶

1938 noch fordert der Staatspräsident Manuel Azaña die Bevölkerung auf, nach Kriegsende Friede, Erbarmen und Vergebung („*paz, piedad y perdón*“) walten zu lassen. Nach dem 2. Weltkrieg besteht, durch die außenpolitische Isolation Spaniens, Hoffnung auf Verhandlungen der beiden Kriegsparteien, doch der Ost-West-Konflikt stärkt die franquistische Diktatur als Verbündete gegen den „internationalen Marxismus“. Ab 1956 fordern PCE und Intellektuelle im Exil und die Studenten innerhalb Spaniens die nationale Versöhnung. Selbst die einfache Priesterschaft schließt sich dem Begehren an. ¹¹⁷ Jene Mitglieder der Exilregierung, die durch den vielzitierten Handschlag zwischen dem Vertreter der Konservativen und der Sozialisten in München 1962 ihre Bereitschaft zum Dialog signalisierten und kompromissbereite, gemäßigte Franquisten sind der Motor der *transición* zur Demokratie. ¹¹⁸

Der 23. Februar 1981 gilt als einer der großen Prüfsteine der jungen Demokratie, als Oberstleutnant Antonio Tejero mit Teilen der *Guardia Civil* das Parlamentsgebäude besetzt und die anwesenden Abgeordneten zu seinen Geiseln erklärt. Doch der Putsch und die angestrebte Konsequenz einer Militärregierung scheitern an König Juan Carlos, der den Militärs um Tejero eine eindeutige Absage erteilt. ¹¹⁹ Haben sich vor 1981 noch zaghafte Initiativen zur

¹¹⁴ Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Políticas de la Memoria y Memorias de la Política*. 71.

¹¹⁵ Vgl. Núñez, Xosé-Manoel/Stucki, Andreas: „Neueste Entwicklungen und Tendenzen der postdiktatorischen Geschichtskultur in Spanien.“ In: Troebst, Stefan (Hg.) (2010): *Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas : Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*. Wallstein, Göttingen. 209, 210.

¹¹⁶ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*. [...] 245.

¹¹⁷ Vgl. Bernecker, Walther L. (2005²): *Krieg in Spanien 1936–1939*. 232–234.

¹¹⁸ Vgl. Brinkmann, Sören: „Der Fall Spanien [...]“ 427.

¹¹⁹ Bernecker, Walther L. (2010): *Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert*. 276, 277.

Exhumierung erster Massengräber und Opferentschädigung entwickelt, stellt der 23-F eine Zäsur in der Aufarbeitung der spanischen Vergangenheit dar. Charakteristisch für den Umgang mit dem politischen Erbe, sind die vielzitierten Worte des Ministerpräsidenten des PSO, Felipe González, anlässlich des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Bürgerkriegs, wonach jener „kein Ereignis (sei), dessen man gedenken sollte, auch wenn er für die, die ihn erlebten und erlitten, eine entscheidende Episode in ihrem Leben darstellte“, da er „endgültig Geschichte“ geworden sei.¹²⁰ Dies dürfte auch der Meinung einer breiten Bevölkerungsschicht entsprechen. Eine 1983 von der Zeitschrift „*Cambio 16*“ durchgeführte Studie ergibt, dass 73% der Befragten im Bürgerkrieg ein beschämendes Ereignis sehen, welches vergessen werden sollte.¹²¹

Abseits der politischen Seite, müssen immer die Möglichkeit und der Wille einer persönlichen Aufarbeitung in die Debatte mit einfließen. Diese Seite ist auch gegen Ende der Diktatur und Anfang der *transición* von Angst vor weiterer Repression geprägt. Es darf nicht vergessen werden, dass auch eine Angst vor der Erinnerung an die schmerzliche Vergangenheit und die schlichte Verdrängung der traumatischen Erfahrungen wesentlich dazu beitragen, den Blick Richtung Zukunft zu richten.¹²²

Die *transición* mag zu jenem Zeitpunkt für die politische Führung des Landes als beste Lösung erschienen sein, dies täuscht allerdings nicht über die Tatsache hinweg, dass es sich um eine „Transition ohne transitionelle Justiz“ (Stephanie Golob) handelt.¹²³ In den mehr als 30 Jahren des Bestehens der Demokratie hat sich der Handlungsspielraum der politischen Akteure erweitert und die spanische Gesellschaft einen weiteren Generationenwechsel durchlaufen. Es sind großteils die Enkel der Kriegsgeneration, die mit Anfang des neuen Millenniums, in Anbetracht der Tatsache, dass die letzten Zeugen dahinschwinden, mit einem ganz neuen Verständnis der *transición*, die Aufarbeitung der spanischen Geschichte beginnen.

¹²⁰ Vgl. Bernecker, Walther L. (2005²): *Krieg in Spanien 1936–1939*. 219. Zitiert nach: o.A. (1986): “‘Una guerra civil no es un acontecimiento conmemorable’, afirma el Gobierno.” In: *El País* 18.7., 17.

¹²¹ Vgl. Bernecker, Walther L. (2005²): *Krieg in Spanien 1936–1939*. 225.

¹²² Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Políticas de la Memoria y Memorias de la Política*. 74/5.

¹²³ Labanyi, Jo (2008): “The politics of memory in contemporary Spain.” In: *Journal of Spanish Cultural Studies*, N° 9 (2). 119–125.

5.4 Der „Gedächtnis Boom“ der 2000er

Eine der Schlüsselfiguren des Gedächtnisbooms ist sicherlich Emilio Silva. Als Enkel eines Republikaners, der während des Bürgerkrieges getötet und in einem anonymen Massengrab verscharrt wurde, macht er dieses ausfindig und exhumierte im Jahr 2000 mit einem Team die sogenannten „13 von Priaranza del Bierzo“. Im selben Jahr wirkt er bei der Gründung der *Asociación para la Recuperación de la Memoria histórica*, (ARMH) mit, die sich dem Ausfindigmachen und der Exhumierung von Massengräbern aus Zeiten des Bürgerkriegs und der Nachkriegsrepression verschreibt.¹²⁴ Dieser Organisation folgen viele regionale und lokale Vereine, die sich mit ähnlichen Aufgaben beschäftigen. Der baskische Forensiker, Francisco Etxeberria weist darauf hin, dass viele Angehörigen gar keine Exhumierung fordern, es in den meisten Fällen einfach nur darum geht, zu wissen, wo ihr Familienmitglied begraben liegt und was genau zu seinem Tod geführt hat.¹²⁵ Kurz darauf entdeckt auch die politische Linke in der Opferentschädigung politisches Kapital für den Wahlkampf. Der PSOE gründet die Opfervereinigung *Descendientes del Exilio*, die kommunistische Partei will mit ihrem „*Foro por la Memoria*“ direkt den Bereich politische Aufarbeitung abdecken.¹²⁶ Auf den Vorschlag von IU-ICV hin, wird 2006 im Gedenken an die 2. Republik zum „*Año de la Memoria Histórica*“ erklärt. Der PP fordert hingegen ein „*Año de la concordia*“ zur Erinnerung an die *transición*. ERC scheitert mit den Bemühungen den 14. April als einen neuen Feiertag, dem „*Día de la Memoria Republicana*“, einzuführen.¹²⁷

Auch die politische Rechte entdeckt den Erinnerungsdiskurs für sich. 2011 publiziert die *Real Academia de la Historia Española* in acht Bänden eine Sammlung von Biografien der wichtigsten Persönlichkeiten Spaniens. Das mit öffentlichen Geldern unterstützte Werk, gerät auf Grund tendenziöser Beiträge über Protagonisten des Bürgerkriegs und vor allem der „verzerren“ Darstellung Francos durch den Mittelalterexperten und früheren Amtsmann des Diktators, Luis Suárez, in Kritik.¹²⁸

Es ist die Rede von „kaltem Mut“, welchen Franco „über die (Schlacht)felder verströmte“, von einem dreijährigen Krieg „welcher es ihm ermöglichte einen Feind zu besiegen, der anfänglich über größere Stärke verfügte“. Es sei der „Feindlichkeit“ Frankreichs und Russlands zu

¹²⁴ Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...]. 30.

¹²⁵ Altozano, Manuel (2006): „90,000 fusilados, 900 desenterrados.“ In: *El País*, 13.08., 24.

¹²⁶ Vgl. ebd. 239.

¹²⁷ O.A. (2014): „El PSOE se une al PP para incluir a los ‘padres’ de la Transición en el ‘Año de la Memoria’.“ In: *El Mundo*, 14.04., 12.

¹²⁸ Vgl. Constelna, Tereixa (2012): „Franco no fue dictador, y punto“. In: *El País*, 22.05., 38.

verschulden, dass Franco sich „auf einen Kompromiss mit Italien und Deutschland einlassen musste“. Außerdem „errichtete er ein autoritäres und kein totalitäres Regime“.¹²⁹ Im Gegensatz zu der Franco-Biografie, welche ihn als *Generalísimo* oder Staatschef, niemals jedoch als Diktator bezeichnet, kommen der Anführer des PCE und die Republik nicht so gut davon. Santiago Carrillo, so sein Biograph, „wandte eine Politik des revolutionären Terrors an, welche allen Organisationen des *Frente Popular* gemein war.“¹³⁰

Dieses Werk lässt sich einreihen in die ebenfalls boomende revisionistische Literatur, deren bekannteste spanische Vertreter Pío Moa und Ricardo de la Cierva (schon unter Franco Beamter) durch Stanley Payne auch internationale Unterstützung erhalten. Charakteristisch sind unter anderem die Zuschreibung der Schuld am Bürgerkrieg an die 2. Republik; die These, der Bürgerkrieg habe bereits 1934 begonnen; der Aufstand sei präventiv gegen die sich anbahnende rote Revolution erfolgt; die Opferzahl der republikanischen Repression sei weit größer; die *memoria histórica* sei unnötig, da das Land durch den harmonischen Prozess der *transición* befriedet und wiedervereint wurde; die Zahl der republikanischen Verschwundenen sei um der Subventionen Willen erheblich nach oben hin verfälscht worden.¹³¹

„Der Krieg der Todesanzeigen“

Mit der Debatte um das Gesetz bricht in den Zeitungen „*El País*“, „*El Mundo*“, „*ABC*“, etc. um den 70. Jahrestag des Kriegsbeginns der sogenannte „Krieg der Todesanzeigen“ („*guerra de las esquelas*“) aus. Mit einer davor lange Zeit vermiedenen Heftigkeit werden die Narrative über das gesplante Spanien und den Bürgerkrieg wieder ausgegraben und erfahren durch den Abdruck in der Presse eine neue Öffentlichkeit. Der Wortlaut: „ermordet von den roten Horden“, „zu Tode gemartert und niederträchtig ermordet“, „umgebracht durch die mörderischen Kugeln der franquistischen/faschistischen Repression“, erinnert an die Motive des „Kreuzzuges“ und des „Klassenkampfes“. Dies lässt die Autorin des Artikels vermuten, dass nach 70 Jahren, die alten „Wunden immer noch offen seien“.¹³²

¹²⁹ Constenla, Tereixa (2011): „Franco no es (tan) mal hombre.“ In: *El País*, 30.05., 40.

¹³⁰ Riaño, Peio H. (2012): „Insistimos: Franco no fue totalitario.“ In: *El País*, 11.02., 36.

¹³¹ Vgl. Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...] 251–253.

¹³² Vgl. Tesón, Nuria (2006): „Esquelas de las dos Españas.“ In: *El País*, 10.09., 28.

Baltasar Garzón und die Klage wegen „Verbrechen gegen die Menschheit“¹³³

Die Straflosigkeit (*impunidad*) und das Fortbestehen des Amnestiegesetzes wird durch das Gesetz nicht in Frage gestellt. Dennoch lanciert der international angesehene Ermittlungsrichter Baltasar Garzón einen spektakulären Versuch, die Verbrechen des Franquismus anzuklagen. Durch mediengewaltige Verfahren gegen beispielsweise den chilenischen Diktator Augusto Pinochet oder General Adolfo Scilingo (Militärdiktatur Argentinien) demonstriert Garzón die Anwendung des „Weltrechtsprinzips“. Anhand dieser Fälle wird in der spanischen Parlamentsdebatte um das Gesetz die Janusköpfigkeit der spanischen Justiz angeprangert, welche nach außen hin als Verfechterin der Menschenrechte auftritt, jedoch nach innen ihre Inkompetenz erklärt. 2006 reicht die ARMH, in Vertretung mehrerer Opferverbände, Klage ein, wegen des „erzwungenen Verschwindens von 30.000 Personen zwischen 1936 und 1945“.¹³⁴ 2008 nimmt Garzón die Untersuchungen in diesem Fall auf und gibt im September des Jahres dank der von den Opferorganisationen gesammelten Dokumente eine Zahl von 130.137 „Verschwundenen“ bekannt.¹³⁵ Für die Exhumierungen sollen jeweils die territorialen Gerichte verantwortlich sein. Am 16. Oktober erklärt er sich zuständig, die Verbrechen des Franquismus strafrechtlich zu verfolgen.¹³⁶

Während seiner Untersuchungen wird der Richter gleich dreimal wegen Rechtsbeugung angeklagt. Freisprüche erfolgen im Falle der Zuständigkeitserklärung für die Aufklärung der Verbrechen der Diktatur und in jenem über angebliche Zahlungen der Bank Santander für ein Seminar des Richters in New York.¹³⁷ Im Fall „Gürtel“ wird der Richter schuldig gesprochen, da er Gespräche von Verurteilten mit deren Anwälten mitschneiden ließ und wird für 11 Jahre vom Dienst suspendiert.¹³⁸

Am 27. Februar 2012 entscheidet der Oberste Gerichtshof (*Tribunal Supremo*), dass es nicht in die Kompetenz spanischer Richter fällt, die Verbrechen des Bürgerkriegs und der Diktatur zu untersuchen. In Bezug auf die „*Ley de Memoria Histórica*“ verlautbart das Urteil, dass dieses

¹³³ Wie in meiner Seminararbeit über den Armenischen Völkermord, möchte ich auch in dieser Arbeit, den Begriff „Verbrechen gegen die Menschheit“ gebrauchen, denn: „Diese Übersetzung scheint mir plausibel, da a) an der Menschlichkeit, als abstrakter Terminus, keine Verbrechen begangen werden können, b) die Verbrechen im engeren Sinn nicht „un-menschlich“ sind, da sie von Menschenhand begangen wurden, und c) der Begriff „Menschheit“, die Gesamtheit der Erdbevölkerung mit einschließt, ohne ethnische, nationale, „rassische“, religiöse, etc. Unterschiede zu machen.“ zitiert aus: Malisch, Julia (2013): *Der Armenische Völkermord und die Entstehung des Begriffs „Genozid“*. (Seminararbeit, 27 S.). 3.

¹³⁴ Yoldi, José (2006): „La Asociación para la Recuperación de la Memoria denuncia 30.000 desapariciones.“ In: *El País*, 15.12., 22.

¹³⁵ Junquera, Natalia (2008): „Garzón recibe 130.137 nombres de víctimas y pistas sobre su paradero.“ In: *El País*, 22.09., 16.

¹³⁶ Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...] 275, 276.

¹³⁷ Vgl. ebd. 278, 279, 284.

¹³⁸ Lázaro, Julio M. (2012): „Garzón ‚se excedió‘ al intentar ‚mejorar la situación de las víctimas.‘“ In: *El País*, 28.02., 12.

Gesetz weder „das Recht auf Wahrheit, noch Gerechtigkeit“ verbrieft. Das Amnestiegesetz wird somit als Schlussstrich jeglicher gerichtlicher Verfolgung von Vergehen vor 1976 bestätigt.¹³⁹

5.4.1 Internationales Echo – UNO, EU

In der UN Resolution 7 (1946) vom 26. Juni 1946 wird die Franco-Diktatur verurteilt und vereinbart die Situation weiterhin zu beobachten, um im Falle einer Gefährdung des „internationalen Friedens und der Sicherheit“ einzugreifen.¹⁴⁰ Doch da Franco keine Expansionspläne in Europa hegt, sich ab 1943 offiziell vom Faschismus distanziert und ihm, als dezidiert anti-kommunistischem Führer, für den Westen im Kalten Krieg wieder politische Bedeutung zukommt, sehen die Vereinten Nationen keinen Grund zur Intervention.¹⁴¹ 1952 wird die franquistische Diktatur von der UNESCO anerkannt, die UNO folgt 1955.¹⁴² Einen internationalen Aufschrei provozieren die letzten Hinrichtungen in den 1970er Jahren.¹⁴³ Nach dem Tod Francos dominiert Jahrzehnte lang das Narrativ des „vorbildlichen“ und friedlichen Übergangs von Diktatur zur Demokratie im internationalen Diskurs über Spanien. Am 17. März 2006 beschließt der Europarat eine Verurteilung des Franquismus und schlägt vor, den 18. Juli zum „Internationalen Tag der Verurteilung des Franquismus“ zu erklären.¹⁴⁴ Der PP-Abgeordnete Jaime Mayor Oreja sorgt dabei für einen Eklat, als er sich der Stimme enthält und in einem Interview dazu meint, dass jeder seine eigene Interpretation und Erinnerung an den Franquismus habe und es vielen Leuten, auch ihm, nicht schlecht ging. Er sähe daher keinen Grund für eine pauschalisierende Verurteilung.¹⁴⁵

2013 fordert die UNO nun eine vollständige Aufklärung der Verbrechen des Franquismus, die Abschaffung des Amnestiegesetzes und eine konsequente staatliche Unterstützung bei der Auffindung und Exhumierung von Massengräbern.¹⁴⁶

¹³⁹ Bericht von Amnesty International, Juni 2013:

A.I (2013): El tiempo pasa, la impunidad permanece. La jurisdicción universal, una herramienta contra la impunidad para las víctimas de la Guerra Civil y el franquismo en España. Madrid. In: <http://www.amnistia.org.ar/sites/default/files/AIFran.pdf> (22.07.2014)

¹⁴⁰ UN Resolution 7 “The Spanish Question” (1946), in: <http://unsr.com/en/resolutions/doc/7> (22.07.2014)

¹⁴¹ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*. [...] 160.

¹⁴² Vgl. ebd. 129, 130.

¹⁴³ Vgl. Paniagua, Javier (2009): *La transición democrática. De la dictadura a la democracia en España (1973-1986)*. Grupo Anaya, Madrid. 48.

¹⁴⁴ Vgl. Cué, Carlos E. (2006): “El Consejo de Europa condena el franquismo e insta a España a honrar sus víctimas.” In: *El País*, 18.03., 25.

¹⁴⁵ Vgl. Madrid (2007): “Mayor Oreja no condena el franquismo y el PSOE pide explicaciones al PP.” In: *El Mundo*, 16.10., 19.

¹⁴⁶ Junquera, Natalia (2013): “Naciones Unidas reclama a España juzgar las desapariciones del franquismo.” 30.09., in: http://politica.elpais.com/politica/2013/09/30/actualidad/1380570286_265914.html (17.07.2014)

5.4.2 Menschenrechts- und Opferorganisationen

Eine weitere Gruppe, die sich mit dem Gesetz nicht zufrieden zeigt, sind die Opferverbände und NGOs. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International sieht darin eine „*ley de punto final*“, ein Schlusstrichgesetz. Neben der implizierten Straffreiheit, wird es auch in den Punkten der Opferentschädigung, der Zuständigkeit sowie der Übernahme von Verantwortung durch den Staat, den Forderungen und Initiativen von Parteien, Institutionen und Zivilpersonen nicht gerecht. Für die belgische NGO *Equipo Nizkor* („*nizkor*“ leitet sich aus dem hebräischen ab und steht für „jene, die wir niemals vergessen“), welche 1994 in Spanien gegründet wurde und sich zum Ziel gesetzt hat, weltweit gegen die Straflosigkeit vorzugehen, ist der größte Kritikpunkt, die weiterhin bestehende Unmöglichkeit, den Verantwortlichen aus dem Bürgerkrieg, vor allem aber jenen der Diktatur, den Prozess zu machen.¹⁴⁷ Die *Asociación de la recuperación de la Memoria Histórica* hebt hervor, dass die Exhumierungen weiterhin auf die Initiativen von Einzelnen hin geschehen und keine Order von Staatsseite zur Öffnung der Massengräber besteht. Die Homepage eröffnet mit der Frage: „Warum ließen die „Väter der Verfassung“ meinen Großvater im Straßengraben?“¹⁴⁸ Auch von dieser Seite wird das Vergessen, der reine Blick in die Zukunft, die Amnestie kritisiert. Es bleibt zu erwähnen, dass Emilio Silva dem PSOE vorwirft, relativ wenig mit der gleichnamigen Partei unter der 2. Republik gemein zu haben. Während der *transición* werden marxistische Tendenzen ausgeklammert, die aktuellen Vertreter kommen nicht unbedingt aus dem Exil und stammen auch nicht alle von früheren Repressionsopfern aus der Republik ab. Die meisten (z.B. Rubalcaba, Fernández de la Vega, aber auch Zapatero) haben das Ende des Franquismus noch miterlebt, sind mit Diktatur und dem Übergang zur Demokratie sozialisiert worden. So ließe sich auch das eher zurückhaltende Gesetz erklären.¹⁴⁹

5.4.3 Die Rolle der Katholischen Kirche

Der Artikel 15 der „*Ley de Memoria Histórica*“ betrifft auch die Katholische Kirche, welche die unzähligen Plaketten für die Gefallenen der nationalen Seite entfernen soll. Die ARMH bittet die spanischen Bischöfe 2006, den baldigen Papstbesuch zum Anlass zu nehmen, „sämtliche noch vorhandenen falangistischen Plaketten mit der Aufschrift ‚*Caídos por Dios y España*‘“ abzunehmen und fordert eine offizielle Entschuldigung vom Papst für die Rolle der

¹⁴⁷ Offizielle Homepage des Equipo Nizkor: <http://www.derechos.org/nizkor/about.html> (08.03.2015)

¹⁴⁸ Offizielle Homepage der ARMH: <http://memoriahistorica.org.es/index.php> (08.03.2015)

¹⁴⁹ Vgl. Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...] 32–34.

katholischen Kirche während Bürgerkrieg und Diktatur.¹⁵⁰ Der Vorwurf der Rückgewandtheit lässt sich nicht für den gesamten katholischen Klerus bestätigen. Wie auch schon in der Transition sind es die „Katholiken der Basis“, die ebenfalls ein Schuldeingeständnis von den Bischöfen verlangen. Die spanische Bischofskonferenz stellt sich hingegen vehement gegen derartige Ansprüche und jede Veränderung des Kircheninventars.¹⁵¹ Ihr zu folge, habe die „letzte religiöse Verfolgung“ in Spanien im Zeitraum zwischen 1931 und 1939 stattgefunden. Mit dieser Interpretation geht auch die Entscheidung in Valencia eine pompöse Kirche für die 2001 seliggesprochenen Märtyrer des „nationalen Lagers“ erbauen zu lassen, während die Bemühungen des *Fòrum per la Memòria Històrica del País Valencià* ein Massengrab in einen Friedhof umzuwandeln vorerst per Richterbescheid gestoppt wurde.¹⁵²

Seligspredungen

Nachdem Pius XII, Johannes XXIII und Paul VI Seligsprechungen spanischer Opfer „des Religionshasses“ aus dem Bürgerkrieg ablehnend gegenüber standen, werden diese ab 1987 unter Papst Johannes Paul II wieder praktiziert.¹⁵³ Am 28. April 2007 wird die bevorstehende Seligsprechung von 498 „Märtyrern der religiösen Verfolgungen der 1930er Jahre“ bekannt gegeben. Die spanischen Bischöfe weisen jedwede Kritik von sich, dass diese in einem Zusammenhang mit dem Gesetz stünden, und dennoch verstehen sie es als eine wichtige symbolische Geste in „Zeiten der weiten Verbreitung des Laizismus, welcher die Versöhnung der Gesellschaft bedrohe“.¹⁵⁴ Jeder habe das Recht, Vorschläge für Seligsprechungen vorzubringen. Jene baskischen Priester, welche von den Franquisten im Bürgerkrieg fusiliert wurden, befinden sich allerdings nicht unter den Kandidaten.¹⁵⁵

¹⁵⁰ Cué, Carlos E. (2006): „Víctimas del franquismo piden quitar las placas falangistas de las iglesias.“ In: *El País*, 07.07., 35.

¹⁵¹ Vgl. Bedoya, Juan G. (2007): „Católicos de base piden a los obispos que reconozcan sus culpas en la Guerra Civil.“ In: *El País*, 17.10., 31.

¹⁵² Vgl. Alberola, Miquel (2007): „Una iglesia para ‘los mártires del 36’.“ In: *El País*, 02.07., 28.

¹⁵³ Vgl. Íñiguez Hernández, Diego: „La Ley 52/2007 y el debate sobre la memoria histórica en España.“ 79.

¹⁵⁴ Davor wurden bis dato 479 der im 20. Jhdt. Verstorbenen selig gesprochen.

Vgl. Sahuquillo, María R. (2007): „La Iglesia anuncia una beatificación masiva de „mártires“ de la Guerra Civil.“ In: *El País*, 28.04., 30.

¹⁵⁵ Vgl. Montero, Manuel (2007): „Otros ‘mártires’ de la Guerra Civil.“ In: *El País*, 06.05., 43.

6 „Ley de Memoria Histórica“

Gleich in den ersten Jahren der Demokratie werden Gesetze erlassen, welche die Situation von Opfern des Bürgerkrieges, Invaliden, aber auch geschädigten Familienmitgliedern, finanziell verbessern sollen. So werden Pensionsansprüche beispielsweise auch auf Soldaten oder Widerstandskämpfer der 2. Republik erweitert.¹⁵⁶

Am symbolisch aufgeladenen 20. November 2002 beschließt das Parlament einstimmig per Entschließungsantrag (*proposición no de ley*¹⁵⁷), die „moralische Anerkennung aller Männer und Frauen, die die franquistische Repression erleiden mussten, weil sie für die Freiheit kämpften oder sich zu ihren demokratischen Überzeugungen bekannten.“¹⁵⁸ 2003 bringt der PSOE, noch als Oppositionspartei, einen Antrag darauf ein, die Verbrechen des Bürgerkriegs und des Franquismus nicht nur moralisch, sondern auch strafrechtlich zu verfolgen. Dieser wird zwar von anderen kleinen Parteien unterstützt, prallt jedoch an der Ablehnung des PP ab, der nach dem genannten Entschließungsantrag einen endgültigen Schlussstrich unter die Vergangenheitsdebatte ziehen möchte. Nach dem Machtwechsel wird am 1. Juni 2004 vom PSOE durch einen Entschließungsantrag eine Kommission zur Erhebung der nötigen Schritte für ein Reparationsgesetz der Opfer von Bürgerkrieg und Diktatur eingesetzt. Mit einer fast eineinhalb-jährigen Verzögerung, folgend auf die Deklaration des Jahres 2006 zum „*Año de Memoria Histórica*“ im Gedenken an den 70sten Jahrestag des Bürgerkriegsausbruchs, bringt die Kommission den ersten Gesetzesentwurf ein, welchem am 14. Dezember 2006 im *Congreso de los Diputados* eine Abfuhr erteilt wird. Nun folgt ein fast 12-monatiges Tauziehen um jeden einzelnen Punkt. Während das gesamtspanische Parlament noch über die Details des Gesetzes diskutiert, verabschiedet Katalonien bereits im Oktober 2007 die „*Llei del Memorial Democràtic*“.¹⁵⁹ Im Dezember desselben Jahres tritt das neue Gesetz in Kraft, nunmehr umbenannt von „*Ley de Memoria Histórica*“ auf „*Ley por la que se reconocen y amplían derechos y se establecen medidas en favor de quienes padecieron persecución o violencia durante la Guerra Civil y la Dictadura.*“ Von der Friedrich-Ebert-Stiftung wird dieses als

¹⁵⁶ Vgl. Brinkmann, Sören: „Der Fall Spanien [...]“ 430.

¹⁵⁷ Im Unterschied zu einem Gesetz, stellt dieser nur eine Aufforderung dar, die aber nicht verbindlich gilt. Congreso de los Diputados „Constitución Española, 1978.“ In: <http://www.congreso.es/consti/constitucion/indice/sinopsis/sinopsis.jsp?art=111&tipo=2> (08.12.2014)

¹⁵⁸ Grupos Socialista, Nacionalista Vasco, Popular, Grupo Mixto —Eusko Alkartasuna—, Catalán (Convergència i Unió), Mixto e Izquierda Unida a las proposiciones no de ley del Grupo Parlamentario Federal de Izquierda Unida, 20.11.2002, 20524. In: http://www.congreso.es/public_oficiales/L7/CONG/DS/CO/CO_625.PDF (23.06.2014)

¹⁵⁹ Llei 13/2007, del 31 d'octubre, del Memorial Democràtic. In: http://www20.gencat.cat/portal/site/portaljuridic/template.PAGE/menuitem.d15a4e5dfb99396dc366ec10b0c0e1a0/?javax.portlet.tpst=ba5f51819ed19d6c56159f10b0c0e1a0&javax.portlet.prp_ba5f51819ed19d6c56159f10b0c0e1a0=action=fitxa&documentId=423243 (23.06.2014)

“bislang umfassendster Schritt einer spanischen Regierung zur Aufarbeitung der franquistischen Vergangenheit” bewertet.¹⁶⁰ Die Fortschritte der Umsetzung des Gesetzes werden auf der Internetseite der Regierung (<http://www.memoriahistorica.gob.es/index.htm>) dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Am 19. September 2011 druckt „*El País*“ ein richtungsweisendes Zitat des damals noch oppositionellen PP-Vorsitzenden Mariano Rajoy ab: „Das Gesetz zur Historischen Erinnerung ist absolut nutzlos. Ich habe kein Interesse daran, dass es weiterhin in Kraft ist.“¹⁶¹ Und tatsächlich wird unter der neuen Regierung das Budget, welches den Opfervereinigungen zugesichert worden war, immer weiter gekürzt, bis 2013 gar keine Subventionen mehr vorgesehen sind.¹⁶²

6.1 Der Inhalt des Gesetzes

Verabschiedet wird das Gesetz, welches landläufig als “Gesetz des historischen Gedächtnisses“ bezeichnet wird, unter dem Namen: “Gesetz 52/2007, vom 26. Dezember, durch das Rechte anerkannt und erweitert werden und Maßnahmen zu Gunsten jener ergriffen werden, die unter Bürgerkrieg und Diktatur Verfolgung und Gewalt gelitten haben.”¹⁶³ Es gliedert sich in drei Teile:

- die **Präambel** des (bis zur Thronübergabe an seinen Sohn Felipe am 19. Juni 2014 amtierenden¹⁶⁴) Königs von Spanien Juan Carlos I,
- **22 Artikel** des Gesetzes und
- **8 Zusatzbestimmungen** („*disposiciones adicionales*“).

6.1.1 Präambel

Spanien hat die Staatsform der parlamentarischen Monarchie, ähnlich dem Präsidenten in Österreich, kommen hier dem Staatsoberhaupt, König Juan Carlos I, rein repräsentative und notarielle Funktionen zu.¹⁶⁵ So unterzeichnet der König zwar die Präambel „*yo vengo en*

¹⁶⁰ Jacobs, Annegret (2007): *Die Ley de la Memoria Histórica – Ein Aufreißen oder Verheilenlassen alter Wunden?* Friedrich-Ebert-Stiftung, Madrid. 1. In: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/madrid/05786.pdf> (20.07.2014)

¹⁶¹ Vgl. Junquera, Natalia (2011): Víctimas del franquismo se preparan para "recortazo" del PP en políticas de memoria. In: *El País*, 19.07., 20.

¹⁶² Vgl. Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...] 263.

¹⁶³ Ley 52/2007, de 26 de diciembre, *por la que se reconocen y amplían derechos y se establecen medidas en favor de quienes padecieron persecución o violencia durante la guerra civil y la dictadura*. 53410- 53416: <http://www.boe.es/boe/dias/2007/12/27/pdfs/A53410-53416.pdf> (05.05.2014)

¹⁶⁴ Prieto, Joaquín (2014): “Juan Carlos I concluye su reinado.” In: http://politica.elpais.com/politica/2014/06/18/actualidad/1403122258_069262.html (19.06 2014)

¹⁶⁵ Barrios, Harald: „Grundzüge des politischen Systems.“ In: Bernecker, Walther L. (2008): *Spanien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Vervuert, Frankfurt/Main. 60, 61.

sancionar la siguiente ley“¹⁶⁶, darf das Gesetz „sanktionieren und verkünden“, hat aber kein Mitspracherecht in dessen Entstehung.¹⁶⁷

In der Präambel wird der vereinende und versöhnende Charakter der *transición* und der Verfassung von 1978 besonders hervorgehoben, der Krieg und die Diktatur selbst als „schmerzliche Perioden unserer Geschichte“ und „Tragödie“ bezeichnet.¹⁶⁸ Des Weiteren wird unterstrichen, dass es sich hierbei vor allem um ein Gesetz handelt, welches das „individuelle Recht auf eine persönliche und familiäre Erinnerung“ anerkennt. Es sei aber „nicht Aufgabe des Gesetzgebers eine bestimmtes kollektives Gedächtnis einzuführen“.¹⁶⁹

6.1.2 Opferanerkennung, finanzielle und moralische Reparation

Artikel 1 bis 10 sowie 19 befassen sich mit der moralischen und finanziellen Wiedergutmachung. Laut Artikel 1 soll das Gesetz all jenen gewidmet sein, die unter dem Bürgerkrieg, der Diktatur und der Repression gelitten haben und zu deren moralischer Wiedergutmachung beitragen. Erneut wird auf den persönlichen und familiären Charakter der Erinnerung eingegangen. Erstmals werden, neben politischen, kulturellen, religiösen, ethnischen und linguistischen, auch jene Opfer gewürdigt und anerkannt, die auf Grund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt wurden (Art 2.2). Demokratische Werte sollen durch die Verbreitung des Wissens über Bürgerkrieg und Demokratie gestärkt werden. Zu den Maßnahmen die dafür ergriffen werden, zählen Kurse für Professoren, Unterrichtsmaterial, Subventionen bis zum Jahr 2011 sowie die Dokumentation von universitären Projekten zur Opferreparation.¹⁷⁰ Das Gesetz soll ein Recht auf „Wahrheit“ verbriefen und die Aufklärung der Umstände von Bürgerkrieg und Diktatur vorantreiben. Die Verfolgung der Täter lässt sich daraus, laut Urteil des Obersten Gerichtshofes, nicht ableiten.¹⁷¹ Der Franquismus und Diktaturen im Allgemeinen werden abgelehnt, aber die Personen, welche die Diktatur erst ermöglichten, bleiben unangetastet. Die Familienmitglieder von Opfern des Krieges und des darauffolgenden Regimes haben die Möglichkeit eine einmalige „Deklaration der

¹⁶⁶ Ley 52/2007. 53410.

¹⁶⁷ Congreso de los Diputados “Constitución Española, 1978.” In: http://www.congreso.es/constitucion/ficheros/c78/cons_espa.pdf (20.07.2014)

¹⁶⁸ Ley 52/2007. 53411.

¹⁶⁹ Ebd. 53411.

¹⁷⁰ El Ministerio de Educación y Memoria Histórica. In: <http://www.mecd.gob.es/campanias/memoria-historica/presentacion.html> (20.07.2014)

¹⁷¹ A.I (2013): *El tiempo pasa, la impunidad permanece. La jurisdicción universal, una herramienta contra la impunidad para las víctimas de la Guerra Civil y el franquismo en España*. Madrid. 4. In: <http://www.amnistia.org.ar/sites/default/files/AIFran.pdf> (22.07.2014)

Wiedergutmachung und der persönlichen Anerkennung“ zu beantragen, daraus entstehen allerdings weder finanzielle, noch wirtschaftliche Ansprüche (Art. 4).

Die „Erklärung der Illegitimität“ (Art. 3) gilt in der Verhandlungsphase des Gesetzes zwischen 2006 und 2007 als eines der umstrittensten Teilgebiete des Textes. Während linke Fraktionen wie ERC oder IU vehement die Aufhebung sämtlicher, während Bürgerkrieg und Diktatur gefällten Gerichtsurteile, insbesondere jene sogenannten „*juicios sumarísimos*“, verlangen, berufen sich Zapatero und der PSOE auf die Rechtssicherheit, welche sie durch die Ungültigkeitserklärung jener Rechtssprüche gefährdet sehen. In dieser Frage scheiden sich die Gemüter der Rechtsexperten, so argumentieren einige, dass jene „Rechtssprüche“ jeglicher Grundvoraussetzungen entbehren (Massenverurteilungen, kein Recht auf Verteidigung, Anklage ohne Beweise, manche schon vor den Urteilssprüchen erschossen, nicht Tat, sondern Einstellung wird gerichtet, etc.) und obendrein einem Unrechts-Regime entspringen, wodurch sie ob ihrer Art und ihres Ursprunges bereits ungültig wären.¹⁷² Die Erklärung der standesgerichtlichen Urteile als „illegitim“ oder „illegal“, anstelle der geforderten „Annullierung“, ist eher symbolischen Charakters. Ersteres bezeichnet einen Widerspruch zur Rechtsordnung, was die Möglichkeit einer Revision einzelner Fälle nicht ausschließt, aus letzterem erwächst der Anspruch auf Reparation, der für alle Verurteilten gültig wäre.¹⁷³

6.1.3 Nationalität

Der Artikel 18 besagt, dass die Kämpfer der Internationalen Brigaden, nunmehr die Möglichkeit haben, die spanische Staatsbürgerschaft zu beantragen, ohne ihre ursprüngliche aufzugeben. In der siebten Zusatzbestimmung wird der Staatsbürgerschaftsanspruch auf diejenigen ausgeweitet, deren Eltern Spanier gewesen wären, bzw. für die Enkel jener, denen die spanische Staatsbürgerschaft aberkannt wurde oder die darauf verzichten mussten. Schon am ersten Tag nach in Kraft treten dieses Abschnitts, welcher in den Medien auch als „*ley de nietos*“ („Gesetz der Enkel“) bezeichnet wird, am 30. Dezember 2008, heißt es: „Die Enkel der Exilanten stehen Schlange.“¹⁷⁴ Insgesamt werden über 503,000 Anfragen registriert, fast 95% aus Iberoamerika. Bei circa 6 % handelt es sich tatsächlich um Enkel von Spaniern die zwischen 1936 und 1955 das Land verließen. Unterm Strich verhilft das Gesetz bis zu seiner Auslaufrfrist am 27. Dezember 2011 241,763 Menschen zu einem spanischen Pass.¹⁷⁵

¹⁷² Vgl. Preston, Paul (2012): *The Spanish Holocaust* [...]. 471.

¹⁷³ Vgl. Díez, Anabel/Cué Carlos E. (2007): „El Gobierno blindará la ley para evitar que los juicios franquistas generen indemnizaciones.“ In: *El País*, 22.04., 23.

¹⁷⁴ Vincent, Mauricio (2008): „Los nietos de los exiliados hacen cola.“ In: *El País*, 30.12., 12.

¹⁷⁵ Gonzáles, Manuel (2012): „Casi 250,000 nuevos españoles por la ‘ley de nietos’.“ In: *El País*, 31.03., 13.

6.1.4 Archiv

Das Gesetz sieht die Schaffung eines allgemeinen Bürgerkriegsarchives, mit dem Sitz in Salamanca, als Dokumentationszentrum des historischen Gedächtnisses vor. Sämtliche Dokumente (oder glaubwürdige Kopien) des Bürgerkriegs und der Diktatur, ob in privaten oder staatlichen Sammlungen sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Durch Stipendien sollen die Untersuchungen jener Epoche zusätzlich unterstützt werden. Der Streit um die „*papeles de Salamanca*“ zeigt deutlich, wie sehr sogar dieses vermeintlich unscheinbare Thema polarisiert. Die katalanische Regierung hatte bereits kurz nach Ende der Diktatur die Rückgabe jener Dokumente katalanischen Ursprungs, die unter dem Franquismus zu Repressionszwecken gesammelt wurden, gefordert. Diese verzögerte sich allerdings bis 2005 und wurde von einem Massenprotest, initiiert vom konservativen Bürgermeister und unterstützt durch den PP, begleitet. Das Archiv diente dabei auch als Art Kristallisationspunkt für die Empörung, welche die neuen Verhandlungen über die Autonomiestatute auslöste, wodurch sich eine doppelte Leseart der Plakate „Spanien und Archiv= Einheit“ ergibt.¹⁷⁶

6.1.5 Massengräber

2011 sind von 2,232 bereits bestätigten Massengräbern, 1,203 immer noch nicht untersucht worden.¹⁷⁷ Auch nach dem Gesetz bleiben die Exhumierungen in gewisser Weise Privatsache. Die Regierung übernimmt zusammen mit den öffentlichen Verwaltungsorganen die Aufgabe eine Karte aller spanischen Massengräber anzulegen und ein Protokoll für eine wissenschaftliche Vorgehensweise bei der Exhumierung aufzusetzen, außerdem Subventionen für die Ausgrabungen zur Verfügung zu stellen. Dennoch sieht sich der Staat nicht in der Verantwortung, alle Massengräber ordnungsgemäß zu öffnen, dies geschieht nur auf Anfragen von Angehörigen.¹⁷⁸ Ohne diese Maßnahme der Exhumierung und Identifizierung der Opfer, werden die Zahlen jener weiterhin auf Zeugenberichten und Mutmaßungen beruhen. Als ein treffendes Beispiel für die Fehlerquote jener Angaben, kann die Ausgrabung in Camuñas (Toledo) angeführt werden. Die Katholische Kirche lässt ein Massengrab öffnen, welches an die 6,000 Opfer des republikanischen Terrors fassen soll, die misshandelt und bei lebendigem Leibe verbrannt wurden. Unter ihnen mehrere Geistliche. Schlussendlich finden sich allerdings nur 60 Leichen, die durch Kopfschüsse hingerichtet wurden.¹⁷⁹

¹⁷⁶ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*. [...]. 335, 336.

¹⁷⁷ Vgl. Junquera, Natalia (2011): „Aún quedan por abrir 1.203 fosas del franquismo.“ In: *El País*, 06.05., 20.

¹⁷⁸ Vgl. Cué, Carlos E./Diez, Anabel (2007): „Claves para entender una ley histórica.“ In: *El País*, 18.10., 18.

¹⁷⁹ Vgl. Junquera, Natalia (2010): „La Iglesia también abre las fosas de sus muertos.“ In: *El País*, 24.01., 24.

6.1.6 Valle de los Caídos

Das größte, unverändert bestehende Denkmal, welches sich der Diktator Franco zur Huldigung seiner selbst, seines Sieges und seines „neuen Staates“ erbauen ließ, ist die *Basílica Menor de la Santa Cruz del Valle de los Caídos*. Jenes monumentale Bauwerk hat seinen Standort in *Cuelgamuros*, Bezirk *San Lorenzo de El Escorial*, außerhalb Madrids und erstreckt sich über 1,300 Hektar. Über dem gigantische Mausoleum, welches um die circa 33,850* Gefallenen¹⁸⁰ des Spanischen Bürgerkriegs fasst, sowie dem Gründer der *Falange Española*, José Antonio Primo de Rivera, und Franco selbst als letzte Ruhestätte dient, ist ein 150 Meter hohes Kreuz gebaut.¹⁸¹

Am 20. November wird alljährlich im Gedenken an José Antonio eine Totenmesse (ab 1975 auch Franco gewidmet) zu seinen Ehren abgehalten, stets begleitet von einem Aufmarsch Rechtsextremer, Falangisten und Ex-Franquisten. Der Gesetzespunkt 16 legt eine Entpolitisierung und die ausschließliche Widmung als Ort des Kultes und öffentlichen Friedhofes nahe. Noch 2007 pilgern an die 1,500 Rechtsradikale und Franco-Nostalgiker zu der jährlichen Totenmesse an seinem Sterbetag.¹⁸² Kurz darauf wird das Valle für Sanierungsarbeiten, geschlossen, heute stellt es wieder eine beliebte Touristenattraktion dar. Tatsächlich hat sich nach dem Gesetz die Änderung ergeben, dass die jährliche Demonstration der Neonazis und Profranquisten zwar nicht mehr erlaubt ist, dies hält jene dennoch nicht davon ab, um den 20. November im Valle aufzumarschieren, Fahnen zu schwingen und „*Cara al sol*“ zu singen.¹⁸³ Auf der Homepage des Benediktiner Ordens „*de la Santa Cruz del Valle de los Caídos*“ ist zu lesen, dass eines der Gründungsziele war, ein „Monument für die Versöhnung“ zu errichten, denn die Gründungsdokumente weisen, so der Wortlaut, eine „Betonung der religiösen, sozialen und kulturellen Ziele dieses Werkes der Eintracht und Gerechtigkeit“ auf. Auch diene es zur „Erinnerung und als Grabmal für alle Gefallenen“.¹⁸⁴ Kein Wort von den circa 10,000 Zwangsarbeitern, die jenes zwischen 1936–1959 als Buße und zur Reduktion von Gefängnisstrafen für ihre Unterstützung der Republik oder ihre oppositionelle Meinung zum franquistischen Regime erbauen.¹⁸⁵

¹⁸⁰ Vgl. Junquera, Natalia (2011): “El Gobierno descarta exhumar a los republicanos enterrados con Franco.” In: *El País*, 05.05., 16. (*33,847 von denen 21,317 identifiziert werden konnten.)

¹⁸¹ Sanz, Jesús de Andrés (2006): “Los símbolos y la memoria del Franquismo.” In: *Fundación Alternativas (Estudios de Progreso)*, N° 23, Madrid. 17.

¹⁸² Vgl. Duva, Jesús (2007): “La policía calcula que en España hay casi 10,000 ‘ultras’ y neonazis.” In: *El País*, 18.11., 22.

¹⁸³ Vgl. Junquera, Natalia (2010): “Vamos a tener que volver a sacar las escopetas a la calle.” In: *El País*, 21.11., 28.

¹⁸⁴ Offizielle Homepage des Valle de los Caídos. In: <http://www.valledeloscaidos.es/monumento/objetivo> (03.01.2015)

¹⁸⁵ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*. [...] 204–212.

Franco selbst findet bei der Einweihung des *Valle de los Caídos*, für die der Leichnam José Antonio Primo de Riveras exhumiert und feierlich beigesetzt wurde, keinerlei versöhnliche Worte, wenn er weiter vor „den Roten“ warnt, die aus dem Exil die Zerstörung des mittlerweile durch ihn wirtschaftlich konsolidierten und wiederaufgebauten Spaniens vorbereiten würden.¹⁸⁶ In der politischen Debatte wird die Umwandlung in einen Gedenkstättenkomplex, anhand dessen die Repression unter der Diktatur aufgearbeitet werden soll angedacht. Die Kommission, die sich um die Neugestaltung des Valle kümmert, nennt als mögliche Umsetzungsidee, die Umwandlung in ein „Meditations- und Interpretationszentrum“, in welchem auch Raum für die Familien nichtkatholischer Opfer geboten wird. Eine Namensänderung wird ebenfalls vorgeschlagen, außerdem solle ein Denkmal für alle Opfer errichtet werden. Ein weiterer kritischer Punkt, der innerhalb der Kommission zu keiner einstimmigen Entscheidung führt, ist die Exhumierung Francos, um das Valle als Pilgerort der Rechtsextremen Szene uninteressanter zu machen. So liegen die Überreste des Diktators bis heute noch in seinem gigantischen Mausoleum.¹⁸⁷

6.1.7 Artikel 15 – Symbole und öffentliche Monumente

Aus dem 93 Seiten umfassenden Kommissionsbericht „zur Situation der Opfer von Bürgerkrieg und Franquismus“ ist ersichtlich, dass die Entfernung der franquistischen Symbole eine jener Forderungen darstellt, über die sich die Opfergruppen und Assoziationen einig sind. Ebenfalls werden Stimmen laut, die sich für die Errichtung neuer Gedenkstätten einsetzen. Die Kommission geht direkt auf die Wichtigkeit einer versöhnenden Symbolik ein, welche die demokratische Realität im Lande widerspiegeln sollte, nach dem Motto „Symbole von allen für alle“. Es wird festgehalten, dass zwar Umgestaltungsarbeiten im Sinne einer Entfernung oder Neuinterpretation des Altbestandes an franquistischen Spuren und Monumenten stattgefunden haben, diese allerdings einen geregelten und ganzheitlichen Charakter vermissen ließen. Die Schaffung eines Gegengewichts, in Form von in Richtung Demokratie weisenden Maßnahmen, konnte nicht bewerkstelligt werden. Dies gilt auch für geforderte Didaktisierung von Erinnerungsorten wie das *Valle de los Caídos* oder das Schlachtfeld *Belchite* (Zaragoza) und ganz allgemein für die Entwicklung eines Konzeptes von Informationszentren und Friedensgedenkstätten.¹⁸⁸

¹⁸⁶ Vgl. Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Memory and Amnesia*. The role of the Spanish Civil War in the transition to democracy. Berghan Books, New York. 83.

¹⁸⁷ Vgl. Junquera, Natalia (2011): “‘Primo de Rivera es uno más’.” In. *El País*, 30.11., 16.

¹⁸⁸ Vgl. “Informe General de la Comisión Interministerial para el estudio de la situación de las víctimas de la Guerra Civil y del Franquismo.” Del 26 de junio 2006, 83–85.

Die Präambel gesteht den Bürgern zu, ein „Recht auf eine öffentliche Symbolik zu haben, die die Möglichkeit zur Begegnung bietet und nicht zu Konflikt oder Beleidigung führt“.¹⁸⁹ Jede Verherrlichung des Staatsstreichs, des Bürgerkriegs und der Unterdrückung während der Diktatur soll aus dem öffentlichen Raum getilgt werden. Die Symbole, welche zu entfernen sind, umfassen „Wappen, Inschriften, Plaketten und andere Gedächtnisobjekte oder Erwähnungen“. Der genaue Wortlaut des Artikels 15 wird im Folgenden Absatz wiedergegeben:

- Artikel 15. *Symbole und öffentliche Denkmäler.*
1. Die öffentlichen Verwaltungsorgane sollen in Ausübung ihrer Kompetenzen die geeigneten Maßnahmen ergreifen, um Wappen, Insignien, Plaketten und andere Gedächtnisobjekte oder Erwähnungen zur persönlichen oder kollektiven Verherrlichung des militärischen Aufstands, des Bürgerkriegs und der Repression der Diktatur, zu entfernen. Diese Maßnahmen können auch den Entzug von Subventionen oder öffentlichen Zuschüssen umfassen.
 2. Das Vorgesehene im vorherigen Absatz soll nicht zur Anwendung kommen, wenn die Erwähnungen ausschließlich dem privaten Andenken dienen, ohne die Verherrlichung der sich Gegenüberstehenden, oder wenn dieses mit künstlerischen, architektonischen oder künstlerisch-religiösen Rechten, die per Gesetz geschützt sind, konkurriert.
 3. Die Regierung wird mit den Autonomen Regionen und den örtlichen Körperschaften bei der Erstellung eines Katalogs jener Überreste von Bürgerkrieg und Diktatur die im vorherigen Absatz vorgesehen sind, mitwirken.
 4. Die öffentlichen Verwaltungsorgane können auch die Subventionen und Zuschüsse von Privatbesitzern entziehen, wenn diese nicht den im Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen nachkommen.¹⁹⁰

Der Artikel unterscheidet sich wesentlich vom ursprünglichen Entwurf, der kürzer ausfällt und die Wörter „Diktatur“ oder „Repression“ nicht beinhaltet. Im Originaltext seien demnach jene Symbole zu entfernen, die „nur eine der beiden sich [im Bürgerkrieg] gegenüberstehenden Parteien verherrlicht“ oder „sich mit dem nach seinem Ende errichteten Regime identifizieren.“ Auf Drängen von IU-ICV hin, wird dieser Passus der „*dos bandos*“ und der Zusatz, dass auf die Verherrlichung beider Kriegsparteien verzichtet werden solle, aus dem endgültigen Text getilgt.¹⁹¹ Nach den fast vier Jahrzehnten der Diktatur sind de facto kaum noch republikanische Symbole aus Zeiten der 2. Republik übergeblieben, die die Werte, Errungenschaften oder Persönlichkeiten jener Tage „verherrlichen“ könnten.¹⁹² Eine weitere Empfehlung der

In:http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=3&ved=0CDEQFjAC&url=http%3A%2F%2Fwww.mpr.es%2FNR%2Frdonlyres%2F3834DA97-8D86-4CD0-AE2E-7C8AA123725A%2F77935%2FInformeGeneral.pdf&ei=8MjxU6yOK8rT0QX-soDoBw&usg=AFQjCNE_rJeikBHqsLv32WJd9XCqCJS_lA&bvm=bv.73231344,d.d2k

¹⁸⁹ Ley 52/2007. 53411.

¹⁹⁰ Ley 52/2007. 53414.

¹⁹¹ Cortes Generales, Diario de sesiones del Congreso los Diputados, **31 de octubre de 2007**, VIII Leg., Núm 296, 14616.

¹⁹² “Art.17. Símbolos y monumentos públicos: [...] menciones conmemorativas de la Guerra Civil, existentes en los mismos, **cundo exalten a uno sólo de los bandos** enfrentados en ella o se identifiquen con el régimen instaurado en España a su término. [...]”

Boletín Oficial de las Cortes Generales, Congreso los Diputados, **8 de septiembre de 2006**, VIII Legislatura, Núm. 99-1. “*Proyecto de ley. Por la que se reconocen y amplían derechos y se establecen medidas en favor*

Regierung an die regionalen Autoritäten, die besagten Symbole zu entfernen, wird ob der juristischen Wirkungslosigkeit vorab des 1. Entwurfes wieder entfernt.¹⁹³ In letzter Minute noch erwirkt die konservative CiU, dass bei „künstlerisch- religiösen“ Bedenken, die Abnahme von Symbolen nicht vorgenommen werden muss.¹⁹⁴ Die Einschränkungen beziehen sich auch auf jene Symbole die auf einem „Kulturgut“ haften oder bei denen es sich um Objekte von „historischer Bedeutung“ handelt. Um das Vorhandensein dieser Ausschlusskriterien zu ermitteln, wird vom Kulturministerium eine Expertenkommission gegründet. Jedes Ministerium muss die Überreste der franquistischen Symbole in seinen Gebäuden auflisten.¹⁹⁵ Obgleich die Formulierung: „Wappen, Inschriften, Plaketten und andere Gedächtnis-Objekte oder Erwähnungen“ von Zeitungen, Historikern etc. auf die Umbenennung von Straßennamen ausgelegt wird, werden „*nombres de calles*“ im Gesetz mit keinem Wort erwähnt. Juristisch gesehen weist der Artikel einen „hohen Grad an Abstraktion und Unsicherheiten“ auf. Diese umfassen sowohl die Definition der einzelnen Symbole – unter diesen vor allem die Formulierung „andere Objekte“ – als auch jene „Maßnahmen“, die zu deren Entfernung gesetzt werden sollen. Aber auch die genaue Durchführung von möglichen Sanktionen wird nicht näher geklärt, sodass im Hinblick auf die Umsetzung des Artikels, den Verwaltungsorganen großer argumentativer Spielraum bei Verzögerungen geboten wird.¹⁹⁶

de quienes padecieron persecución o violencia durante la Guerra Civil y la Dictadura.” In: http://www.congreso.es/public_oficiales/L8/CONG/BOCG/A/A_099-01.PDF (05.05.2014)

¹⁹³ Díez, Anabel/Cué, Carlos E. (2007): “El PP bloqueará el órgano clave del proyecto para rehabilitar a las víctimas de la Guerra Civil.” In: *El País*, 07.01., 26.

¹⁹⁴ Vgl. Cué, Carlos E./Díez, Anabel (2007): “CiU aún no apoya pero espera hacerlo.” In: *El País*, 11.10., 21

¹⁹⁵ Vgl. *El País* (2008): „Paquete de medidas para impulsar la Ley de Memoria.“ In: *El País*, 01.11., 10.

¹⁹⁶ Vgl. Abad Licerias, José María (2009): *Ley de Memoria Histórica. La problemática jurídica de la retirada o mantenimiento de símbolos y monumentos públicos*. Dykinson, Madrid. 65.

7 Ergebnisteil I: Metaphernanalyse der Debatte und Zeitungsartikel

7.1 Debatte im spanischen Parlament

Das spanische Parlament ist in ein Unterhaus (*Congreso de los Diputados*) und ein Oberhaus (*Senado*) geteilt, deren Legislaturperiode jeweils vier Jahre dauert. Insgesamt verfügt das Unterhaus des spanischen Parlaments über 350 Abgeordnetenplätze.¹⁹⁷ Um ein einfaches Gesetz beschließen zu können, ist bei einer Abstimmung eine einfache, bei einem Gesetz im Verfassungsrang (*ley orgánica*) eine 2/3 Mehrheit nötig.¹⁹⁸

Nach den Kongress- Wahlen vom 14. März 2004 geht der PSOE unter José Luis Rodríguez Zapatero mit 164 Mandaten als Sieger hervor, nur knapp unterliegt der PP mit 148 Abgeordnetensitzen. Darauf folgen *Convergència i Unió* (CiU) mit 10, *Esquerra Republicana* (ERC) mit 8 und der *Partido Nacionalista Vasco* (PNV) mit 7 sowie *Izquierda Unida* (IU) mit 5 Plätzen.¹⁹⁹ Von den kleineren Parteien zählen alle bis auf IU zu jenen der autonomen Gebiete.²⁰⁰

Der PSOE, welcher eine Minderheitsregierung bildet, benötigt mindestens 176 Stimmen für ein Gesetz, müsste demnach 12 Abgeordnete anderer Parteien zu sich „ins Boot holen“, um eine einfache Mehrheit zu erlangen. Da über das Gesetz nicht als Einheit, sondern pro Artikel abgestimmt wird, haben die kleinen Parteien die Chance den PSOE für Zugeständnisse zu Kompromissen zu überreden.²⁰¹ Bald ist klar, dass die Sozialisten nicht mit den Stimmen des *Partido Popular* rechnen können, der das Gesetz von vornherein, als „unnötig“ und „obsolet“, vollständig ablehnt. Daher bleibt der Regierung Zapatero nur übrig, mit mindestens zwei der regionalen Parteien zu paktieren, die jeweils ihre eigenen Vorstellungen einbringen und ihre Stimmen an zusätzliche politische Forderungen knüpfen.

Zusammengefasst stehen sich drei große Blöcke im spanischen Parlament gegenüber: der *Partido Popular*, der *Partido Socialista Obrero Español*, deren Positionen im folgenden

¹⁹⁷ Barrios, Harald: „Grundzüge des politischen Systems.“ 56, 57.

¹⁹⁸ Congreso de los Diputados „Constitución Española, 1978.“ In: <http://www.congreso.es/consti/constitucion/indice/titulos/articulos.jsp?ini=81&fin=92&tipo=2> (08.12.2014)

¹⁹⁹ o.A.(2004): „Resultados Congreso 2004.“ o.A., in: <http://www.20minutos.es/resultados-elecciones/2004/congreso/> (25.05.2014) Das vollständige Wahlergebnis lautet wie folgt: Partido Socialista Obrero Español (PSOE): 164, Partido Popular (PP):148, Convergència i Unió (CiU): 10, Esquerra Republicana de Catalunya amb Front Nacional de Catalunya i Partit Social Demócrata de Catalunya (ERC): 8, Eusko Alderdi Jeltzalea - Partido Nacionalista Vasco (EAJ - PNV): 7, Izquierda Unida (IU): 5, Coalición Canaria (CC): 3, Bloque Nacionalista Gallego (BNG): 2, Unión del Pueblo Navarro - Coalición PP (UPN-PP): 2, Chunta Aragonesista(CHA): 1, Eusko Alkartasuna(EA): 1, Nafarroa Bai (NA-BAI): 1.

²⁰⁰ Iñiguez Hernández, Diego: „La Ley 52/2007 y el debate sobre la memoria histórica en España.“ 75.

²⁰¹ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*.[...] 352.

Abschnitt dargelegt werden sollen sowie die regionalen und linken Parteien. Eine der Hauptforderungen, welche von allen Parteien – mit Ausnahme des PSOE und des PP – vorgebracht wird, ist die Annullierung der Gerichtsurteile des Franquismus. Bei ERC kommt die Hoffnung auf eine Rehabilitierung des ehemaligen Präsidenten der *Generalitat*, Lluís Companys hinzu. Neben der Opferentschädigung, soll durch das Gesetz auch die, bis dato ausständige, „transitionale Justiz“ realisiert werden. Ähnlich wie im Falle der lateinamerikanischen Diktatoren wird gefordert, dass nun den franquistischen Verantwortlichen der Prozess gemacht wird. Die konservativen Katalanen von CiU wollen die Ausweitung des Opferbegriffs im Gesetz auf jene Menschen erwirken, welche die republikanische Repression auf Grund ihrer religiösen Einstellung zu spüren bekamen.

Am **14. Dezember 2006** stellt der PSOE den vorläufigen Entwurf vor und die anderen Parteien erklären und verteidigen ihre Verbesserungsvorschläge. *Esquerra Republicana* präsentiert die stärkste Kritik unter den linken Parteien gibt zu verstehen, dass von ihrer Seite dem Gesetz nur zugestimmt werden wird, wenn sich der PSOE dazu bereiterklärt, dieses fast vollkommen umzuschreiben. Auch IU-ICV zeigt sich enttäuscht darüber, dass die „juicios sumarísimos“ nicht annulliert werden. Der *Partido Popular* will den gesamten Entwurf vom Verhandlungstisch. PNV und CiU stellen ihre Stimmen für das Gesetz im Gegenzug für Verbesserungen in Aussicht. Fast ein Jahr dauert von dem Zeitpunkt an die Gesprächsphase. Im April 2007 erreicht der PSOE eine Übereinkunft mit *Izquierda Unida*, streicht jene Passagen, welche von den „dos bandos de la Guerra Civil“ sprechen und inkludiert die „Illegitimität“ der franquistischen Gerichtsurteile, betont jedoch es handle sich dabei um einen politischen, nicht um einen juristischen Schritt.²⁰²

Der **Oktober 2007** stellt den Höhepunkt der Verhandlungsphase dar. Während der Sommermonate erzielt die Regierung keine Fortschritte im Hinblick auf die Unterstützung des Gesetzes und der Zeitdruck, jenes noch vor der nächsten Legislaturperiode zu verabschieden, wächst. Neben dem PSOE, sprechen sich IU-ICV, PNV, *Grupo Mixto*, BNG, *Chunta Aragonesista*, *Nueva Canaria* und schlussendlich auch CiU für die „*Ley de Memoria Histórica*“ aus.²⁰³ Das Gesetz 52/2007 wird am 31. Oktober vom *Congreso de los Diputados* beschlossen und im Dezember vom *Senado* bestätigt.²⁰⁴

²⁰² Vgl. Cué Carlos E./Díez, Anabel (2007): “PSOE e IU-ICV dan un vuelco total a la Ley de Memoria y declaran ilegítimos los juicios de Franco.” In: *El País*, 20.04., 18.

²⁰³ Vgl. Díez, Anabel/ Cué Carlos E. (2007): “La Ley de Memoria Histórica verá luz.” In: *El País*, 09.10., 19.

²⁰⁴ Vgl. Cortes Generales, Diario de sesiones del Senado, 10 de diciembre de 2007, VIII Leg., Núm. 140. 8904.

7.1.1 Kritik und Metaphern des *Partido Popular*

Die Wahlniederlage des PP am 14. März 2004 wird neben anderen Kritikpunkten an der Regierung Aznar- wie der Unterstützung George W. Bushs im Irak-Krieg, oder der staatlichen Subventionen für die *Fundación Francisco Franco*- der Informationspolitik über die Zuganschlüge islamistischer Terroristen in Madrid, zugeschrieben. Die am 11. März verübten Attentate, bei denen 191 Menschen starben und die mehr als 2,000 Verletzte forderten, wurden vorerst als Werk der ETA bezeichnet und die Untersuchungen sollen von Regierungsseite absichtlich in diese Richtung gelenkt worden sein. Die Vorwürfe PSOE und ETA würden gemeinsam hinter den Attentaten stehen und das Ziel verfolgen den PP aus dem Amt zu drängen werden bis zum Gerichtsurteil 2008 aufrechterhalten.²⁰⁵ In der Folge des „11-M“ tritt José María Aznar von seiner Kandidatur zurück und schlägt Mariano Rajoy an seiner Stelle für das Amt des Ministerpräsidenten vor. Mit dem neuen Mann an der Spitze vertritt der PP in der Legislaturperiode 2004–2008 eine Politik der „*crispación*“, wie es Bernecker ausdrückt. Dies kann mit „Anspannung“ oder auch „Verkrampfung“ übersetzt werden und bedeutet einen vier Jahre anhaltenden Widerstand der Partei gegen sämtliche Projekte des PSOE.²⁰⁶ Dabei wird versucht, die Unfähigkeit der Regierung zu demonstrieren und diese zu delegitimieren. Im Zuge der Debatte um die „*Ley de Memoria Histórica*“ äußert sich die genannte Strategie in der kategorischen Ablehnung des Gesetzes, welche in parteinahen Massenmedien, wie „*El Mundo*“, aber auch „*ABC*“, Widerhall findet.²⁰⁷ Vergleichsweise kleine Wellen schlägt das Gesetz zur Aufarbeitung der Franco Diktatur im Gegensatz zu den Wogen, die die parallel verlaufende Debatte über den ETA-Terror auslösen. Zwischen 2005 und 2008 kommt es zu insgesamt 21 „Antiregierungsdemonstrationen“ zu denen der PP, konservative Verbände oder die katholische Kirche aufrufen, welche zeigen sollen, dass auch das Volk sich gegen den PSOE wendet. Dabei spielt die Opfervereinigung AVT (*Asociación Víctimas del Terrorismo*)²⁰⁸ eine wichtige Rolle, die wiederholt Massendemonstrationen gegen den Dialog mit der ETA veranstaltet, denen sich beispielsweise am 4. Juni 2005 auch Mariano Rajoy im Namen des PP anschließt. Die Opfer der ETA werden von der konservativen Seite instrumentalisiert und den

²⁰⁵ Vgl. Bernecker, Walther L.: „Politik zwischen Konsens und Konfrontation [...]“ 91, 92.

²⁰⁶ Der Sammelband „Spanien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur.“ wird 2008 publiziert, enthält folglich noch keine Daten zu der zweiten Legislaturperiode Zapateros. Aus den Zeitungsartikeln zu schließen, verändert der PP seine Haltung gegenüber der Erinnerungspolitik PSOE auch zwischen 2008–2011 nicht.

²⁰⁷ Íñiguez Hernández, Diego: „La Ley 52/2007 y el debate sobre la memoria histórica en España.“ 77.

²⁰⁸ Die AVT bezeichnet sich selbst als eine „unpolitische, wohlthätige Fürsorgeorganisation“, die sich, 1981 gegründet, „allen Opfern des Terrors und der Vernachlässigung durch den Staat“ verpflichtet fühlt. In der homepage-eigenen Liste der „Opfer des Terrors“, die bis 1960 zurückgeht, bleibt der staatliche Terror unter dem Franco-Regime unerwähnt. Es handelt sich um eine Anführung der Opfer von ETA, GRAPO, FRAP, MPAIAC oder islamistischem Terror. In: <http://www.avt.org/historia-y-fines/> (04.06.2014)

Opfern der Franco-Diktatur entgegengehalten.²⁰⁹ Dies ist im Hinblick auf die Straßennamen von Bedeutung, da mit dem Diskurs über die franquistischen Erinnerungsorte auch die Frage aufkommt, ob den ETA-Mitgliedern Denkmäler gesetzt werden dürfen, ob deren Namen ebenfalls aus den Stadtplänen getilgt werden sollen.²¹⁰

Metaphern

Der PP, in der Parlamentsdebatte vertreten durch die Abgeordneten Manuel Atencia Robledo (14.12.2006), Jorge Fernández Díaz (17.10.2007) und Eduardo Zaplana Hernández-Soro (31.10.2007), trägt in seiner Debatte einen regelrechten Kampf gegen den PSOE und das Gesetz aus. Ganz im Sinne des metaphorischen Konzeptes „Argumentieren ist Krieg“ bei Lakoff und Johnson oder Berneckers Charakterisierung der Parteistrategie der „*crispación*“. Die verwendeten **Kampfmetaphern** dienen in erster Linie zur Delegitimierung des PSOE und erscheinen daher wenig diplomatisch oder auf Konsens bedacht, jede Wortmeldung kann somit als Angriff, zum einen auf das Gesetz, zum anderen auf die Regierung und Zapatero verstanden werden.

Wichtige Mittel des Diskurses sind die ständige Wiederholung und das feste Beharren auf bestimmten Metaphern wie der „Gesellschaftsspaltung“ oder der „Waffe“. Als Vergleiche werden diktatoriale Systeme und Unrechtsregime des 20. Jahrhunderts angeführt, auch das „offizielle Gedächtnis“ lässt sich hier einordnen. Zitate, über die Bedeutung von Bürgerkrieg, Transition, Gedächtnispolitik und Versöhnung stammen ausschließlich von Politikern des PSOE (z.B. Felipe Gonzáles) oder politisch eher links eingestuften Schriftstellern, Dichtern, Juristen, etc. (z.B. Antonio Muñoz Molina). Keine Diskussion kommt aus ohne die Erwähnung Manuel Azañas berühmter Forderung nach „Friede, Erbarmen und Vergebung“, welche als Bestätigung der Amnestie ausgelegt wird.

Dem PSOE wird eine Ideologie vorgeworfen, welche die **2. Republik kritiklos verherrlicht**, dabei versucht der PP dies aus dem Ursprung der Partei aus jener Zeit zu begründen. In Abgrenzung dazu beschreibt sich der PP selbst, als vollkommenes Gegenteil, da dieser „nicht mehr Vergangenheit oder Erbe habe, als die Transition und die Demokratie.“²¹¹ Der scharfe Ton dieser Anschuldigungen eine „*memoria republicana*“ zu propagieren, wird erst in Hinblick auf das spezifische Geschichtsverständnis, welches von konservativen Kreisen vertreten wird, klar. Demnach trägt die 2. Republik einen großen Schuldteil am Bürgerkrieg. Da es der

²⁰⁹ Vgl. Bernecker, Walther L.: „Politik zwischen Konsens und Konfrontation [...]“ 90.

²¹⁰ Offizielle Homepage der ARMH: <http://memoriahistorica.org.es/index.php> (08.03.2015)

²¹¹ Atencia Robledo, Cortes Generales, Diario de sesiones del Congreso los Diputados, 14 de diciembre de 2006, VIII Leg, Núm 222.11259.

demokratisch gewählten Regierung nicht möglich war, für Ordnung und Stabilität zu sorgen, sie also nicht im Stande war eine „Handlungslegitimität“ aufzubauen, war ein Staatsstreich somit nur eine Frage der Zeit.

Dem PSOE wird des Weiteren vorgeworfen, sich als „**Höchststrichter**“ über die Geschichte aufzuspielen und eine **totalitäre Politik gegen die Meinungsfreiheit** zu verfolgen, an der niemand Kritik üben darf, ohne sofort als „antidemokratisch, nostalgisch oder faschistisch“ bezeichnet zu werden.²¹² Es bleibt nicht beim Angriff der Partei oder des Gesetzes, immer wieder folgen direkte „Hiebe“ auf den Ministerpräsidenten Zapatero selbst. Dieser wird als unfähig und unglaublich dargestellt, so meint Atencia Robledo: „Zapatero bricht den Pakt, er verrät den Pakt, verrät die Position, die der PSOE 25 Jahre lang vertrat [...] verrät sich selbst.“²¹³ Erneut betont der PP seine Position als pures Gegenteil des PSOE und des „sektiererischen Gesetzes“. Es sei eine Friedenspartei, die ihr Wort hält, denn sie ist es, die Pakte nicht bricht und so meint Robledo: „**wir** haben vereinbart, dass die Vergangenheit nicht mehr als politische Waffe benutzt wird.“²¹⁴

Das Gesetz

Das Gesetz sei der Versuch, eine „offizielle und einzige Wahrheit einzuführen und aufzuzwingen, welche deutlich an das Werk Orwells „1984“ erinnere“, in dem das Wahrheitsministerium die Geschichte als Medium ihrer totalitären Utopie benutzt.²¹⁵ Es ist schwer, diesem Kommentar nicht eine gewisse Ironie abzugewinnen. Handelt es sich bei Orwell doch um einen derjenigen Schriftsteller, die selbst im Bürgerkrieg mitgekämpft hatten und schlussendlich sicher nicht zu jenen gehört, die sich für eine Generalamnestie und eine Nicht-Aufarbeitung der Vergangenheit einsetzen würde. Immer wieder wird dieser Vorwurf der „offiziellen Wahrheit/Geschichte/Erinnerung“²¹⁶ ausgesprochen und die Partei Zapateros als „Inquisitionstribunal des offiziellen Gedächtnis“²¹⁷ bezeichnet, welches mit dem Gesetz eine „Revision **unserer** Geschichte“, oder gar die „Umschreibung **der** Geschichte“ vorhabe.²¹⁸ Dieser Vorwurf ist vielleicht weniger eine Metapher, denn eine Hyperbel, also eine bewusst gesetzte Übertreibung, die dem Argument noch mehr Ausdruck verleihen soll.

²¹² Atencia Robledo, Cortes Generales, Diario de sesiones del Congreso los Diputados, 14 de diciembre de 2006, VIII Leg, Núm 222. 11261.

²¹³ Ebd. 11260.

²¹⁴ Ebd. 11260.

²¹⁵ Ebd. 11261.

²¹⁶ Ebd. 11261.

²¹⁷ Ebd. 11261.

²¹⁸ Ebd. 11261.

Das Gesetz wird vom PP als **Bedrohung** und als **Waffe** dargestellt. So bedeutet dieses Projekt einen „**Torpedo** in der Wasserlinie unserer politischen Ordnung, der Legitimation der Demokratie, welche die Transition darstellt [...]“.²¹⁹ Vielmehr noch sollen „einige“ sogar vorhaben, „den Geist der Transition mit **Dynamit** zu sprengen“, zusammen mit der „**Basis**“, welche jenen „historischen Pakt von 1978 **stützt**“. Folglich sei dieses ein Angriff auf die Verfassung in der die spanische Demokratie **fußt**.²²⁰

Transition, Verfassung und Amnestie können in das metaphorische Konzept des Grundsteins, auf dem jenes „Haus“ der Demokratie aufgebaut wurde, eingegliedert werden. Dies lässt sich anhand des „stützenden“ Charakters, welcher jenem Prozess zugeschrieben wird, zeigen. Umso bedrohlicher wirken die Metaphern zur Beschreibung des Gesetzes, wenn jenes eben diese Grundpfeiler der politischen Ordnung angreift, als Wurfwaffe, Torpedo und Sprengstoff.

Schlussendlich bedeutet die „*Ley de la Memoria Histórica*“ nichts anderes, als einen „Faktor der **Spaltung**, der Konfrontation“.²²¹ Die Regierung „besteht hartnäckig darauf in die Vergangenheit zu blicken und Trennung/Divisionen in der Gesellschaft zu säen“.²²²

Hier wird ganz deutlich auf den Bürgerkrieg angespielt, auf die „**zwei Spanien**“ der Bürgerkriegszeit, welche noch eine tiefere Spaltung durch die Repression der Diktatur erlebten.

Artikel 15

Was die bestehende franquistische Symbolik angeht, so wird diese nur einmal erwähnt. In der Debatte vom 17. Oktober versucht Fernández Díaz zu relativieren, indem er anmerkt, dass es „viele Orte und Hauptstädte gäbe, wo vielleicht der Karl-Marx-Platz neben der Straße der *División Azul* liegt [...] machen gefällt die eine mehr, anderen die andere“.²²³

„*Memoria Histórica*“

Die „*Memoria Histórica*“ stellt für den PP ein Begriffspaar dar, welches sich nur in totalitären Regimen vereinbaren ließe. Das „kollektive Gedächtnis“, schließt Atencia Robledo, sei „einzig

²¹⁹ Atencia Robledo, Cortes Generales, 14 de diciembre de 2006, VIII Leg, Núm 222. 11259.

²²⁰ Fernández Díaz, Cortes Generales, Diario de sesiones del Congreso los Diputados, 17 de octubre de 2007, VIII Leg., Núm 925. 887.

²²¹ Atencia Robledo, Congreso los Diputados, 14 de diciembre, 2006, VIII Leg, Núm 222. 11260.

²²² Ebd. 11270.

²²³ Fernández Díaz, Congreso los Diputados, 17 de octubre de 2007, VIII Leg., Núm 925. 890.

Dem ist beizufügen, dass dies in Spanien in keiner Stadt der Fall ist. Es existiert eine *Plaça de Karl Marx* in Barcelona, in deren Nähe allerdings keine *Calle de la División Azul* zu finden ist.

Vgl. google.maps:

<https://www.google.es/maps/search/Pla%C3%A7a+de+Karl+Marx,+Barcelona/@41.440579,2.1618158,17z/data=!3m1!4b1> (10.03.2015)

und allein Sache des Nationalsozialismus“.²²⁴ Als weiteren Vergleich bemüht der PP die Kommunistische Partei Chinas während der Kulturrevolution.²²⁵

Der Bürgerkrieg wird als eine durchaus präsente **Gefahr** hochstilisiert, als ob tatsächlich die Möglichkeit bestünde, dass sich dieser wiederholen könnte. Es mag fast wie eine Warnung erscheinen, wenn der PP davon spricht, dass der PSOE vorhabe, “die Geister des Bürgerkriegs und der Vergangenheit zu wecken”.²²⁶ Dafür wird die Metapher der „Wunde/n“ angestrengt, die eigentlich schon vernarbt waren und „[...]die sich gerade wieder öffnen.“²²⁷

Die einzige für den PP zulässige Interpretation der Vergangenheit ist jene, dass der Prozess des Übergangs zur Demokratie, welcher als „musterhafte Transition“ erfolgte, in der niemals die Wahrheit verschwiegen [...] und auch nie die Reparation der Opfer verweigert wurde“, den einzigen Referenzpunkt für die Demokratie darstellt.²²⁸ Die Unantastbarkeit der *transición* macht somit jedweden Diskurs über die Diktatur oder die 2. Republik obsolet, denn auch nur über die Jahre vor der Verfassung von 1978 zu sprechen, wird mit einer Opfergegenrechnung von Seiten der konservativen Partei beantwortet. „Die Geschichte beginnt nicht mit dem 18. Juli 1936 [...]“, da es religiöse, politische, ideologische Verfolgung auch in der 2. Republik gab, inklusive Staatsstriche, wie dem „Oktoberaufstand 1934“, auch Calvo Sotelo wurde ermordet auf Grund seiner Ideologie, die Vertreibung der Jesuiten 1932 kann ebenfalls als „erzwungenes Exil“ interpretiert werden.²²⁹ Der Bürgerkrieg sei ein Bruderkrieg gewesen, die Argumentation verdichtet sich in der **Kollektivschuldthese**. So ist die Rede von einer „**kollektiven Tragödie**“, einer „**tragischen Konfrontation**“²³⁰ Das Narrativ spiegelt sich auch in der Metapher des „**kainistischen Konflikts**“ wieder.²³¹ Eine Metapher, welche vor dem Hintergrund der kriegsauslösenden Ereignisse, eigentlich wenig sinnvoll erscheint. Die Geschichte von den Söhnen Adams und Evas kann vielleicht in traditionell katholischen Ländern wie Spanien und Österreich vorausgesetzt werden, dennoch soll nun ein kurzer Abriss folgen, um die eigentliche Untauglichkeit dieser Formulierung offenzulegen. Abel und Kain sollen, so die Bibel, ihrem Gott ein Opfer bringen. Es wird eindeutig unterschieden, wer der gute Bruder und wer der böse Bruder ist. Auf den Bürgerkrieg übertragen, können demnach die aufständischen Rebellen, die als Sieger hervorgehen, nur Kain darstellen. Folglich sind sie diejenigen, die das Wohlwollen ihres Gottes aufs Spiel gesetzt und noch dazu ihren Bruder

²²⁴ Atencia Robledo, Congreso los Diputados, 14 de diciembre, 2006, VIII Leg, Núm 222. 11261.

²²⁵ Fernández Díaz, Congreso los Diputados, 17 de octubre de 2007, VIII Leg., Núm 925. 889.

²²⁶ Atencia Robledo, Congreso los Diputados, 14 de diciembre, 2006, VIII Leg, Núm 222. 11271.

²²⁷ Fernández Díaz, Congreso los Diputados, 17 de octubre de 2007, VIII Leg., Núm 925. 888.

²²⁸ Ebd. 889.

²²⁹ Fernández Díaz, Congreso los Diputados, 17 de octubre de 2007, VIII Leg., Núm 925. 889.

²³⁰ Ebd. 888.

²³¹ Zaplana Hernández-Soro, Congreso los Diputados, 31 de octubre de 2007, VIII Leg., Núm 296. 14627.

ermordet haben. Diese Metapher wäre eigentlich als Schuldeingeständnis zu werten. Dennoch wird sie nicht auf diese Art rezipiert, sondern soll auf die enge Verbindung der Spanier hinweisen, die sich alle „Kain“ nennen müssen, da sie ihre Brüder getötet und somit in gleichem Maße Schuld auf sich geladen haben.

Die Verweigerung der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit strukturiert sich anhand der Vielzahl an **Orientierungsmetaphern**, die dem Konzept „vorne ist gut- hinten ist schlecht“ folgen.²³² Der „Blick nach vorne“, in die Zukunft, ist die Lösung für die gegenwärtigen Probleme des Landes. „Hören sie auf, durch den Rückspiegel zu blicken und sehen sie nach vorne“²³³

Die Strategie der absoluten Ablehnung des PP ist sicherlich auf der einen Seite der Wahlniederlage gegen den PSOE und in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen 2008 zu verstehen. Auf der anderen Seite handelt es sich beim Partido Popular um jene Partei, die als Auffangbecken der extremen bis gemäßigten Rechten gilt, welche seit der *transición* nie wieder genügend Stimmen für den Einzug ins Parlament vereinen konnte. Mitbegründet von Manuel Fraga, Informationsminister unter Franco, kann so gesehen auch nicht davon die Rede sein, dass die Partei nicht mehr „Tradition als die Transition“ hat. Auch das Beispiel „Mayor Oreja“ veranschaulicht, jenen bereits erwähnten „soziologischen“ oder „nostalgischen“ Franquismus. In der Debatte versucht sich der PP als Partei der Vernunft zu stilisieren, die als einzige, die verfassungsrechtlichen Werte der Gesellschaft verteidigt und die angebliche Mehrheit der Bevölkerung, die kein Interesse an dem Gesetz habe, vertritt. In Folge dessen, stellt es die einzige Partei dar, die die Demokratie von 1978 aufrechterhalten will.

Ihr gegenüber befindet sich die Regierungspartei, die mit den „radikalen und extremen Linken“ kooperiert, mit jenen Kräften liebäugelt, die eine 2. Republik gutheißen, welche in einem dreijährigen blutigen Bruderkrieg endete. Mit dem Gesetz, setzt der PSOE den Pakt der Transition aufs Spiel. Dadurch drohe eine erneute Spaltung der Gesellschaft, die bürgerkriegsartige Formen annehmen könnte, wie bereits die Rhetorik des „Krieges der Todesanzeigen“ deutlich sichtbar gemacht hat.

Schlussendlich stimmt der *Partido Popular* jedoch jenen neun Teilaspekten des Gesetzes zu, welche Subventionen für Kollektive und die Entpolitisierung des *Valle de los Caídos* betreffen.²³⁴

²³² Vgl. Lakoff, George/Johnson, Mark (2007): *Leben in Metaphern* [...]. 22, 23.

²³³ Zaplana Hernández-Soro, Congreso los Diputados, 31 de octubre de 2007, VIII Leg., Núm 296. 14630.

²³⁴ Vgl. Cué, Carlos E./Diez, Anabel (2007): “Los hijos y nietos de emigrantes y exiliados podrán obtener la nacionalidad española.” In: *El País*, 18.10., 16.

7.1.2 Die Präsentation und Reaktion des *Partido Socialista Obrero Español*

Anstatt den Forderungen der kleineren Parteien nachzugeben, die bereit wären einem erweiterten, tiefer greifenden Entwurf zuzustimmen, versucht der PSOE dennoch dem PP entgegenzukommen. Diese Geste wird von keiner der Fraktionen im Parlament goutiert. „Argumentieren“ wird in der Debatte vom PSOE nicht als Krieg oder Kampf verstanden. Eher als „gemeinsamer Weg“, der mit so vielen Menschen wie möglich beschriftet werden soll. Dafür würde die Vielzahl an Orientierungsmetaphern sprechen, die vor allem von Seiten des PSOE verwendet werden. Die Partei möchte einen Fortschritt erzielen und ist dabei auf einen Grundkonsens mit den anderen Fraktionen angewiesen. Daher finden sich in der Argumentation des PSOE auch viele Aussagen, die in einer demokratischen Gesellschaft grundsätzlich auf Zustimmung treffen, extreme, polarisierende Statements werden dabei eher vermieden.

Die „Vizepräsidentin“ María Teresa Fernández de la Vega Sanz stellt das Projekt am 14.10.2006 vor und nimmt in ihrer durchaus emotional geladenen Präsentation, die Kritik des *Partido Popular* vorweg, dass jenes Gesetz mit der Basis der spanischen Demokratie breche und ein „offizielles Gedächtnis“ einführen wolle.

Einer der wichtigsten Referenzpunkte für den PSOE stellt die „**Transition**“ dar. Verstanden als Ausbruch nach vorne, als Übergang von der Diktatur zur Demokratie, welcher in diesem argumentativen Konstrukt zur *Ley de Memoria Histórica* führt. „Mit dem festen Blick in die Zukunft, welches sich **am Horizont** abzeichnet“ war es möglich die „Diskriminierungen der Diktatur zu **überwinden**“ und „**Schritt für Schritt**, Gesetz für Gesetz wurde Wiedergutmachung“ betrieben. Jedes bereits verabschiedete Opfergesetz wird zum „**Meilenstein**“ auf dem Weg, als „notwendige Entscheidung [...] um jenen **Weg einschlagen** zu können, welcher zur Demokratie **führte**“.²³⁵ In diesem „Progress-Gedanken“, fort von der Diktatur, hin zu einer gefestigten Demokratie, wird das Gesetz als „Erbe des Geistes der Transition“ präsentiert.²³⁶ Alle verwendeten Metaphern verweisen auf eine vorwärts gerichtete Bewegung, wobei allein schon der Begriff „Transition“ als Fortschritt, eine Metapher darstellt. Jene Orientierungsmetaphern nach dem Konzept „vorne ist gut“, die auch der PP verwendet, schließen für den PSOE allerdings die Befassung mit allem was „hinten“ ist nicht aus.

²³⁵ Fernández de la Vega Sanz, Congreso los Diputados, 14 de diciembre, 2006, VIII Leg, Núm 222. 11256.

²³⁶ Ebd. 11259.

„Memoria Histórica“

Der zweite Punkt betrifft die „*Memoria Histórica*“, welche als „kollektives Gedächtnis von oben“ interpretiert wird und von diesem Gesetz gar nicht etabliert werden solle. Fernández de la Vega insistiert, dass hier allein das Recht auf eine „persönliche, individuelle und familiäre Erinnerung“ aufgegriffen wird. Anders als die kulturwissenschaftlichen Gedächtnistheorien postulieren, existiere das „kollektive Gedächtnis“ gar nicht, denn „kein Mensch könne sich an etwas erinnern, was außerhalb seiner Erfahrungen passiert ist“.²³⁷

Innerhalb der Debatte nimmt der PSOE eine eher defensive Position ein, die Abgeordneten heben die historische Bedeutung dieses nun „alle“ einschließenden Opfergesetzes hervor. Ansonsten konzentrieren sie sich auf die Argumentation, dass nun endlich die letzten Wunden des Bürgerkrieges vernarben können und versuchen das Gesetz als einen Moment in der Geschichte Spaniens darzustellen, auf den seit der Transition hingearbeitet wurde.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass „die **Wunde**“ für den „(Bürger)Krieg 1936–39“ steht, welcher eine verwundete Gesellschaft zurücklässt, oder, wenn Spanien als ein großes Ganzes gedacht wird, durch den Verlust tausender Bürger durch Tod und Exil dieser Einheit eine Wunde zugefügt hat. Sie kann auch in Bezug auf die psychische Verarbeitung von Tod, Hunger, Angst etc. als innere Wunde, die die Spanier mit sich tragen, interpretiert werden. Diese Metapher wird von allen Parteien sowie der Sekundärliteratur übernommen, um die Perspektive auf die Aktualität der Debatte zu werfen. Denn eine Wunde, auch wenn sie vernarbt, kann immer wieder aufbrechen, folglich wieder bedrohlich werden.

²³⁷ Fernández de la Vega Sanz, Congreso los Diputados, 14 de diciembre, 2006, VIII Leg, Núm 222. 11257.

7.2 Die spanische Tagespresse

7.2.1 Charakterisierung „El País“ und „El Mundo“

Die Entscheidung für die beiden Tageszeitungen „El País“ und „El Mundo“ erfolgt für mich aus quantitativen, wie qualitativen Kriterien. Einerseits handelt es sich bei den Printmedien um die zwei auflagenstärksten Spaniens mit landesweiter Verbreitung. „El País“ überflügelt „El Mundo“ mit durchschnittlich 359,809 gedruckten Ausgaben und einer Zirkulation im Netz von 292,227 (Zeitraum: Jänner–Dezember 2013), während die andere Tageszeitung im selben Beobachtungszeitraum auf einen Schnitt von 248,463 zu 172,427 kommt.²³⁸

„El País“ wird 1976 gegründet und gilt als die erste Zeitung, die öffentlich die Demokratie unterstützt. Von einer Gruppe der „gemäßigten Franco-Opposition“ ins Leben gerufen, ist das Blatt noch während der Diktatur bewilligt worden. Mit ihrer Sonderausgabe zum F-23 positioniert sie sich eindeutig gegen den Militärputsch Tejeros und für die Verfassung. „El País“ wird politisch als mitte-linksliberal und eher PSOE nahe eingestuft, wenngleich die Zeitung auch Kritik an der Partei übt.²³⁹

Gegründet im Jahr 1989 vertritt „El Mundo“ eine „konservativ zentralistische“²⁴⁰ Position, welche nach Einschätzungen von Walther L. Bernecker allerdings vielmehr als „rechtsextrem“, beziehungsweise „extrem rechtslastig“ zu bezeichnen wäre.²⁴¹ Der Zeitung, im Besonderen ihrem Chefredakteur Pedro J. Ramírez, der sich auf Grund seiner hetzerischen Kommentare bereits mehrmals vor einem Richter verantworten musste, wird angelastet, zur Abwahl des PSOE Regierungschefs Felipe González beigetragen zu haben. Auch an der Mythenbildung um die angebliche ETA-Beteiligung bei den Anschlägen 2004, ist die Zeitung aktiv.²⁴² Zum 20-jährigen Jubiläum von „El País“ veröffentlicht „Die Zeit“ einen Artikel in dem eine harsche Kritik an der Konkurrenz zu lesen ist: „das Blatt ist streckenweise unlesbar, weil es schon im Informationsteil Anschuldigungen und Verdächtigungen nur ungenau von Tatsachen unterscheidet. Und in den Meinungsartikeln wird jeder Verdacht zur felsenfesten Wahrheit.“²⁴³

²³⁸ Aktualisierte Statistik der Publikation spanischer Printmedien. In: <http://www.introl.es/medios-controlados/> (15.06.2014)

²³⁹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, „El País“, in: http://www.eurotopics.net/de/home/medienindex/media_articles/?frommedia=20&search=1 (15.06.2014)

²⁴⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, „El Mundo“, in: http://www.eurotopics.net/de/home/medienindex/media_articles/?frommedia=622 (15.06.2014)

²⁴¹ Bernecker, Walther L.: „Politik zwischen Konsens und Konfrontation [...]“ 90, 92.

²⁴² Vgl. Gimber, Arno/Rodríguez Martín, José M./Schütz, Jutta/Walter, Klaus P. (2012): *Spanien verstehen*. WBG, Darmstadt. 244.

²⁴³ Dahms, Martin (1996): „Spanien: Zwanzig Jahre El País.“ In: *Die Zeit*, 17.05., in: <http://www.zeit.de/1996/21/elpais.txt.19960517.xml/seite-3> (22.07.2014)

Zwei Umfragen

Am 18. Juli 2006, anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsbeginns, erscheinen sowohl in „*El País*“ als auch in „*El Mundo*“ zwei Umfragen über die Aktualität dieses Datums innerhalb der spanischen Gesellschaft. Die Durchführung sowie die Ergebnispräsentation scheinen mir repräsentativ für den Umgang der jeweiligen Zeitung mit der franquistischen Vergangenheit. In „*El País*“ stehen die Meinungen über den 18. Juli 1936 im Vordergrund, die Ergebnisse werden in Form eines Artikels am 18. Juli präsentiert. Per Telefongespräch werden 800 Spanier und Spanierinnen über 18 Jahren am 14. Juli vom Marktforschungsinstitut „*Opina*“ 13 Fragen gestellt. Dabei wird in zwei Punkten genauer auf die „*Ley de Memoria Histórica*“ und die Umbenennung von Straßennamen, bzw. die öffentliche Symbolik des Franquismus eingegangen: „Die Regierung bereitet ein Gesetz zum „Historischen Gedächtnis“ vor. Finden Sie dies angebracht/erforderlich?“ 54,9% der Befragten (PP: 30,4%, PSOE: 70,5%, IU: 80%) antworten mit „Ja“.²⁴⁴

In „*El Mundo*“ zieht sich die Berichterstattung vom 18. Juli bis hin zum 26. August. Täglich wird eine Frage auf einer guten halben Seite detailreich kommentiert. Die Studie von 40 Fragen wird von Sigma Dos zwischen dem 22. Juni und dem 3. Juli 2006, unter 1.000 volljährigen Spaniern und Spanierinnen per Telefon durchgeführt.²⁴⁵

Der Großteil der Befragten ist heute gegen Franco und die Diktatur, dennoch überraschen die Begründungen, die „*El Mundo*“ dafür findet, das Leiden, welches die Menschen während der 2. Republik erfuhren, sei ausschlaggebend für ihre Zustimmung zum diktatorialen System, welches demgegenüber immer noch als die bessere Lösung eingeschätzt wird. Über 76% haben nicht gegen die Diktatur gekämpft, nur 23% hätten dies für nötig empfunden. Die Amnestie wird als unumgänglich für den friedlichen Übergang dargestellt, die Monarchie von der Mehrheit befürwortet. „Glauben Sie, dass Franco intelligent, fähig, grausam, korrupt, mutig...war?“ Allein die Fragestellung, in der mehr positive Aspekte des Charakters des Diktators angeführt werden, scheint tendenziös. Im folgenden Artikel wird herausgestrichen, dass sich die Qualitäten „intelligent“ und „fähig“ fast die Waagschale halten mit „grausam und „fanatisch“, wenn auch letztere überwiegend angegeben werden. Innerhalb der Studie fehlt es nicht an scharfer Kritik an Zapatero, der mit seinem „revisionistischen“ Gesetzesentwurf,

²⁴⁴ Vgl. *El País* (2006): „El 65% de los españoles quiere que se investigue la Guerra Civil y se rehabilite a las víctimas.“ In: *El País*, 18.07., 23.

²⁴⁵ Das Ergebnis wird aufgeschlüsselt in Geschlecht, Partei, je nach Frage unterschiedliche Altersstrukturen (z.B. jünger als 45, älter als 45) sowie der Option: Katholiken (praktizierend/nicht praktizierend) oder Agnostiker/Atheisten.

basierend auf einem fälschlicherweise „idyllischen Bild der 2. Republik“ die Spanier spalten will. Keine einzige Frage betrifft hingegen die Opfer, bzw. die Wiedergutmachung.²⁴⁶

Bezüglich des Artikel 17 der „*Ley de Memoria Histórica*“, ergibt sich in den Zeitungen folgendes Bild:

Laut „*El Mundo*“ „entzweit“ die Abnahme der franquistischen Symbole die Spanier, in die Gruppe von 49,8%, welche die Symbole gerne an ihrem alten Ort belassen und jene von 42,6%, die sie entfernen möchte.²⁴⁷

Auf die Frage, ob Monumente, Statuen oder Straßen, welche dem 18. Juli 1936 oder seinen Protagonisten gewidmet wurden erhalten bleiben sollen, stimmen in „*El País*“ 43,1% zu, 40,9% sind dagegen. Zusammengefasst ergibt sich eine eher ablehnende Haltung gegenüber den geplanten Veränderungen.²⁴⁸

7.2.2 Artikel zur „*Ley de Memoria Histórica*“

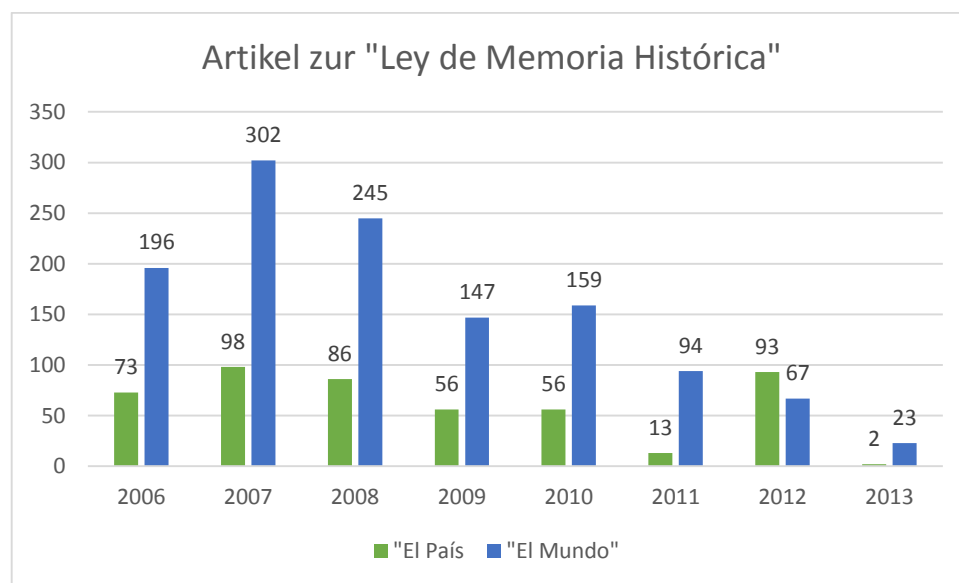


Abbildung 2: Statistik – Artikel zur „*Ley de Memoria Histórica*“ in „*El País*“ und „*El Mundo*“, 2006–2013

Wie die Grafik erkennen lässt, liegt der Schwerpunkt der Berichterstattung in „*El País*“ in den Jahren 2006, 2007, 2008 und 2012. Die ersten beiden Jahre lassen sich durch die 70ste Jährgung des Beginns des Bürgerkrieges und die Publikation des Gesetzes begründen. 2008 und 2012

²⁴⁶ Vgl. Sinova, Justino (2006): „Franco fue 'fanático' y 'cruel', pero también 'hábil' e 'inteligente'." In: *El Mundo*, 02.08., 12.

²⁴⁷ Vgl. Sinova, Justino (2006): „La retirada de los símbolos franquistas divide a los españoles." In: *El Mundo*, 13.08., 16.

²⁴⁸ Vgl. *El País* (2006): „El 65% de los españoles quiere que se investigue la Guerra Civil y se rehabilite a las víctimas.“ In: *El País*, 18.07., 23.

stehen einerseits die Umsetzung der Gesetzespunkte, andererseits die Prozesse rund um den Ermittlungsrichter Baltasar Garzón im Fokus der Printmedien. In den Jahren der politischen Debatte 2006 und 2007 dominieren die Artikel über die Verhandlungen. Immer wieder wird herausgestrichen, welche Partei, welche Forderungen an eine Unterstützung des Gesetzes knüpft.

In „*El Mundo*“ ist die Zahl der Publikationen um die „*Ley de Memoria Histórica*“ weitaus höher, was zum Teil dadurch zu erklären ist, dass die regionalen Ausgaben im Online-Archiv nicht ausreichend gekennzeichnet sind. Zum Teil liegt dies auch daran, dass das Gesetz in vielen Berichten Erwähnung findet, ohne, dass sich diese eingehend mit jenem beschäftigen.

2006 erscheinen parallel zur ersten öffentlichen Debatte im Unterhaus des Parlaments (*Congreso de los Diputados*) am 14. Dezember, in „*El País*“ drei mehrseitige Artikel zum neuen Gesetz, welche die einzelnen Streitpunkte auflisten und einen Überblick über die, von den einzelnen Parteien vertretenen Meinungen bieten. Von Seiten der Zeitung wird das zögerliche Vorgehen des PSOE und die lange Dauer bis zur endgültigen Durchsetzung mehrmals kritisiert. Am 3. Juli titelt „*El País*“: „Die Regierung erfüllt ihr Versprechen schon wieder nicht und verschiebt die *Ley de Memoria Histórica* bis Ende Juli.“ Als Gründe für den erneuten Aufschub werden einerseits Nachbesserungsarbeiten am Gesetz, andererseits die Angst vor einer großen Auseinandersetzung mit dem PP, kurz vor dem 18. Juli angeführt.²⁴⁹

„*El Mundo*“ druckt die einzelnen Punkte des Gesetzes in wesentlich geringerem Umfang ab, fokussiert in der Berichterstattung zum Gesetz eher auf die Streitigkeiten innerhalb der Debatte und liefert regionale Beispiele für die Umsetzung.

Einen Vorgeschmack der unterschiedlichen Behandlung des Themas in den Zeitungen, zeichnet sich bereits am 29. Juli 2006, als der erste Entwurf publik wird, ab. Das Hauptaugenmerk der Berichterstattung in „*El País*“ liegt an jenem Tag auf der näheren Beschreibung der vorläufigen Punkte des „Gesetzesentwurfs für die Opfer von Bürgerkrieg und Franquismus“, erst daraufhin folgt die Meinung der Parteien: „PP, IU, ERC und Opfervereinigungen [...] kritisieren das

²⁴⁹ Cué, Carlos E.(2006): „El Gobierno incumple de nuevo su compromiso y retrasa a finales de julio la Ley de Memoria Histórica.“ In: *El País*, 03.07., 26.

Projekt der Regierung.“²⁵⁰ „*El Mundo*“ kommentiert die Vorlage der Regierung nur mit dem Titel: „Eine *memoria histórica* die niemanden zufrieden stellt.“²⁵¹

7.2.3 Metaphern und Perspektiven

Die untersuchten Artikel siedeln sich in den Wochen um die Parlamentsdebatte, im Dezember 2006 und dem Oktober 2007, an. In meiner Analyse gehe ich von der Annahme aus, dass die Hauptartikel in der Rubrik „Inland“ eher objektiven Kriterien unterliegen, während „Meinung“ dieses Merkmal immanent ausschließt. Die „Leserbriefe“ sehe ich ebenfalls als bewusst ausgewählte Wortmeldungen „des Volkes“, durch die sich die Zeitung gesellschaftlich und politisch positioniert. Die meisten Metaphern sind in den letzten beiden Bereichen zu finden, da diese den Autoren und Autorinnen einen größeren sprachlichen und politischen Spielraum bieten. Folgende Fragen sollen beantwortet werden: Wie werden die Positionen von PSOE und PP bewertet? Welchen Stellenwert nehmen das Gesetz und der Artikel 15 ein? Inwiefern beziehen die Zeitungen zur „*memoria histórica*“ Stellung?

Debatte – PSOE und PP

„*El Mundo*“ – Die Debatte wird als Kampf stilisiert, dabei ist für die Zeitung klar: „Zapatero ist auf unfähig“, „Rajoy ist überlegen“.

„*Tomar posiciones o tomar el pelo*“- „Stellung beziehen, oder auf den Arm nehmen“. Mit diesem Wortspiel werden Rajoy und Zapatero charakterisiert. Der Autor greift die Streitthemen der beiden Parteien auf: die Debatte um die „*memoria histórica*“, um den Dialog mit der ETA und die Überlegungen zu den Autonomiestatuten. Zapatero wird als Politiker der universalen Werte dargestellt, der sich nicht dazu durchringen kann, einen fixen **Standpunkt** zu den Themen einzunehmen und sich in Lippenbekenntnissen verläuft, die schlussendlich keine **Tatsachen schaffen**. Demgegenüber ist der Oppositionsführer ein Mann, der wenig poetische Ausführungen an den Tag legt, sich dafür aber **deutlich** und für jedermann **verständlich** zu **positionieren** weiß, auch wenn dies bedeutet, nicht von allen unterstützt zu werden.²⁵²

Die Hervorhebung der **Isolation von Zapateros PSOE**, als **einzige** Partei die das Gesetz unterstützt, geschieht in den Schlagzeilen sowie im Aufbau des Textes.²⁵³

²⁵⁰ Cué, Carlos E. (2006): „Un consejo de cinco notables rehabilitará a las víctimas del franquismo en el BOE.“ In: *El País*, 29.07., 16.

El País (2006): „PP, IU, ERC y asociaciones de víctimas del franquismo critican el Proyecto del Gobierno.“ In: *El País*, 29.07., 17.

²⁵¹ o.A.(2006): „Una Memoria Histórica que no contenta a nadie.“ In: *El Mundo*, 29.07., 3.

²⁵² Vgl. Martín Salgado, Lourdes (2006): „Tomar posiciones o tomar el pelo.“ In: *El Mundo*, 09.12., 14.

²⁵³ Vgl. Yanel, Agustín (2006): „El Gobierno logra el primer paso de su Ley de la Memoria pero con críticas de toda la oposición.“ In: *El Mundo*, 15.12., 1, 8.

Die „*Ley de Memoria Histórica*“ wird im Meinungsteil von näheren Beschreibungen wie „nichtssagend“, „polemisch“ oder „ohne jeglichen praktischen Effekt“ begleitet. In einer Stellungnahme im Editorial, bekundet die Zeitung bereits durch den Titel: „Ein Gesetz, dass die Spanier **entzweit**, ohne etwas wiedergutzumachen“ ihr Nichteinverständnis mit dem Projekt. Der PSOE habe es sich zur Aufgabe gemacht, ein **unnötiges** Gesetz zu verabschieden, welches **nicht dem Wunsch der Mehrheit** der Bevölkerung entspreche. Außerdem stelle es **Geschichtsrevisionismus** dar und habe bis jetzt nur negative Auswirkungen verzeichnen können, nämlich „die erneute **Spaltung** der Gesellschaft“ und „die **Öffnung alter Wunden**“. Die Partei würde mit jenem Gesetz einen schwerwiegenden Schaden anrichten, wortwörtlich spiele Zapatero den „**Zauberlehrling**“.²⁵⁴ Dieser breche auf hohem Ross und im Galopp in die Glashütte ein – hierzulande würde dies wahrscheinlich mit dem „Elefanten im Porzellanladen“ verglichen werden – und zerstört die Übereinkunft mit dem PP.²⁵⁵

„*El País*“ – Der „Kampf“ zwischen den beiden Großparteien wird auch hier wiedergespiegelt: „Mariano Rajoy habe das Gesetz in sein **wichtigstes Schlachtpferd** gegen José Luis Rodríguez Zapatero verwandelt.“²⁵⁶ Dem Ministerpräsident wird zu Gute gehalten, dass er den Versuch getätigt hat, den „größtmögliche **Übereinstimmung**“ aller Parteien zu suchen. Wenngleich dies auch zu einigen „**schüchternen**“ Entscheidungen geführt hat.²⁵⁷ Gleichzeitig wird zwar die Positionierung Rajoy und des PP hinterfragt – im Hinblick auf die fehlende Verurteilung der revisionistischen Kommentare des EU-Abgeordneten Mayor Oreja auch kritisiert –, metaphorische Konstrukte zu deren Delegitimierung oder persönliche Angriffe konnten in der Stichprobe nicht ausfindig gemacht werden.

Gesetz und Artikel 15

„*El Mundo*“ – Das Gesetz wird als „**Revanche**“ und als „**Waffe**“ gedeutet.

Gleich auf der Titelseite der Ausgabe vom 15. Dezember, ist das jenes Zitat Atencia Robledos zu lesen, dass das Gesetz ein „**Torpedo**“ sei, welcher die demokratische Ordnung (zer-)störe. Die „*Ley de Memoria Histórica*“ soll demnach die „alten **Wunden** der Gesellschaft **öffnen**“ und „alte **Narben aufreißen**“. Viele könnten sich „**angegriffen**“ fühlen und dieses als „**Racheakt**“ verstehen. Es sei eine „nationale Polemik“ und „Revision des Franquismus“. „*El*

²⁵⁴ Vgl. *El Mundo* (2006): „Una ley que enfrenta a los españoles sin reparar a nada.“ In: *El Mundo*, 15.12., 3.

²⁵⁵ Vgl. Anson, Luis María (2007): „Ley de revancha histórica.“ In: *El País*, 02.01., 2.

²⁵⁶ Vgl. Díez, Anabel/Cué, Carlos E. (2007): „El PP bloqueará el órgano clave del proyecto para rehabilitar a las víctimas de la Guerra Civil.“ In: *El País*, 07.01., 26.

²⁵⁷ Vgl. o.A (2007): „Memoria de ley.“ In: *El País*, 09.10., 14.

Mundo“ empfiehlt daher dieses „am besten zurückzuziehen“.²⁵⁸ Argumentiert werden diese Vorwürfe allerdings nicht. Den Autoren und Autorinnen reicht zumeist die bloße Erwähnung der Wunde, die wieder aufzureißen droht, um das Gesetz abzulehnen.

Was die franquistische Symbolik im öffentlichen Raum betrifft, publiziert „El Mundo“ am 14. Oktober 2007 einen Artikel, in dem sich der Autor durch relativierende Begründungen gegen die Entfernung ausspricht. Für ihn stellen diese Symbole eine „**Schutzimpfung**“ für zukünftige Generationen, „**gegen kainistischen Konflikte**“. Durch ihr Überdauern im öffentlichen Raum erlangen die vormals politischen Symbole einen ihren ursprünglichen Sinn übersteigenden Wert. Im spanischen Fall sind sie dadurch nicht mehr an bestimmte politische Narrative eines Regimes gebunden und unterstützen auch nicht mehr die Einstellungen jener, die sich im Bürgerkrieg gegenübergestellt haben. Im Laufe der Zeit sind somit die franquistischen Straßennamen und Plaketten zu einem „**Faktor der sozialen Integration**“ geworden und tragen zum „**kollektiven (Geschichts-)Bewusstsein**“ bei. Sie haben damit den Übergang von einem politischen Symbol, an dem man Anstoß nehmen kann, hinzu einem **historischen Symbol**, welches geschützt werden soll, erfahren. Die geplante Entfernung bezeichnet der Autor als „**repressiv**“ und als einen Versuch die „**Plastizität des Lebens zu ersticken**“, was die **Intoleranz fördere**.²⁵⁹

„*El País*“ – In „*El País*“ wird eine Perspektive als reines „**Opfergesetz**“ auf die „*Ley de Memoria Histórica*“ geworfen. Es soll jenen Ungerechtigkeiten die „**Stirn bieten**“, welche mit dem Entschädigungsanspruch der Opfer und der Aufklärung der Verbrechen zusammenhängen. Wichtig ist dabei, dass es sich um eine „Auflistung von Aktivitäten“ handle und **nicht** um einen Gesetzestext, der die „**Vergangenheit festschreiben**“ will.²⁶⁰ Die Diskussion über die Metapher der „**Wunde**“ und die Frage, ob diese nun offen oder geschlossen sei, wird von „*El País*“ als leeres Wortspiel entlarvt.²⁶¹

In Bezug auf die Entfernung der franquistischen Symbolik, meldet sich Ende 2007, kurz vor der Publikation des Gesetzes, der Literaturwissenschaftler Jordi Gracia zu Wort und fordert vehement die Beibehaltung der Symbolik, da er die Debatte darum für „übertriebene Hypersensibilität“ hält. Der Artikel 15 wird von ihm als „**paranoider Punkt**“ des Gesetzes bezeichnet, welcher die „**dünne Haut der Demokratie**“ preisgäbe, die allem Anschein nach doch „**nicht gefestigt** genug“ sei, um das **Gewicht der Vergangenheit** zu tragen, die bereits

²⁵⁸ Vgl. *El Mundo* (2006): „Una ley que enfrenta a los españoles sin reparar a nada.“ In: *El Mundo*, 15.12., 3.

²⁵⁹ Vgl. Cañamares, Santiago (2007): „No son signos políticos, son símbolos históricos.“ In: *El Mundo*, 14.10., 2.

²⁶⁰ Vgl. o.A. (2007): „Memoria de ley.“ In: *El País*, 09.10., 14.

²⁶¹ Vgl. o.A. (2007): „Memoria al Pleno.“ In: *El País*, 08.10., 12.

ebenso **tot** sei, **wie die Steine**, in welche die Symbole gemeißelt wurden. Er spricht sich für **erklärende Plaketten** aus die das Geschichtsbewusstsein der Gesellschaft stärken sollen, da sonst nur eine „schöne Lüge“ und „löchrige Schatten“ der Vergangenheit übrigblieben und dies einer „**halben Wahrheit**“ gleichkäme.²⁶²

„*Memoria Histórica*“

„*El Mundo*“ – Die Befassung mit der „*memoria histórica*“, die teils als Geschichtsschreibung gedeutet wird, teils als eine politische Einstellung, welche die Transition revidieren möchte, wird im Allgemeinen als negativ betrachtet. Die Kritik an der „*memoria histórica*“ folgt in Form eines Leserbriefes und zweier Kommentare, die einen sehr ähnlichen Grundtenor aufweisen. Javier Caraballo erzählt von einem Massaker in Baena, in dem Reiche und Gutsbesitzer in eine Kirche gesperrt und von den Armen und Bauern der Stadt ermordet wurden, während ebenjene durch die Waffen der immer näher rückenden „nationalen“ Truppen zu Tode kamen.²⁶³ „Alle **beiden Seiten** waren **böse**“, bestätigt auch der Verfasser des Leserbriefes, dessen Familienmitglieder in beiden Lagern gekämpft haben und gestorben sind.²⁶⁴ Die angebliche Symmetrie der Gewalt wird wiederholt mit derartigen Beispielen untermauert, wie es zuvor bereits der Chefredakteur bewiesen hat. Dieses Narrativ des „Bruderkrieges“ Nur ein Gesetz könnte diese „verletzte Erinnerung“ heilen, nämlich das vielzitierte „*paz, piedad y perdón*“ Azañas. Die Metapher des „Gedächtnisses als politische Waffe“ findet sich in einem Beitrag der Rubrik Meinung im Oktober 2007 wieder. Zapatero wird vorgeworfen die Vergangenheit umzuschreiben, im Vorhaben die Periode des Franquismus **auszulöschen**, diesen zu „**dämonisieren**“ und die heutige Demokratie als Erbin der 2. Republik darzustellen. Die fortdauernde **Spaltung** der Gesellschaft wird durch die Zuschreibung, Zapatero gehöre dem „republikanischen Lager“ an und wolle nun nachträglich dem PP den „Horror der Vergangenheit“ anlasten. Argumentativ wird somit eine, seit dem Ausbruch 1936 bestehende, Situation des Bürgerkriegs suggeriert.²⁶⁵ Der Chefredakteur von „*El Mundo*“, Pedro J. Ramírez, vertritt in seinem Beitrag gegen das „unnötige“ Gesetz, wie die Politiker des PP in der Parlamentsdebatte, die Kollektivschuldthese über den Bruderkrieg 1936–1939. Es müsse demnach vermieden werden die „gleichen Toten erneut zu zählen“. Die Symmetrie zwischen den beiden Lagern wird durch die Hervorhebung der Gräueltaten der

²⁶² Vgl. García, Jordi (2007): „La placa y la historia.“ In: *El País*, 15.12., 29.

²⁶³ Vgl. Caraballo, Javier (2006): „Memoria.“ In: *El Mundo*, 20.12., 25.

²⁶⁴ Vgl. Cartas al Director (2006): „Una Historia de buenos, malos y regulares.“ In: *El Mundo*, 19.12., 4. (Rina, César).

²⁶⁵ Vgl. Cuatango, Pedro G. (2007): „La memoria como arma política.“ In: *El Mundo*, 10.10., 2.

Republikaner hergestellt. Diese finden mit *Paracuellos de Jarama* explizite Erwähnung, während die Verbrechen unter dem Franquismus zwar nicht geleugnet werden, aber auch nicht näher auf einzelnen Ereignisse eingegangen wird. Die Todesanzeigen der Nachkommen jener Ermordeten von *Paracuellos de Jarama* lösen beim Autor eine physische Reaktion der Ablehnung („erschauern“) aus und machen klar, dass „es unmöglich ist, in einer asymmetrischen Art und Weise mit Abneigung zurückzuschauen“ auf diese Geschehnisse. Die Amnestie war der „Preis, den es für die Versöhnung zu bezahlen galt“. ²⁶⁶

„*El País*“ – Über den Begriff „*memoria histórica*“ lässt sich in der Tageszeitung streiten. Die Dispute drehen sich um die bekannten Theorien der kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung, obgleich deren Vertreter und Vertreterinnen in keinem Artikel als Referenz angeführt werden.

Der Mensch könne nicht normal leben, ohne über seine Herkunft Bescheid zu wissen, wir können nicht „in die Zukunft blicken ohne unsere Vergangenheit zu kennen.“ Auf diese Weise versteht der Schriftsteller Julio Llamazares das „historische Gedächtnis“. Er findet für die Erinnerungen an den Bürgerkrieg sogar eine weitere Bezeichnung: „*la posmemoria*“, die „Nacherinnerung“. Dabei handelt es sich um Erinnerungen an Ereignisse, welche die heutige Bevölkerung nicht miterlebt hat, die jedoch Teil ihres Gedächtnisses bilden. Eine Art kollektives Gedächtnis im Sinne Halbwachs‘, welches sich durch Übertragung und zeitliche Entfernung immer wieder transformiert. ²⁶⁷ Vicenç Navarro sieht in der „*memoria histórica*“ eher ein Konzept, welches sich mit jenem von Jan und Aleida Assmann vergleichen lässt. Es sei mehr als nur Geschichtsschreibung und bedeute die „Weitergabe von Erinnerungen durch Konversationen, Schriftstücke, Lieder“. Er spricht sich für die Formel „Geschichte ist für alle da“ aus, denn wenn „Geschichte nur von Historikern“ behandelt werden dürfte, dann wäre dies so absurd, wie zu behaupten, dass „Politik nur von Politikern“ betrieben werden darf. ²⁶⁸

²⁶⁶ Vgl. Ramírez, Pedro J. (2006): „Prohibido entretenerse contando otra vez los mismos muertos.“ In: *El Mundo*, 17.12., 3.

²⁶⁷ Vgl. Llamazares, Julio (2006): „La posmemoria.“ In: *El País*, 29.11., 17.

²⁶⁸ Navarro, Vicenç (2006): „Recuperar o corregir la memoria histórica.“ In: *El País*, 21.09., 17.

7.3 Metaphern – Debatte und Zeitungen im Vergleich

Im Folgenden sollen nochmals kurz die Metaphern und Deutungsmuster von PSOE und PP mit jenen in „*El Mundo*“ und „*El País*“ verglichen werden.

7.3.1 Fazit – Parlamentsdebatte

In „*El Mundo*“ werden gewisse Strategien und Metaphern des PP übernommen, wenn es um die Diskreditierung der Regierung Zapatero geht, der eine „totalitäre Politik“ für ein „offizielles Gedächtnis“ nachgewiesen werden soll.

Der Vorwurf, dass die „*Ley de Memoria Histórica*“ gar nicht dem Wählerwunsch und noch weniger der Mehrheit der spanischen Bevölkerung entspreche, lässt mehrere Deutungen zu. Einerseits wird dadurch der Gesetzesentwurf und dessen Entstehungsprozess als undemokratisch abgestempelt. Andererseits schwingt mit dieser Argumentation auch mit, dass die Regierungspartei mit einer gewissen Unrechtmäßigkeit an der Macht sei, da sie eben nicht jene Mehrheit unter den Spaniern hinter sich habe, die das Wahlergebnis 2004 festhält. „*El Mundo*“ verteidigt wiederholt die Position Rajoys, der als ein glaubwürdigerer und vernünftigerer Politiker dargestellt wird als Zapatero. Außerdem spricht sich die Tageszeitung vehement gegen das (angebliche) Vorhaben der Regierung aus, den PP ins „rechte Eck zu stellen“, während dieser nur sein Recht auf eine freie Meinungsäußerung auslebt.

Hier sind eindeutige Parallelen zur Debatte sichtbar, in der sich Atencia Robledo ebenfalls als Verteidiger jener Meinungsfreiheit sieht, wenn er meint, dass man in Spanien nichts konträres zur Ansicht des PSOE sagen könne, ohne gleich als Faschist zu gelten. Wodurch er sich gleich auch jene Theorie einer „totalitären“ Politik ausgehend von „der Linken“ bestätigt.

In „*El País*“ wird die Kritik weniger polarisierend formuliert. Die Berichterstattung konzentriert sich weit mehr auf die Wiedergabe der Stellungnahmen von Politikern, Opferorganisationen und NGOs und verzichtet eher auf eine angriffslustige Rhetorik gegenüber dem PP. Der Gesetzesentwurf könnte mutiger gestaltet sein, Zapatero und der PSOE vehementer gegen die Kritik des PP vorgehen, beziehungsweise darauf verzichten, sich der Rechten „anzubiedern“, da dies ohne Erfolgsaussichten geschieht. Wie vom PSOE argumentiert, wird die „*Ley de Memoria Histórica*“ in der Tageszeitung als weiterer Fortschritt gezählt, welcher sich durchaus im „Geiste der Transition“ erfolgt.

7.3.2 Fazit – Gesetz und Artikel 15

Das Gesetz und der Artikel stehen von Seiten des PP und auch in den meisten Beiträgen der Tageszeitung „*El Mundo*“ unter dem Vorwurf der „Revision und Division“. Ein Gesetz zur „hysterischen Revanche“ sei das Projekt Zapateros. Der Ministerpräsident zeige mit diesem Vorschlag zur Geschichtsumschreibung ganz deutlich seine Unfähigkeit und werde mehr Schaden anrichten, als Nutzen tragen. Der PP und die Zeitung deklarieren sich als Gegner der symbolischen „Säuberung“ des öffentlichen Raumes von franquistischen Überresten, da dies die Auslöschung der Geschichte vorantreiben würde und jene Forderung keine Mehrheit unter der Bevölkerung findet. In diesem Punkt distanziert sich „*El País*“ etwas vom PSOE, während der Parlamentsdebatte wird die Entfernung nicht unbedingt propagiert, man weicht aus auf die Forderung nach „erklärenden Zusatztafeln“.

7.3.3 Fazit – „*Memoria Histórica*“

„Überlassen wir die „*memoria histórica*“ doch endlich den Historikern“.²⁶⁹ Die Orientierungsmetaphern unter dem Konzept „vorne ist gut–hinten ist schlecht“ tauchen innerhalb der Debatte in der Zeitung ebenfalls auf, wenn zur Vernunft aufgerufen oder die Reife jener angezweifelt wird, die sich auch in Hinblick auf die Zukunft, mit der Vergangenheit beschäftigen. Die Transition ist der einzige Referenzpunkt.

Das Begriffspaar „*Memoria Histórica*“ zu kritisieren, ist nicht nur Sache von „*El Mundo*“ und PP. Der PSOE versucht diesen den sprichwörtlichen Wind aus den Segeln zu nehmen, indem der „persönliche, individuelle und familiäre“ Aspekt der Erinnerungen betont wird und versichert kein „offizielles Gedächtnis“ aufzwingen zu wollen. In der Zeitung „*El País*“ wird von den verschiedenen Journalisten und Autoren immer wieder versucht, den Begriff einzugrenzen. Auf eine Einigung über dessen tatsächliche Bedeutung kommen sie nicht und so handelt es sich auch nach der Debatte und dem Gesetz um einen Terminus, welcher leicht für die eine oder andere Argumentation einsetzbar ist, da ihm, je nach Sprecher, verschiedenste Eigenschaften attribuiert werden können.

²⁶⁹ Vgl. Anson, Luis María (2007): „Ley de revancha histórica.“ In. *El País*, 02.01., 2.

8 Ergebnisteil II: Straßennamen als Medien des kollektiven Gedächtnis

“[...] renaming of streets [...] is a conventional ritual of revolutions that signifies a break with the recent past and the onset of a new era in political history.”²⁷⁰

Der Artikel 15 des Gesetzes zum historischen Gedächtnis, nimmt Bezug auf öffentliche „Erinnerungsorte“, Straßen, Plätze, Monumente, die das Bild der Stadt und das alltägliche Leben in ihr prägen. Straßen als „unauffällige Zeugen“ einer politisch motivierten Geschichtsdarstellung, rücken meist dann in den Fokus der Öffentlichkeit, wenn sie zum Austragungsort oder Kristallisationspunkt eines politischen Konflikts werden. Zumeist werden sie als selbstverständliche Orientierungspunkte innerhalb einer Stadt angesehen. Straßen dienen auch als “Gedächtnisspeicher” der Geschichte eines Ortes, der Geschichte der Menschen, die zu einem gewissen Zeitpunkt hier lebten, oder Taten vollbrachten, derer erinnert werden sollte. „Wir geben den Orten Namen, damit diese überdauern“, schreibt Laporta Aparisi in der Einleitung seiner erschöpfenden Studie über die Straßennamen Madrids.²⁷¹ Wer ist nun aber dieses ominöse „wir“? Zu welchem Zweck und wonach werden Straßen benannt?

Warum Namen für Straßen?

Wenn wir beginnen uns mit dem historischen, politischen oder semantischen Ursprung von Straßennamen zu beschäftigen, dann haben wir bereits einen Schritt übersprungen. Nämlich jenen, zu hinterfragen: Warum überhaupt geben wir Straßen Namen?

Es scheint für Menschen, die in einem zentraleuropäischen Land aufwachsen zunächst völlig „natürlich“, dass die Straßen der Heimat Namen tragen, diese dienen immerhin zu ihrer Identifikation und Abgrenzung. In den USA, Teilen Südamerikas (z.B. Kolumbien) oder Japan, hat sich im Gegensatz dazu ein alphanumerisches System durchgesetzt, welches die Orientierungsfunktion genauso erfüllt wie Namen, eventuell sogar durch die Logik der nacheinander folgenden Zahlen einfachere örtliche Zuordnungen bietet. Unsere Straßenorganisation ist den spezifischen kulturellen Gegebenheiten im europäischen Raum zu verschulden, wo in der Vergangenheit der Sinn für die Gegenwart und Zukunft gesucht und die

²⁷⁰ Azaryahu, Maoz (2012): “Renaming the past in post-Nazi Germany: insights into the politics of street naming in Mannheim and Potsdam.” In: *Cultural Geographies*, N° 9(3). 386.

²⁷¹ Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. Gerencia Municipal de Urbanismo. Ayuntamiento de Madrid. 5.

Geschichte als wichtiger Teil der Identität wahrgenommen wird.²⁷² Die ältesten Straßennamen weisen oft religiöse oder lokale Bezüge auf. Sie sind Heiligen gewidmet, nach den Besitzern und Besitzerinnen der Grundstücke in der Straße benannt oder geben Aufschluss über die örtlichen Begebenheiten zur Zeit der Benennung, z.B. Markt, Brunnen, Hafen, wenngleich jene heutzutage gar nicht mehr an dieser Stelle vorzufinden sind.²⁷³

Den Wendepunkt der Nutzung von Straßennamen in ihrer Funktion als Träger politischer Ideen, verortet Sánchez-Costa in der Französischen Revolution und der Aufklärung. Zu dieser Zeit verändert sich die Wahrnehmung der Menschen in der Gesellschaft in Richtung eines Selbstverständnisses als politische Entscheidungsträger, die ein Mitbestimmungsrecht einfordern und nicht mehr alleine einer höheren religiösen Macht auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Dementsprechend vollzieht sich auch ein Wandel in der Straßenbenennung, die sich, weg vom Religiösen hin zum Politischen im öffentlichen Raum manifestiert, als Ausdruck der neuen Werteorientierung.²⁷⁴ Die Stadt ist der Ort an dem soziales Handeln stattfindet, sie ist auch der Ort, den verschiedene Gruppen für sich beanspruchen. Die Definition der eigenen Gruppe erfolgt über die Schaffung von Zugehörigkeit für ihre Mitglieder und Ausgrenzung jener, die nicht Teil dieser Gruppe sind. In Straßennamen wird diese Ausgrenzung greifbar, wenn wir danach fragen: Wer hat in den Straßen Platz? Für wen ist dieser nicht vorgesehen?²⁷⁵

Sánchez Costa betont, dass in der Stadt, als „vom Menschen geschaffener, kultureller Raum“, im Gegensatz zur Natur, eben nichts „natürlich“ ist, sondern alles menschlichen Absichten zu Grunde liegt.²⁷⁶ Die immer wiederkehrenden Metaphern, welche die „Stadt als (Wand-) Teppich“, die „Stadt als Bild“ oder die „Stadt als Palimpsest“ verstehen, unterstreichen die Intentionalität ihrer Gestaltung, die Konzepte mit denen die „Stadt“ näher beschrieben wird, sind allesamt vom Menschen geschaffene Objekte, kein einziges ist natürlichen Ursprungs.

²⁷² Vgl. Sánchez Costa, Fernando (2009). "Cultura histórica y nombres de calles: aproximación al nomenclátor contemporáneo de Barcelona y Madrid". En: *Memoria y civilización: anuario de Historia de la Universidad de Navarra*, N° 12 . 224–227.

²⁷³ Bering, Dietz: „Grundlegende kulturwissenschaftliche Studien über Straßennamen: Projektentwurf von 1989.“ In: Eichhoff, Jürgen/Seibicke, Willfried/Wolffsohn, Michael (Hg.) (2001): *Namen und Gesellschaft. Soziale und historische Aspekte der Namengebung und Namenentwicklung*. Dudenverlag, Wien/Mannheim/Leipzig/Zürich. 283-285.

²⁷⁴ Sánchez Costa, Fernando (2009). "Cultura histórica y nombres de calles [...]" 224, 226, 227.

²⁷⁵ Vgl. Stachel, Peter: „Stadtpläne als politische Zeichensysteme. Symbolische Einschreibungen in den öffentlichen Raum.“ In: Jarowski, Rudolf/Stachel, Peter (Hg.) (2007): *Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich*. Frank & Timme, Berlin. 20.

²⁷⁶ Sánchez Costa, Fernando (2009): "Los mapas de la memoria. Nombres de calles y políticas de memoria en Barcelona y Madrid." En: *Hispania Nova Revista de Historia Contemporánea*, N° 9 (2). 192.

Der Wandteppich als Fadengewebe, welches vorab eine Farb- und Musterauswahl nötig macht, umfasst die Idee, dass ein ganz bestimmtes Narrativ der Geschichte Einzug in die Straßennamen gefunden hat, zu dessen Gunsten auf andere „Handlungsstränge“ verzichtet wurde. Dennoch ist „keine historische Kultur nur durch ein einziges Narrativ bestimmt.“²⁷⁷ Über die Jahre hinweg, unterliegt der Teppich immer wieder mehr oder weniger radikalen Ausbesserungen, sodass verschiedene Epochen mit ihren jeweiligen Helden und Mythen aufeinandertreffen. Doch nur scheinbar ist dies eine friedliche und unwillkürliche Ko-Existenz der Vergangenheit. Umbenennungen werden als ein wichtiges Mittel, als bewusste Strategie der Machttträger eingesetzt, um politischen Wandel sichtbar zu machen und ihre hegemoniale Stellung im Sinne ihrer eigenen Geschichtsversion zu legitimieren. Diese zeigt zumeist einen Fortschrittsgedanken, weist auf die Unabwendbarkeit der Gegenwart hin und soll den kausalen Zusammenhang zwischen der Jetztzeit und den Wegbereitern festschreiben, während die Hindernisse, oft ganze Epochen, ausgelöscht und somit zu Opfern jenes „Fortschritts“ werden. Welche Stränge gezogen werden, damit sich der sogenannte „rote Faden“ durch die Stadt ziehen kann, hängt demnach damit zusammen, inwiefern eine Gesellschaft oder ein Regime die Helden ihrer Vorgänger für die Konzeption ihrer/seiner Identität fruchtbar machen kann. Diese Metapher weist auf die vielschichtige Zusammensetzung von Bauten, Straßennamen, Monumenten unterschiedlichster Epochen hin, für eine Erklärung der zeitweisen „Unsichtbarkeit“ der Straßennamen, erscheint mir die „Stadt als Palimpsest“ als eine wirkungsvollere.

Das Palimpsest, als Schriftstück, welches durch die Entfernung des ursprünglichen Textes immer wieder neubeschrieben werden kann, wird bei Aleida Assmann im Diskurs um Erinnerungsmetaphern als Verbindung von „zuverlässiger Speicherfunktion und unbegrenzter Empfänglichkeit mit temporärer Verfügbarkeit“ erörtert.²⁷⁸ Die Anwendung dieser Metapher legt Stachels Auffassung von einem „lesbaren Text“ der Stadt nahe, wobei er sich mit „Text“ auf „alle Strukturen, die auf Verknüpfung von bedeutungstragenden Zeichen basieren“ bezieht.²⁷⁹ Straßennamen seien demnach immer als Teile von Narrativen zu verstehen und in diesem Zusammenhang „absichtsvolle Visualisierungen einer erwünschten, bzw. verordneten kollektiven Identität oder eines kollektiven Gedächtnis.“²⁸⁰

²⁷⁷ Sánchez Costa, Fernando (2009): "La cultura histórica: una aproximación diferente a la memoria colectiva". En: *Pasado y memoria: Revista de Historia Contemporánea*, N° 8. 283.

²⁷⁸ Vgl. Assmann, Aleida (2010⁵): *Erinnerungsräume [...]*. 156.

²⁷⁹ Vgl. Stachel, Peter: „Stadtpläne als politische Zeichensysteme.“ 17.

²⁸⁰ Vgl. ebd. 19.

„Critical turn“ im Studium von Straßennamen

Anfänglich stehen Studien über Straßennamen ganz im Zeichen des Sammelns und Kategorisierens von Namen sowie der Erforschung ihrer semantischen Ursprünge. In den 1980er Jahren kommt es zu einem Paradigmenwechsel, wodurch der Prozess der Namensgebung in den Vordergrund rückt, die Akteure die dabei „durch Kontrolle, Verhandlungen und Wettbewerb um Legitimität und Sichtbarmachung“ kämpfen, stehen nun im Interesse der Forschung. Mitte der 1990er Jahre erweitert sich die Fragestellung der kritischen Auseinandersetzung mit Straßennamen um die „Machtkomponente“, wobei der Fokus auf Herrschern und ihren Strategien historischen Diskurs und kollektive Identität im öffentlichen Raum greifbar zu machen, liegt. Dies führt direkt zur Verbindung von Straßennamensgebung als Teil von Vergangenheitspolitik.²⁸¹

Vergangenheitspolitik- Akteure und Akteurinnen

Wenngleich es vielen Personen erlaubt ist, an bestimmten Ereignissen teilzuhaben, ist es nur wenigen möglich, jene Begebenheiten in den historischen Diskurs einzuweben und in den öffentlichen Raum zu projizieren.²⁸² Zu dieser Gruppe von Menschen können Einzelnen oder Familien, Historiker und Professoren zählen, jedoch allen voran, der Staat. Dieser macht von der „Vergangenheit“ Gebrauch, da es sich um ein wichtiges Kapital des Selbstverständnisses einer Gesellschaft handelt, ganz nach dem Motto: „Wer die Vergangenheit beherrscht, der beherrscht auch die Zukunft.“²⁸³ Als mögliche Strategien, bieten sich einerseits die Umbenennung von bereits bestehenden Straßennamen an, andererseits können auch die durch Stadterweiterungen neu entstandenen Straßen mit Gedenknamen bedacht werden.²⁸⁴

Wir halten fest: Straßen werden nicht zufällig benannt, sondern immer mit dem Ziel einen bestimmten Geschichtsdiskurs sichtbar zu machen, anders ausgedrückt, eine alternative Deutung der Geschichte, alternative Helden, Identifikationsfiguren oder Ereignisse auszulöschen und aus den Sphären der Öffentlichkeit zu tilgen.²⁸⁵ Dabei findet eine „Verräumlichung“ von Gedächtnis und Macht statt, welche die „nationale Einheit“ greifbar machen soll, die „nationale Identität“ aus dem Bereich des Abstrakten abholt und in lesbaren Zeichen sichtbar werden lässt.²⁸⁶ Im Unterschied zu Geschichtsbüchern, sind daher, laut Birgit

²⁸¹ Rose-Redwood, Reuben/ et al. (2010): „Geographies of toponymic inscription [...]“ 457.

²⁸² Vgl. Sánchez Costa, Fernando (2009). „La cultura histórica [...]“ 278.

²⁸³ Sánchez Costa, Fernando (2009). „Cultura histórica y nombres de calles [...]“ 234.

²⁸⁴ Vgl. Rose-Redwood, Reuben/et al. (2010): „Geographies of toponymic inscription [...]“ 460.

²⁸⁵ Vgl. Assman, Aleida (2014²): *Der lange Schatten der Vergangenheit*. [...] 137.

²⁸⁶ Rose-Redwood, Reuben/et al. (2010): „Geographies of toponymic inscription [...]“ 457.

Nemec, in den Straßennamen keine Anti-Helden zu finden.²⁸⁷ In Analogie zu den ethnischen oder politischen „Säuberungen“ während des Bürgerkrieges und der Diktatur, vollziehen sich in den Straßen „toponymische Säuberungen“.²⁸⁸

Straßennamen als Speichergedächtnis der Stadt

Im Kapitel „Methoden und Theorien“ wurde bereits auf das Konzept des kulturellen Gedächtnisses näher eingegangen, welches in Funktions- und Speichergedächtnis aufgespalten werden kann und im Gegensatz zum kommunikativen Gedächtnis, Objektivationen zur Übermittlung seiner Inhalte benötigt. Straßennamen haben, so Maoz, die „Fähigkeit einen offiziellen Geschichts- und Identitätsdiskurs zu reproduzieren.“²⁸⁹ Gleichzeitig entfalten sie ihr Potential auf sehr unauffällige Art und Weise, denn „wenn jeder [Straßennamen] benutzt, aber kaum jemand darauf achtet, welche historische Bedeutung sie haben und dass sie einer Machtstruktur angehören [...]“, dann können Straßennamen dazu beitragen, dass jene hegemonialen Strukturen als natürlich gegeben wahrgenommen werden. In Zeiten der Krise wird dieses Potential oft wiederentdeckt, werden die Straßennamen plötzlich wieder sichtbar und zum Austragungsort von Konflikten oder gar von marginalisierte Gruppen zur „Kriegsführung“ benutzt. Als Beispiel für diese Aneignung zu Widerstandszwecken, seien hier baskische Gruppierungen genannt, die spanische Schilder mit baskischen Bezeichnungen übermalten.²⁹⁰

Toponyme erlauben dem Menschen auch vielerlei persönliche Erinnerungen, die durch die jeweilige Biographie beeinflusst werden, so kommt ihnen auch eine „emotionale“ Bedeutung zu.²⁹¹ Nicht allen Straßennamen ist ein Schicksal als Katalysator für die Neubewertung des öffentlichen Raumes oder die Aushandlung über die Werte einer Gesellschaft beschieden. So geschieht es durchaus, dass „Geschichte zu Geografie wird“²⁹², die Orientierungsfunktion und die persönlichen Assoziationen mit dem Ort, in den Vordergrund rücken. Fernando Sánchez unterscheidet zwischen „Gestaltern“ und „Empfängern“ der „*cultura histórica*“, wobei er darauf hinweist, dass die Rezeption oft völlig anders geschieht als original intendiert. Er nennt hier als Beispiel den Dichter und Historiker Víctor Balaguer, der ganz wesentlich die

²⁸⁷ Vgl. Nemec, Birgit (2008): *Straßenumbenennungen in Wien als Medien von Vergangenheitspolitik*. Universität Wien. 6.

²⁸⁸ Rose-Redwood, Reuben/ Alderman, Derek/Azaryahu, Maoz (2010): „Geographies of toponymic inscription: new directions in critical place-name studies.“ In: *Progress in Human Geography* 34 (4). 460.

²⁸⁹ Azaryahu, Maoz (2012): „Renaming the past in post-Nazi Germany [...]“ 388.

²⁹⁰ Rose-Redwood, Reuben/et al. (2010): „Geographies of toponymic inscription [...]“ 457.

²⁹¹ Vgl. ebd. 458.

²⁹² Ebd. 459.

Straßennamen des Bezirks *l'Eixample* in Barcelona beeinflusste. Für eine der Hauptstraßen Barcelonas schlägt dieser den Namen „Munatner“, als einen „den größten katalanischen Chronisten des Mittelalters“ vor. Heutzutage, nimmt Sanchez an, erinnert sich kaum jemand an die Geschichte und das Schaffen des gleichnamigen Mannes, während der Ort durch andere Erinnerungen im Gedächtnis der Menschen lebt, „er erinnert sie an eine U-Bahn Station, an ein Fitnesscenter oder [...] an einen Verkehrsstau.“²⁹³ Hier wird deutlich, wie es mit der Zeit immer schwieriger wird, die Zeichen der Stadt nach ihrer ursprünglichen Bedeutung zu entziffern. Dies kann so weit gehen, dass die neue Leseart eines Ortes seine intendierte „überschreibt“.²⁹⁴ Diese neue Konnotation kann auch politisch beeinflusst sein. Bestimmte Zeichen oder Namen können im Nachhinein für einen neuen Zweck vereinnahmt und uminterpretiert werden.

Dies möchte ich an zwei Beispielen aus der aktuellen Debatte veranschaulichen:

Kommen wir also zurück auf die Kampagne „Straßen gegen die Straflosigkeit“ des *Foro por la Memoria* und dem darüber berichtenden Artikel in „*El País*“. Das symbolische Bild für Aktion zeigt die *Calle del Doctor Vallejo Nájera*²⁹⁵, der erläuternde Text behauptet, dass als Namenspatron für diese Straße der Militärpsychologe Antonio Vallejo Nájera stand, welcher den Marxismus als Krankheit definierte. Tatsächlich handelt es sich aber um eine Straße, die seinem Sohn Juan Antonio Vallejo Nájera gewidmet wurde, seines Zeichens ebenfalls Arzt. Die Straße des Vaters heißt *Calle del Doctor Vallejo*²⁹⁶. Ähnlich der *Calle de Franco*, die im Grunde an den Bruder des Diktators, Ramón Franco, erinnern soll, ist es auch im Fall Vallejo Nájera zu einer Überlagerung der Intention der Namensgeber mit der Interpretation der Empfänger ihrer Botschaft gekommen.

Franco bediente sich für sein Wappen des Jochs und der Pfeile der „Katholischen Könige“ Isabel und Fernando. Auch die Säulen des Herkules und das Schriftband „*puls ultra*“ wurden nicht von Franco erfunden. Diese Symbole, welche durchaus auch aus der Zeit vor der Diktatur stammen, werden in diesem Fall, auf Grund der Aneignung durch das Regime, jenem zugeordnet. Im Zuge der Abnahme von Plaketten, Wappen, Einschriften etc. wird auch ein Glasfenster entfernt, in welches Joch und Pfeile eingearbeitet waren, was geteilte Reaktionen auslöst, während manche meinen, diese seien eindeutig franquistisch, wollen andere darin nur historische Überreste aus dem 15. Jahrhundert sehen.²⁹⁷

²⁹³ Sánchez Costa, Fernando (2009): „La cultura histórica [...]“ 284.

²⁹⁴ Ebd. 284, 285.

²⁹⁵ Vgl. Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 363

²⁹⁶ Vgl. ebd. 362, 362.

²⁹⁷ Vgl. Abad Licerias, José María (2009): *Ley de Memoria Histórica*. [...] 32,33.

8.1 Bestandsaufnahme der franquistischen Symbolik im öffentlichen Raum

Nachdem nun auf die politische Brisanz eingegangen wurde, die Straßennamen innewohnen kann, stellt sich die Frage, wie jene Symbole unter der Franco-Diktatur instrumentalisiert wurden. Ich werde nun jene Gedenkeinschreibungen näher erläutern, die im Jahr 2007 von der „*Ley de Memoria Histórica*“ aufgegriffen werden.

Jesús de Andrés Sanz identifiziert vier Achsen der franquistischen Übernahme des öffentlichen Raumes: a) die Entfernung der Symbole der Republik in den eroberten Gebieten, b) die Propaganda für das neue Regime, c) die symbolische Neubesetzung des öffentlichen Raumes in der Linie der neuen Ideologie und d) die Legitimation der neuen Autorität.²⁹⁸ Diese lassen sich auf die Straßennamen, Ortsnamen, Monumente und Denkmäler sowie andere Objektivationen des Franquismus übertragen. Ganz explizit geht es dabei darum „die Helden und Märtyrer des Nationalen Kreuzzuges“ zu ehren.²⁹⁹

8.1.1 Straßennamen

Die Umbenennung von Straßennamen innerhalb der Städte und Dörfer ist die am häufigsten angewandte Maßnahme zur Schaffung ideologischer Identifikationsorte unter dem Franquismus. Es handelt sich um eine „effiziente, schnelle, kostengünstige“ Handlung, die noch dazu direkt auf das alltägliche Leben Einfluss nimmt, sozusagen durch eine enorme „Volksnähe“ punktet.³⁰⁰

Während der 2. Republik wird diese Strategie ebenfalls genutzt, um beispielsweise die symbolische Repräsentation der katholischen Kirche und der Monarchie in der Öffentlichkeit einzuschränken. In *Aranjuez* (Ávila) erfolgt die Umbenennung der Straße des „*Sagrado Corazón de Jesús*“ von *Calle del Príncipe* auf *Calle García Hernández*, welche nun an einen republikanischen Anführer der Erhebung in Jaca 1930 erinnert.³⁰¹ Ein ähnliches Schicksal trifft auch Statuen, welche teilweise entfernt und durch republikanische Symbole ersetzt werden.³⁰²

Auch in Madrid wird dem neuen System Raum in der Öffentlichkeit gewidmet, unter anderem in Form der *Avendida de la República*, oder jenen Straßen, die die Namen *Proletario*, *Reforma Agraria*, *Quinto Regimiento* oder *Héroes de Jaca* tragen.

²⁹⁸ Sanz, Jesús de Andrés (2006): „Los símbolos y la memoria del Franquismo.“ In: Fundación Alternativas (Estudios de Progreso), N° 23, Madrid. 10.

²⁹⁹ Ebd. 13.

³⁰⁰ Ebd. 12.

³⁰¹ Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 710.

³⁰² Thomas, Maria: „Disputing the Public Sphere [...]“ 60.

Die genannten Straßen haben gemein, dass sie 1939 sofort nach der Eroberung Madrids entfernt werden. Besonders plakativ scheint dabei die Umbenennung der „*Calle de la República*“ in „*Calle del Generalísimo*“.³⁰³ Viele Straßen erhalten ihren alten monarchischen oder katholischen Namen zurück. Errungenschaften, Helden und wichtige Persönlichkeiten der 2. Republik werden entfernt, andere Straßen werden mit den Identifikationsfiguren des neuen Regimes besetzt. Als Beispiele dafür sollen folgende Straßen dienen:

Straßenname vor 1931	2. Republik 1931–1939	Franquismus ab 1939
Alfonso VI, C/ de	Doctor Cárceles, C/ del	Alfonso VI, C/ de ³⁰⁴
Madre de Dios, C/ de la	Padilla, C/ de	Madre de Dios, C/ de la ³⁰⁵
Particular Uno, C/ de	Héroes de Jaca, C/ de los	Particular Uno, C/ de ³⁰⁶
Alfonso XII, Av/ de	República, Av/ de la	Generalísimo, Av/ de la ³⁰⁷

In manchen Regionen beginnen die Verwaltungsorgane sofort nach dem Ende des Franquismus mit der Tilgung jener Straßennamen. Besonders in Katalonien, aber auch im Baskenland und Galizien, werden die spanischen Namen in die regionalen Sprachen zurückübersetzt.³⁰⁸

8.1.2 Ortsnamen

Neben den Straßen erhalten auch ganze Ortschaften einen neuen Namen, wenngleich diese Ortsumbenennungen eher selten durchgeführt werden. Ein Grund dafür mag sein, dass die 2. Republik zuvor kaum Maßnahmen in diese Richtung gesetzt hatte. Zwei schwerwiegendere Eingriffe vollziehen sich in „*Casas Viejas*“ und „*Azaña*“. Erstere Gemeinde weist eine starke Konnotation zum Aufstand der Anarchisten 1932 auf und wird in „*Benalup de Medina Sidonia*“ umbenannt. Bei letzterer handelt es sich allerdings mehr um ein Kuriosum, denn dieser Name hat nichts mit dem ehemaligen Präsidenten Manuel Azaña zu tun, sondern spiegelt vielmehr Francos extreme Abneigung dem Mann gegenüber wieder, der seine Militäarakademie schließen ließ und ihn nach Teneriffa abkommandierte. Heute trägt die erste „*Benalup-Casas Viejas*“ einen Doppelnamen, der auf beide Saatsformen verweist, während „*Azaña*“ die franquistische Bezeichnung „*Numancia de Sagra*“ beibehält.³⁰⁹ Weit häufiger erhalten Gemeinden neue

³⁰³ Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 495, 496.

³⁰⁴ Ebd. 64.

³⁰⁵ Ebd. 626.

³⁰⁶ Ebd. 527.

³⁰⁷ Ebd. 939.

³⁰⁸ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*. [...] 327.

³⁰⁹ Vgl. Sanz, Jesús de Andrés (2006): „Los símbolos y la memoria del Franquismo.“ 14.

Beinamen wie „*del Caudillo*“, „*de Franco*“ oder „*Villafranco*“ zu Ehren des Diktators. Auch anderen Generälen werden ganze Dörfer geweiht, zumeist deren Geburtsstätten oder Austragungsorte siegreicher Schlachten. *Quintanilla de Onésimo*, *San Leonardo de Yagüe*, sind immer noch auf der Landkarte lokalisierbar, aber auch Quiapo de Llano, José Antonio, oder Mola erhalten ihre Widmungen.

*Guadiana del Caudillo*³¹⁰ und *Bardena del Caudillo*³¹¹, tragen den „Führertitel“ Francos sogar in ihren Internetadressen. Bei Ersterer handelt es sich zudem um Spaniens jüngste Gemeinde, die sich erst am 3. August 2012 von Badajoz abspaltete.³¹²

Im kleinen Ort *Águeda del Caudillo*, der in Salamanca, nahe Ciudad Rodriguez liegt, tragen die zwei Hauptstraßen bis heute die Namen: „*Calle del Generalísimo*“ und „*Calle de José Antonio*“.³¹³

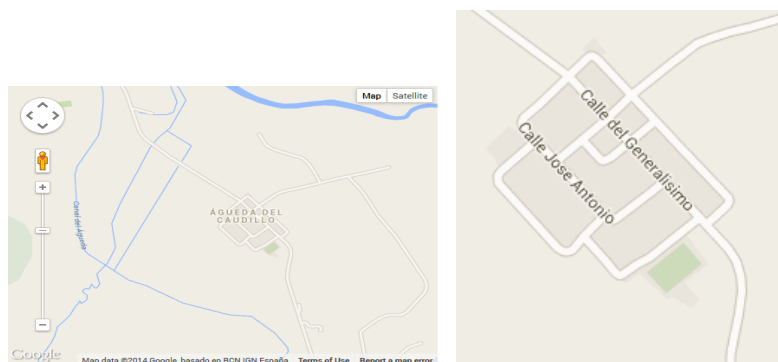


Abbildung 3: „Águeda del Caudillo“ – Hauptstraßen

Wie schon bei den Straßennamen, wird auch die Topographie ganzheitlich der Sprache der Zentralregierung unterworfen. Dies bedeutet, dass sämtliche katalanischen, baskischen oder galizischen Bezeichnungen oder Doppelnamen während der Diktatur ausschließlich in Spanisch angeschrieben werden dürfen.³¹⁴

Die Hypothese, dass sich diese expliziten Erinnerungen an den Diktator nur in konservativ regierten Gemeinden halten konnten, lässt sich am Beispiel *Llanos del Caudillo*, Ciudad Real, dessen Bürgermeister Mitglied des PSOE ist, widerlegen.³¹⁵

Vgl. http://www.ayuntamientonumanciadelasagra.com/#!about_us/cjg9 (09.07.2014)

³¹⁰ <http://www.guadianadelcaudillo.es/09.07.2014> (09.07.2014)

³¹¹ <http://www.pueblos-espana.org/aragon/zaragoza/bardena+del+caudillo/> (09.07.2014)

³¹² Vgl. Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...]. 94, 95.

³¹³ <https://www.google.com/maps/place/37594+%C3%81gueda+del+Caudillo,+Salamanca,+Spain/@40.5615962,-6.4992351,19z/data=!4m2!3m1!1s0xd3c2ece6696f12d:0x79b9bf30acd67494> (09.07.2014)

³¹⁴ Vgl. Sanz, Jesús de Andrés (2006): „Los símbolos y la memoria del Franquismo.“ 14.

³¹⁵ <http://llanos.infomancha.com/> (Stand 2014, 09.07.2014)

8.1.3 Monumente und Denkmäler

Die wohl auffallendsten Bauten, die der Diktator veranlasste, sind das *Valle de los Caídos* und der Triumphbogen in Madrid („*Arco de la Victoria*“). Neben diesen setzt sich Franco außerdem noch mehrere Denkmäler in Form von Reiterstandbildern und Büsten. Den Generäle des Putsches wie Yagüe oder Millán Astray und den ideologischen Führern José Antonio oder Onésimo Redondo werden ebenfalls Bauwerke (Denkmäler, Monolithe) gewidmet.

Am 25. August des Jahres 2006 wird vom Verteidigungsministerium veranlasst, das Reiterstandbild Francos vom Eingang der Militärakademie in Zaragoza abzubauen und ins Museum der Provinz zu verlagern. Die Kritik des PP folgt auf dem Fuße, so bezwecke der PSOE mit dieser Geste die „radikale Linke“ zufriedenzustellen und die „Geschichte umzuschreiben“, indem die Symbole entfernt werden „die Teil der Geschichte sind.“³¹⁶ Die Zeitung „*El Mundo*“ greift diese Argumentation auf und fügt dem „selektiven Revisionismus“ noch bei, dass es im besten Falle um Geschichtsvergessenheit handle, im schlimmsten, um einen „Versuch halb Spanien zu kriminalisieren und den PP zu isolieren.“ Außerdem habe sich „*El Mundo*“ schon immer für die Beibehaltung jeglicher Statuen – ob nun franquistisch oder republikanisch – eingesetzt, denn es zeuge von „demokratischer Reife“, diese Denkmäler „den Vögeln zu überlassen“.³¹⁷

Mitunter nimmt die Diskussion um die Entfernung der franquistischen Symbole gar groteske Züge an. Eine Ministerin des PSOE wird von der *Fundación Francisco Franco* angezeigt, da sie am 17. März 2005 die Reiterstatue Francos, deren Eigentümer die Universidad Complutense ist, in einer „Nacht und Nebenaktion“ von ihrem ursprünglichen Standort auf der *Plaza de San Juan de la Cruz* in Madrid entfernen lässt. Dies geschieht in Vorwegnahme der „*Ley de Memoria Histórica*“, welche 2005 noch ihrer Publikation harret. Die Richter erklären jene „Tat“ zwar für illegal, nachdem zum Zeitpunkt des Rechtsspruchs 2009 das Gesetz zur „*Memoria Histórica*“ bereits in Kraft getreten ist, wird die Statue allerdings nicht erneut aufgestellt.³¹⁸

Interessant ist auch der Einwand von María Eugenia Yagüe, Tochter des General Juan Yagüe Blanco, bezüglich der Entfernung einer Statue zum Gedenken ihres Vaters in *San Leonardo de Yagüe*. Diese trage gar keine franquistische Symbolik, falle folglich nicht unter den Artikel 15 des Gesetzes.³¹⁹

³¹⁶ Vgl. El País (2007): „Defensa retira la estatua de Franco de la Academia de Zaragoza.“ In: *El País*, 25.08., 17.

³¹⁷ Vgl. o.A (2006): „Entre la desmemoria histórica y el ‘guerracivilismo’ más estéril.“ In: *El Mundo*, 25.08., 3.

³¹⁸ Blanco, Pedro (2009): „La Justicia dice que la ministra Álvarez retiró de forma ilegal la estatua del general Franco.“ In: *El Mundo*, 04.03., 1.

³¹⁹ Vgl. o.A. (2009): „La hija de Yagüe recurrirá la decisión de derribar la efigie del general.“ In: *El Mundo*, 08.05., 17.

8.1.4 Plaketten und Kreuze

Die Katholische Kirche, welche im Bürgerkrieg von Anfang an zu den vehementesten Unterstützern des Aufstandes zählt, erhält unter der Diktatur all jene Rechte zurück, um die sie in der 2. Republik beschnitten worden war. Im Angesicht der großen Gefallenenzahl, die der Krieg forderte, kommt ihr die wichtige Aufgabe der Trauerarbeit zu. Im ganzen Land werden in Kirchen Plaketten aufgehängt, welche unter der Formel „Gefallen für Gott und Spanien“, die lokalen Opfer auflisten. Zumeist führt José Antonio Primo de Rivera, der „ausente“ („der Abwesende“), über dessen „Rückkehr“ während des Krieges lange spekuliert wurde, diese Aufzählung an. Beendet wird sie mit dem Wort „¡Presentes!“ („anwesend“). Als „Opfer“ im Sinne dieser Auslegung, gelten nur jene Menschen die auf Seiten des „nationalen“ Lagers gekämpft hatten. Diese wurden zum Teil unter großem Aufwand exhumiert und feierlich beigesetzt, während jene „Opfer“ der anderen Seite in Straßengräben und Brunnenschächten größtenteils bis heute verscharrt liegen. Der Vielzahl an Plaketten und Inschriften in Kirchen und an Häuserwänden wohnt auch eine kompensatorische Funktion inne. Die Toten der Gewinnerseite sollten nicht in Vergessenheit geraten, ihr Tod sollte nicht „umsonst“ geschehen sein. So werden zum einen die Märtyrer und Helden, die ihr Leben für den Staat gegeben haben zu Zeugen der franquistischen Geschichtsschreibung, welche auch spätere Generationen verpflichten sollten, zum anderen soll den Hinterbliebenen durch diese Geste Trost gespendet werden.³²⁰

Zusätzlich zu diesen Einschreibungen, kommt es zur Aufstellung von unzähligen Kreuzen, die an jene Gefallenen erinnern sollen und zur Weihung von Orten als Friedhöfe, wenn widrige Bedingungen Exhumierungen nicht zuließen.³²¹ Neben den Kriegsoffern wird in den Kirchen und Kathedralen auch jener Priester gedacht, die „dem Roten Terror“ zum Opfer gefallen waren. Auch für sie werden Plaketten und Gedenktafeln an die Wände gehängt.

Der von *Convergència i Unió* hart verhandelte Punkt, der „künstlerisch-religiöse“ Gründe für eine Nichtentfernung von Gedenktafeln in Kirchen zulässt, bezieht sich auf die Plaketten für Geistliche, die auf Grund ihrer religiösen Zugehörigkeit ermordet wurden. Schließt jedoch die von José Antonio angeführten Inschriften nicht mit ein, sodass diese sehr wohl entfernt werden müssten, da sonst der Entzug von Subventionen droht.³²²

³²⁰ Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Políticas de la Memoria y Memorias de la Política*. 145.

³²¹ Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...]. 84, 85.

³²² Cué, Carlos E./Diez, Anabel (2007): „Claves para entender una ley histórica.“ In: *El País*, 18.10., 18.

8.1.5 Weitere Symbole

Auch Krankenhäuser, Kulturzentren, Schulen sowie andere öffentliche Einrichtungen bekommen den Beinamen Francos oder dessen Mitstreiter.³²³ Laut dem *Sindicato de Estudiantes* sollen es 70 schulische Einrichtungen sein, die noch franquistische Namen tragen. Unter diesen, die Schule *Francisco Franco de Beariz* (Orense), elf nach José Antonio sowie je eine Schule die nach General Mola (Madrid) und Carmen Polo (El Ferrol) benannt sind.³²⁴ Diese „Taufen“ geschehen unter dem Franquismus nicht beiläufig, sondern auf Befehl des neuen Regimes. Am 29. April erlässt Franco, dass Spanien „von allen Symbolen und Namen zu reinigen [sei], die ein politisch korruptes und für die Heimat unheilvolles System“, folglich die zweite Republik, repräsentieren.³²⁵ Dies betrifft neben den Orten, Straßen, Gebäuden auch Kindernamen, die nicht in der katholischen Tradition stehen, wie „*Libertad*“ oder „*Constitución*“.³²⁶

An den Mauern der Bauten, die unter dem Franco Regime errichtet werden, finden sich zahlreiche Plaketten, Wappen oder Abbildungen, welche auf das Baujahr hinweisen und Danksagungen an Franco enthalten.³²⁷

Viele Städte und Gemeinden verleihen Franco die Titel „Adoptiv- und Lieblingssohn“ („*hijo adoptivo y predilecto*“), küren ihn zum Ehrenbürgermeister und überreichen ihm die höchsten Auszeichnungen (z.B. Goldmedaille der Stadt).

2011 entscheidet ein Richter in Guadalajara, dass die Beibehaltung dieser Ehrenbekundung als Verletzung des Gesetzes zur historischen Erinnerung angesehen werden kann. In jenem Fall gibt der Titel „*hijo predilecto presente*“ den Anstoß zur Debatte, da dieser dem franquistischen Capitán José Boixerau Rivera 1939 verliehen wurde und gegen dessen Aberkennung sich die konservativen Stadträte stellen. So verlautbart ein Sprecher des PP, dass ihm der Name weder bekannt sei, noch interessiere und er keine Ahnung davon habe, ob dies ein Demokrat gewesen sei. „Dieses Land hat wichtigere Probleme, wie beispielsweise die Arbeitslosigkeit“, schließt er seinen Diskurs. Zu diesem Zeitpunkt ist Franco noch Ehrenbürgermeister von Valencia, General Millán Astray „Lieblingssohn“ von A Coruña.³²⁸ 2012 wird Franco dieser Titel aberkannt. Der Richterspruch lautet, im Gegensatz zur Argumentation des PP, es handle sich bei den Ehrenbekundungen um Auszeichnungen auf Lebenszeit, die mit dem Tod einer Person

³²³ Vgl. Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...]. 95.

³²⁴ Benito, Roberto (2007): „Reclaman cambiar los ‚nombres franquistas‘ de 70 colegios.“ In: *El Mundo*, 25.10., 14.

³²⁵ Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit*. [...]. 94.

³²⁶ Vgl. ebd. 73.

³²⁷ Bustabad, L./Obelleiro P. (2007): „La huella de Franco en su tierra.“ In: *El País*, 14.10., 28.

³²⁸ Vgl. Junquera, Natalia (2011): „Mantener los títulos a franquistas puede vulnerar la ley.“ In: *El País*, 23.09., 20.

erlöschen, dass in Übereinstimmung mit dem Artikel 15 des Gesetzes sämtliche Titel aktiv aberkannt werden müssen.³²⁹ Die Entscheidung, ob Franco weiterhin „Ehrendekan“ der Madrider Anwaltskammer bleibt, wird wohl erst 2014 gefällt werden.³³⁰

8.2 Die Straßennamen Madrids

Ficha de la calle

ESTADO: VIGENTE

Nombres populares de la calle

Datos básicos

Clase:	TRAVESIA	Nombre:	OFICIAL
Partículas:	DEL	Nombre de calle:	GENERAL FRANCO

Información del estado

Fecha Planeamiento:		Tipo:	VIA
Fecha Existencia:	01/01/1986	Estado:	VIGENTE
Fecha Baja:			

Observaciones

Inicio: AVENIDA DE CARABANHEL ALTO

Fin: CALLE DE LA GUITARRA

Observaciones:

[Ver mapa](#)

Abbildung 4: Suchmaschine des ‚Municipio de Madrid‘, 2012³³¹

Das Hauptaugenmerk meiner Untersuchungen liegt auf den Straßennamen Madrids, als Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung verschiedener Akteure mit dem kollektiven, kulturellen Gedächtnis- der „*memoria histórica*“ der Stadt. Als Basis meiner Arbeit, dient mir die Studie Miguel Laporta Aparisis‘ zu den Madrider Straßennamen „*Toponimia Madrileña Proceso evolutivo*.“ Diese erstreckt sich über 22,665 Toponyme, welche die spanische Hauptstadt zwischen dem Jahr der ältesten erhaltenen Aufzeichnung 932 und dem 30. November 2000 beherbergte.³³² 10,645 davon sind aktuelle Bezeichnungen, 12,010 historischer Natur.³³³ Den meisten Straßennamen ist eine Erklärung über ihren semantischen Ursprung sowie das Datum ihrer Benennung beigefügt. Ein kritischer Kommentar des Autors zu den Dokumenten des Namensgebungsprozesses fehlt. So steht unter der Bezeichnung *Av. del Generalísimo*: „Für den *Generalísimo* der drei Heere, Francisco Franco Bahamonde, Staatsherr von 1936 bis 1975“.³³⁴

In Madrid, wie auch in anderen Regionen Spaniens, ist es ursprünglich der Brauch, dass Straßen Heiligen gewidmet werden oder den Namen jener Personen oder Familien tragen, die an diesem

³²⁹ Vgl. M.G.R. (2012): „Franco dejará de ser alcalde honorífico de Valencia.“ In: *El Mundo*, 01.08., 12.

³³⁰ Simón, Pedro (2013): „El último pleito de Franco.“ In: *El Mundo*, 11.12., 17.

³³¹ <http://www-2.munimadrid.es/ConsultasBDCWebSqlInternet/jsp/index.jsp> (19.01.2015)

³³² Vgl. Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 14.

³³³ Vgl. ebd. 10.

³³⁴ Vgl. ebd. 495, 496.

Ort wohnhaft waren oder hier Besitzungen ihr Eigen nennen durften. Den Wendepunkt in der Benutzung von Straßennamen als Träger politischer Ideen, datiert Fernando Sánchez Costa in die Zeit der Französischen Revolution und der Aufklärung. Im Jahre 1812 wird die erste Entscheidung der Stadtverwaltung Madrids bezüglich eines Straßennamens gefällt, ab 1835 wird dort fast alle neuen Namen beschlossen. Offiziell liegt die (Letzt-) Verantwortung für die Straßenbenennung in Spanien jedoch erst 1860 in den Händen der Stadtverwaltung und der Bürgermeister. Diese setzen Kommissionen ein, welche sich allerdings oft an alten, populären Namen orientieren und in manchen Nebenstraßen, Namen von Eigentümern oder anderen Privatpersonen zulassen. Im selben Dekret, welches die Verantwortung regelt, wird auch das „castellano“ als offizielle Sprache der Straßennamen festgelegt.³³⁵

Drei Tage nach der Ausrufung der 2. Republik werden bereits die ersten Vorschläge über Straßennamensänderungen, in Abstimmung auf das neue System (*República, 14 de abril*) und dessen Helden (*Rosalía de Castro, García Hernández...*), debattiert. Insgesamt soll dieses Thema in 14 Plenarsitzungen allein zwischen 14. April und 1. Juli auf der Tagesordnung stehen. Die Anregung, auf eine alphanumerische Ordnung umzusteigen, prallt an der Argumentation ab, dass es in Spanien Tradition sei, seine Mitbürger in den Straßen zu ehren.³³⁶

Dieselbe Strategie wendet drei Jahre später auch die franquistische Diktatur an, um durch die Umbenennung eben jener, an die Republik erinnernden Straßenzüge und die Neubenennung von Straßen eine gemeinsame Identität zu schaffen, die „vermeintliche Unausweichlichkeit der Entstehung“ des Regimes festzuhalten.³³⁷

In seiner Studie über die 236 meisttransitierten Straßen Madrids, kommt Sanchez-Costa zu dem Schluss, dass diese heutzutage zu mehr als 56% auf Personen hinweisen. Außerdem beziehen sich 67% der Straßennamen auf das 20. und 21. Jahrhundert. Insgesamt weisen im Jahr 2009 39% einen Bezug zum franquistischen Regime auf.³³⁸

Die Überprüfung der Aktualität der einzelnen Straßennamen erfolgt in dieser Arbeit zum einen durch die oben abgebildete Suchmaschine des *Municipio de Madrid*, andererseits durch die Überprüfung mit google.maps.

³³⁵ Vgl. Sánchez Costa, Fernando (2009): „Cultura histórica y nombres de calles [...]“ 236–239.

³³⁶ Vgl. ebd. 219, 220.

³³⁷ Vgl. Brinkmann, Sören: „Der Fall Spanien [...]“ 434.

³³⁸ Vgl. Sánchez Costa, Fernando (2009): „Los mapas de la memoria. Nombres de calles y políticas de memoria en Barcelona y Madrid.“ En: *Hispania Nova Revista de Historia Contemporánea*, N° 9 (2). 201–212.

Im Kapitel zu den Straßenumbenennungen werden folgende Kürzel für die Straßenbezeichnungen verwendet³³⁹:

Verwendete Abkürzung:	Bezeichnung:	Übersetzung:
C/	Calle	Straße
Av	Avenida	Allee, Boulevard
Pz	Plaza	Platz

Politische „Meilensteine“ und „Gründungsmythen“

Der Diskurs über den Bürgerkrieg und die Legitimationsstrategie des Regimes, verlaufen in den 36 Jahren der Franco-Herrschaft nicht statisch, sondern sind geprägt vom wirtschaftlichen und außen-, wie innenpolitischen Wandel. Kurz nach Kriegsbeginn finden bereits die ersten Umbenennungen von Straßennamen statt. Neben dem systematischen Terror, hat diese Maßnahme sicher auch eine demoralisierende Funktion, welche die Hoffnung auf eine Rückkehr der 2. Republik zerschlagen und durch die Aneignung des öffentlichen Raumes ganz deutlich zeigen soll, welche Werte die Gesellschaft von nun an strukturieren.

Die Straßennamen, die noch heute an den Franquismus erinnern, lassen sich in der Anfangszeit in die Kategorien „Persönlichkeiten“ (militärische, politische, künstlerische), „Gefallene/Helden“, „Feiertage“, „Kriegsereignisse/-orte“ und „Symbole/Werte“ unterteilen.

Wenn wir von der Annahme ausgehen, dass die Umbenennung von Straßennamen zumeist einhergeht mit dem Wechsel eines alten zu einem neuen Regimes, dann stellt sich ebenfalls die Frage, auf wen sich die neuen Namen beziehen. Wonach orientieren sich diese, nach einer „glorreichen“ Vergangenheit, nach den Ereignissen, welche das neue Regime legitimiert, oder nach der Zukunft?³⁴⁰ Es empfiehlt sich, die inhaltliche Einteilung um eine zeitliche zu erweitern, wodurch die jeweiligen Diskurse und Interpretationen von Geschichte, die Stiftung von Identität in den Kontext des Wandels der Gedächtnispolitik Francos gestellt werden. Als wichtige Zäsuren sind demnach die Zeiträume von 1939–59, 1960–69, 1970–77, 1978 und ab 2007 anzusehen.

Der Zeitraum von 1939–1959 – *Cruzada Nacional*

Anfänglich speist sich der offizielle Diskurs über die Rechtmäßigkeit des Regimes aus dessen Ursprung: dem Bürgerkrieg. Symbolisch wird diese „origin-based legitimacy“ auf mehreren Ebenen repräsentiert. Feiertage, der jährliche Sieges-Umzug, Monumente und Denkmäler, Gedenktafeln, Straßennamen, Briefmarken, Münzen, all diese Repräsentationen der Diktatur

³³⁹ Vgl. Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 21.

³⁴⁰ Azaryahu, Maoz (2012): “Renaming the past in post-Nazi Germany [...]” 385.

und der Person Francos, tragen dazu bei, dass kaum jemand an dem offiziellen Diskurs vorbeikommt, dass dieser zu einem integralen Teil des Alltags der Menschen wird. Gleichzeitig vollzieht sich eine fast flächendeckende Unterdrückung und Vernichtung des republikanischen Erbes aus dem öffentlichen Raum. Der Totenkult um die „auf Grund ihrer, dem republikanischen Block entgegengesetzten Ideologie“ Ermordeten und um die „Helden des Nationalen Kreuzzuges“ in Kirchen und Straßennamen ist eine weitere Stütze dieser Legitimation.³⁴¹

Der Zeitraum von 1960–69 – Wirtschaftlicher Aufschwung

Um sich dauerhaft an der Macht zu halten, muss es die Staatsführung schaffen, aus der „Ursprungslegitimität“ einen „handlungsbasierten“ Herrschaftsanspruch abzuleiten. In Spanien etabliert sich der Franquismus ab den 1960ern, als System, welches Stabilität und Wirtschaftswachstum generiert und somit einem Teil der Bevölkerung die Chance auf einen gewissen Wohlstand bieten kann. Gleichzeitig, so Paloma Aguilar, darf die Herkunft des Machtanspruches nicht vernachlässigt oder gar aufgegeben werden. Wenngleich Franco 1964 „25 años de Paz“ zelebriert und mit der neuen Generation ein etwas versöhnlicherer Diskurs über den Bürgerkrieg möglich wird, heißt dies nicht, dass nun auch Helden der „anderen“ Seite in den Straßen eingeschrieben werden können. Diese würde eben jener „origin-based legitimacy“ entgegenlaufen, die nach wie vor sehr deutlich zwischen „Siegern“ und „Besiegten“ unterscheidet.³⁴²

Der Zeitraum von 1970–77 – langsamer Verfall

Die letzten Jahre der franquistischen Herrschaft, in denen sich bereits ein Systemwechsel oder zumindest die Bereitschaft von Politikern und Bevölkerung in diese Richtung, abzeichnet, können als Versuch interpretiert werden, im Gedenken an die Errungenschaften Francos, eine bleibende Spur zu hinterlassen.³⁴³

Der Zeitraum ab 1978 – die Transition zur Demokratie

Zwischen 1980 und 1981 lässt die Stadtregerung die offenkundigsten Spuren des franquistischen Regimes beseitigen, dabei werden José Antonio, General Mola und der Generalísimo selbst aus den Straßennamen getilgt. Bis ins Jahr 1986 finden mehrere

³⁴¹ Vgl. Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Memory and Amnesia.[...]*. 35, 36.

³⁴² Vgl. ebd. 36–40.

³⁴³ Vgl. Sanz, Jesús de Andrés (2006): „Los símbolos y la memoria del Franquismo.“ 12.

Umbenennungswellen statt, danach wird dies vielerorts bis zum Millennium eingestellt. Heute existieren noch circa 176 Straßen mit franquistischer Konnotation.³⁴⁴ Es muss festgehalten werden, dass es sich bei diesen Umbenennungen oder Neubenennungen nicht unbedingt um Maßnahmen zur Entfernung franquistischer Symbolik handelt. In Madrid werden im Jahr 2000 gleich zwei Bürgermeister der Stadt, die dieses Amt in den 1940er und 1960er Jahren, folglich unter dem Franquismus, bekleideten, Straßen gewidmet.³⁴⁵

8.2.1 Straßenzüge, die Francisco Franco Bahamonde gewidmet wurden

Person/Adresse	Bedeutung/ Zeitpunkt der Benennung	aktueller Name
FRANCO, C/de ³⁴⁶	Ramón Franco, Bruder von Francisco Franco 1937	gültig
COMANDANTE FRANCO, Av del ³⁴⁷	Ramón Franco, Bruder von Francisco Franco 1948	gültig
CAUDILLO, Pz del ³⁴⁸	Erwähnung von Francisco Franco Bahamonde, Staatschef Spaniens (4-12-1936/20-11-1975). Geboren in El Ferrol (La Coruña), gestorben in Madrid. Nach seinem Sieg im Bürgerkrieg 1936/1939 blieb er Staatschef bis zu seinem Tod. *andere Namen: Plaza del Mar Adriático, Plaza de la República 1953	gültig
GENERALÍSIMO, Av del ³⁴⁹	*davor: Avenida de la República 12-07-1939	*verschwunden

Francisco Franco Bahamonde – von kleiner Statur, mit einer Fistelstimme – entbehrt rein äußerlich jeglichen Charismas, welches ihn, sozusagen von „Natur aus“, zu einem glaubwürdigen „Führer“ gemacht hätte. Respekt und Furcht erkämpft er sich auf dem Schlachtfeld, vor allem durch sein gnadenloses Vorgehen im Krieg gegen die Rifkabylen und der brutalen Unterdrückung der asturianischen „Oktoberrevolution“. Mit 33 Jahren wird er zum jüngsten General Europas ernannt. Nachdem er durch Strategie und Zufall (Flugzeugabsturz Sanjurjo, Ermordung José Antonios, Tod Molas) aus dem Bürgerkrieg als selbsternannter Staatschef hervorgeht, wird eine Propagandamaschinerie in Gang gesetzt, die Unzulänglichkeiten des neuen Diktators durch sein militärisches Geschick zu übermalen. Reiterstandbilder, idealisierte Porträts und unzählige Straßennamen heben den Aspekt des Schlachtenführers und militärischen Strategen hervor. Die Zusätze „General“, „Caudillo“, „Generalísimo“ veranschaulichen den kriegesischen Ursprung des Regimes.³⁵⁰ Die *Avendida del Generalísimo* stellt eines der plakativsten Beispiele dafür dar, wie das republikanische Erbe aus dem Straßenregister gelöscht und wie die Umbenennung auch gleichzeitig als öffentliches

³⁴⁴ Vgl. ebd. 22.

³⁴⁵ Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 67.

³⁴⁶ Ebd. 458.

³⁴⁷ Ebd. 289.

³⁴⁸ Ebd. 258.

³⁴⁹ Ebd. 495, 496.

³⁵⁰ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen.[...]*. 155–160.

Symbol für den Machtwechsel eingesetzt wird.³⁵¹ Die noch vorhandenen Straßen des Diktators, lassen sich zeitlich, wie inhaltlich in das Narrativ der „*Cruzada*“ einordnen, die von Franco siegreich zu Ende gebracht wurde. Die *Calle Franco* und die *Avenida del Comandante Franco* werden seinem Bruder, Ramón Franco, gewidmet. Davor existiert allerdings auch eine *Calle del Comandante Franco*, welche noch unter der Republik nach Franco selbst benannt wurde.³⁵²

8.2.2 Straßen, die an Generäle des Putsches und Falangisten erinnern

Person/Adresse	Bedeutung/ Zeitpunkt der Benennung	aktueller Name
GENERAL ARANDA ³⁵³	1948	gültig
GENERAL ARANDA, Escalinita del	1971	
GENERAL ARANDA, Pasaje del	1986	
GENERAL DÁVILA, C/del ³⁵⁴	1962	gültig
GENERAL FANJUL, Av del ³⁵⁵	1961	gültig
GENERAL GARCÍA DE LA HERRANZ, C/del ³⁵⁶	1948	gültig
GENERAL MILLÁN ASTRAY, C/del ³⁵⁷	1966	gültig
GENERAL MOLA, Pasaje del ³⁵⁸	1980	gültig
GENERAL MOSCARDÓ, C/del ³⁵⁹	1956	gültig
GENERAL MOSCARDÓ, Colonia del	1982	
GENERAL ORGAZ, C/del ³⁶⁰	1953	gültig
GENERAL VARELA, C/del ³⁶¹	1953	gültig
GENERAL YAGÜE, C/del ³⁶²	1952	gültig

Die Straßen, welche an General Quiapo de Llano, General Goded oder General Sanjurjo erinnern, wurden entweder 1980 aus dem Stadtregister getilgt oder es handelt sich um „verschwundene Straßen“.³⁶³ Die meisten Generäle werden noch zu Zeiten des Franquismus geehrt, aber Moscardó, Mola und Aranda scheinen auch für die Demokratie als „taugliche Vorbilder“ zu gelten. Diese erhalten ihre Straßen in den Jahren 1982, 1980 und 1986, dem Jahr in dem Spanien der EU beitrifft.

Ab der Erklärung der Neutralität Spaniens im 2. Weltkrieg, im Jahr 1943, distanziert sich Franco nach außen hin immer mehr von den faschistischen Unterstützern und präsentiert sich zunehmend „katholisch-nationalkonservativ“. Dennoch werden gerade im Jahr 1947 die Namen der meisten Falangisten, welche ermordet wurden oder im Krieg gefallen waren, in die

³⁵¹ Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 495.

³⁵² Vgl. Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 289.

³⁵³ Ebd. 485.

³⁵⁴ Ebd. 486.

³⁵⁵ Ebd. 487.

³⁵⁶ Ebd. 488.

³⁵⁷ Ebd. 489, 490.

³⁵⁸ Ebd. 490, 491.

³⁵⁹ Ebd. 491.

³⁶⁰ Ebd. 491.

³⁶¹ Ebd. 494.

³⁶² Ebd. 495.

³⁶³ Ebd. 488, 492, 493.

Straßenzüge Madrids eingeschrieben.³⁶⁴ In diese Zeit fällt auch die Benennung der *Colonia de Primo de Rivera*, welche an José Antonio, Gründer der Falange Española, erinnert und die zusammen mit der Colonia de José Antonio (*1958), aktuelle Toponyme darstellen.³⁶⁵

8.2.3 Straßenzüge symbolischen Charakters

Name/Adresse	Bedeutung/ Zeitpunkt der Benennung	aktueller Name
ARRIBA ESPAÑA , Pz de ³⁶⁶	Motto der Falange Española 1947	gültig
FALANGE , Glorieta de la ³⁶⁷	1940	*verschwunden
LIBERACIÓN , C/ de la * In Erinnerung an das Ende des Bürgerkriegs 1936/39	*davor: C/ de la Libertad 1939	gültig
PAZ , Av de la ³⁶⁸ PAZ , Barrio de la PAZ , Colonia de la PAZ , Poblado de la * In Erinnerung an den Frieden nach dem Bürgerkrieg 1936/39	• 1965 • 1965 • 1958 • 1971	• gültig • gültig • gültig • gültig
VÍCTORIA , Av de la ³⁶⁹ * In Erinnerung an das Ende des Bürgerkriegs 1936/39	1974	gültig

Die drei verschiedenen Bezeichnungen für das Ende des Bürgerkriegs sind eindeutig Teil der Kreuzzugrhetorik. Der Begriff „*Liberación*“ ist dabei der auffälligste, da er sofort nach der Machtübernahme 1939 vergeben wird und semantisch direkt auf die „Befreiung“ Spaniens vom „externen“ marxistischen Feind hinweist. Auch der „Sieg“ („*Víctoria*“) schreibt weniger die bloße Erinnerung an das Ende des Krieges in den Straßennamen ein, als jene, an den Anfang des franquistischen Regimes. In diesem „Sieg“ über die Anhänger der Republik findet sich die „origin-based-legitimacy“ der Diktatur wieder. Anhand des Datums der Benennung, welche mit 1974 in die Zeit des Verfalls des Franquismus fällt, könnte die Intention in der Erinnerung an die einstige Macht liegen. Es ist durchaus möglich, dass die „Friedensstraßen“ heute ihren bedrohlichen Beigeschmack verloren haben. Die *Avenida* und der *Barrio de la Paz* erhalten ihren Namen im Anschluss an die Feierlichkeiten der „25 años de Paz“, zu deren Anlass Franco die Bevölkerung mahnt, dass dieser ein „überwachter Friede“ sei, da die Marxisten überall lauern und noch immer Gefahr von ihnen ausgehen würde.

³⁶⁴ Ebd. 78, 92, 100, 388, 401, 452, 457, ...

³⁶⁵ Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 585, 888.

³⁶⁶ Ebd. 122.

³⁶⁷ Ebd. 428.

³⁶⁸ Ebd. 831, 832.

³⁶⁹ Ebd. 1187.

8.2.4 Straßen der „Märtyrer“, „Helden“ und Schlachten

Das Wort „Märtyrer“ leitet sich aus dem griechischen ab und steht für „Zeuge“, „Zeugnis“ oder „Beweis“. Die Gefallenen auf der nationalen Seite sind als Teil des Opfermythos, den der Franquismus propagiert, für den Staat und für Gott in den Krieg gezogen und gestorben. Gleich 1939 erhalten sie die *Plaza de los Mártires* gewidmet. Als eine Konfrontation, die in die Legenden um den Sieg der Franquisten eingegangen ist, kann die Schalcht um den *Alcazár de Toledo* gewertet werden. Den Belagerern, die diesen so tapfer verteidigt haben, wird 1939 die *Calle de los Héroes del Alcázar* gewidmet. 1943 werden General Moscardó und dessen Sohn – „nobles Opfer der marxistischen Barbarei“ – durch die *Colonia de Moscardó* geehrt.³⁷⁰ Verlustreiche Schlachten und Massaker können durch die Hervorhebung der extremen Grausamkeit der feindlichen Seite ebenfalls für das Geschichtsnarrativ der Diktatur fruchtbar gemacht werden.³⁷¹ Im Madrider Stadtbild werden die Gefallenen von *Paracuellos de Jarama*, 1954 ebenfalls zu Märtyrern.³⁷²

Als weitere Beispiele für bis heute gültige Straßennamen, die noch im Jahr **1939** vergeben und einzelnen „Helden“ und „Märtyrern“ aus dem zivilen, kirchlichen und militärischen Bereich gewidmet wurden, möchte ich näher auf die folgenden Paten eingehen. Die *Calle de Enrique Velasco* enthält in ihrer Beschreibung eine geläufige Formulierung „ermordet wegen seiner der Republik entgegengesetzten Ideologie“ (auch „republikanischer Block“). Diesen zivilen Opfern des „roten Terrors“ werden gerade 1939 einige Straßen in Madrid gewidmet. Zum einen können sie als mediale Repräsentation im Zuge des staatlichen Totenkultes, zum anderen auch als Versinnbildlichung der Grausamkeit des „Feindes“ zur Legitimierung repressiver Handlungen verstanden werden. Enrique Velasco wurde zusammen mit seiner Familie und einem Hausmädchen fusiliert. Dem wird noch hinzugefügt, dass „der Sadismus der Mörder so extrem war, dass sie sogar die Katze töteten.“³⁷³ Im Falle der *Calle del Párroco Don Emilio Franco* handelt es sich beim Namensgeber um einen Priester, der 1936 in *Paracuellos de Jarama* ermordet wurde.³⁷⁴ Dem Teniente Coronel Noreña, wird eine Straße gewidmet, im Gedenken an seine Ermordung am 14.10.1936, auf Grund seiner Weigerung seine Dienste dem „bando republicano“ anzubieten.³⁷⁵

³⁷⁰ Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 753.

³⁷¹ Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Memory and Amnesia. The role of the Spanish Civil War in the transition to democracy*. Berghen Books, New York. 89.

³⁷² Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 709.

³⁷³ Ebd. 402.

³⁷⁴ Ebd. 823.

³⁷⁵ Ebd. 1116, 1117.

Die „*División Azul*“ ist eigentlich nur im weitesten Sinn ein „Erinnerungsort“ des spanischen Bürgerkrieges, vielmehr eine Gedenkbekundung an jene Soldaten, die Franco an die Front von Hitlers Russlandfeldzug schickt. Dieser Gefallen, aus Dank für die Unterstützung im Bürgerkrieg durch Transport-, Waffenlieferungen und die „Legion Condor“, kann auch als Ausdruck der Bewunderung die Franco anfänglich noch sehr öffentlich für den nationalsozialistischen Diktator und den Faschismus hegt gedeutet werden. Noch bis Ende des 2. Weltkrieges zirkulieren Bilder, die Franco mit Hitler oder Mussolini zeigen, auch den Wahlspruch: „*Una Patria, un Estado, un Caudillo*“ gehen auf Hitlers: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ zurück.³⁷⁶ Der *División*, den Gefallenen der *División*, ihrem ersten Kommandanten General Agustín Muñoz Grandes sowie ihrem Geistlichen Padre Indalecio Hernández sind insgesamt vier bis heute erhaltene Straßen gewidmet.

8.2.5 Straßennamen, die Feiertagen gewidmet wurden

Name/Adresse	Bedeutung/ Zeitpunkt der Benennung	aktueller Name
DIECIOCHO DE JULIO , C/del ³⁷⁷	1939	*verschunden
PRIMERO DE OCTUBRE , C/del ³⁷⁸ * Der 1. Oktober 1936 erinnert an die Ernennung Francisco Franco Bahamondes zum Staatschef.	1953	gültig
VEINTIOCHO DE MARZO , C/de ³⁷⁹	1939	gültig

Dieciocho de Julio - Primero de Abril

Einer der wichtigsten „Feier“-tage der Diktatur hat seine Erwähnung in den Straßen der Stadt wiedergefunden. Ersteres Datum erinnert an den 18. Juli 1936, Tag des Aufstandes der Generäle gegen die 2. Republik. In der frühen Phase der Franco-Diktatur wird das Jahr 1936 allgemein als „erstes Triumphjahr“ gefeiert, dem zu diesem Tag im Besonderen gedacht wird. Der 1. April ist der Erinnerungstag an das „Siegerjahr“ 1939. Bis 1966 wird dem Ende des Krieges durch den „*Día de la Victoria*“ gedacht, welcher mit einem pompösen „Siegesumzug“ gefeiert wird, der nur im Jahr 1964 zu einem „Friedensumzug“ umgedeutet wird.³⁸⁰ Beide Tage können als Ausdruck der Legitimation und uneingeschränkten Deutungsmacht des Regimes gewertet werden. Paloma Aguilar gibt zu bedenken, dass Feiertage tendenziell eine „integrative, harmonische und auf gesellschaftliches Gleichgewicht ausgerichtete“ Konnotation haben. Die genannten Festtage des Regimes haben demgegenüber eher die Spaltung der Gesellschaft zum

³⁷⁶ Vgl. Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen*. [...]. 155.

³⁷⁷ Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 352.

³⁷⁸ Ebd. 887.

³⁷⁹ Ebd. 1173.

³⁸⁰ Prutsch, Ursula (2012): *Iberische Diktaturen*. [...]. 152.

Thema und eignen sich nicht als „Orte“ eines gemeinsamen kollektiven Gedächtnisses.³⁸¹ Der 18. Juli erhält neben seiner martialischen auch eine wirtschaftliche Assoziation: noch heute wird traditionell an diesem Tag der Sommerbonus ausgezahlt. Des Weiteren ist ein „*Premio Nacional 18 de Julio*“ ausgeschrieben,³⁸² außerdem wird das „Fest zur Verherrlichung der Arbeit“ gefeiert.³⁸³ Während eine „*Avenida de la Victoria*“ und früher auch eine Straße „*Dieciocho de Julio*“ im Madrider Stadtplan zu finden war, gilt dies für den 1. April nicht. Der 1. Oktober, bis heute eingeschrieben in die *Calle de Primero de Octubre*, ist der „*Día del Caudillo*“.³⁸⁴ Für Madrid gilt ein weiterer Gedenktag, der 28. März (*Veintiocho de Marzo, Pz/del*), der an jenen Tag im Jahr 1939 erinnert, an dem die nationalen Truppen Madrid einnahmen.³⁸⁵

8.2.6 Fazit

Ein Großteil der franquistischen Nomenklatur weist direkte Bezüge zum Narrativ des Kreuzzuges auf und bestätigt die Legitimität des Regimes durch dessen „Ursprung“, dem Sieg im Bürgerkrieg 1936–1939. Entlang der Dichotomien „national“ – „republikanisch“, bzw. „gut“ – „böse“ verläuft jener Diskurs über die Vergangenheit, welcher in den Straßennamen eingeschrieben wird. Helden und „Märtyrer“ haben ihren Platz, „Anti-Helden“ und den Verlierern im Allgemeinen, wird dieser nicht zugestanden. Obgleich der Diskurs gegen Ende des Franco-Regimes weg von der Interpretation des Krieges als Kreuzzug hin zu jener der tragischen Katastrophe und des Bruderkrieges verläuft, wird den Opfern der republikanischen Seite weiterhin nicht in den Straßennamen, Kreuzen oder Plaketten gedacht. Das Narrativ wird aufgeweicht, doch seine Repräsentationen im öffentlichen Raum lassen weiterhin keinen Zweifel darüber zu, wer im Regime die Macht innehat und warum diese so ist.

Der „sanfte“ Übergang zur Demokratie spiegelt sich auch in den Straßennamen wieder. Es gibt weder einen Befehl zur Tilgung des franquistischen Erbes aus der Nomenklatur der Stadt, noch eine Definition, wer oder was durch Straßennamen geehrt werden darf. In Madrid hängen die Umbenennungen vom politischen Willen der Stadtverwaltung ab. Dadurch kommt es zu eben jenem Palimpsest, welches immer wieder von verschiedenen Händen ge- und überschrieben wird. Noch 2000 erhalten zwei Straßen den Namen franquistischer Bürgermeister, eine weitere

³⁸¹ Vgl. Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Memory and Amnesia*. [...]. 71, 72.

³⁸² Vgl. Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Memory and Amnesia*. [...]. 65.

³⁸³ Vgl. Prutsch, Ursula (2012): *Iberische Diktaturen*. [...]. 152.

³⁸⁴ Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 887.

³⁸⁵ Ebd. 1173.

Straße jenen von Manuel Pombo Angulo, der unter Franco als Kriegsreporter in Deutschland stationiert war und mehrere Auszeichnungen durch das Regime erhielt.³⁸⁶

8.3 Exkurs: Weibliche Straßennamen

Der weitläufigen Abwesenheit von weiblichen Figuren in den Madrider Straßennamen aller Epochen, soll mit einem Anstoß durch die „*Ley de Igualdad*“ und der aktuellen Auseinandersetzung um die Stadt als Spiegel von Gesellschaft und Geschichte, ein Ende gesetzt werden. Zumindest in Barcelona, wo die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen werden, mögliche Kandidatinnen vorzuschlagen.³⁸⁷ Interessanterweise finden sich in den Straßen Madrids auch gleich weibliche Straßennamen, die im Zuge der „*Ley de Memoria Histórica*“ eigentlich wieder entfernt werden müssten. Die Handlungsspielräume der Frau in der spanischen Gesellschaft, ausgenommen des kurzen Intermezzos der 2. Republik, sind stark eingeschränkt und dem Konzept unterworfen, dass sich der Raum zwischen einer männlichen, öffentlichen und einer weiblichen, privaten Sphäre aufteilen lässt. Diese zeigen auch die Kontexte, in welchem es Frauen doch zu einer Erwähnung im Straßenzug gebracht haben. Dabei handelt es sich um Heiligennamen, Namen von Monarchinnen sowie um Witwen, Eigentümerinnen (z.B. Dolores, C/de³⁸⁸) und Familienmitglieder oder Frauen von Eigentümern. Zwei Ausnahmen bieten hier die Straße Pilar Millán Astray, die einer Schriftstellerin von Kurzgeschichten und Theaterstücken gewidmet wurde, die während des Bürgerkriegs in Alicante und Murcia in Gefangenschaft war und die Schwester von General José Millán Astray ist. Mit María Paz Unciti erhält eine der Straßen Madrids den Namen der Chefin der *Falange Madrileña*.³⁸⁹ In seiner Studie zu den 236 meistbefahrenen Straßen Madrids, errechnet Sánchez Costa einen Gesamtanteil von 15% an weiblichen Namen in der Hauptstadt.³⁹⁰

³⁸⁶ Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 681.

³⁸⁷ Vgl. Cia, Blanca (2007): „Una ciudad en femenino.“ In: *El País*, 14.01., 42.

³⁸⁸ Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. 363.

³⁸⁹ Ebd. 855, 694.

³⁹⁰ Vgl. Sánchez Costa, Fernando (2009): „Los mapas de la memoria [...]“ 208.

8.4 Exkurs: Straßennamen für ETA-Mitglieder

Durch die Debatte über die Erweiterung der Rechte von Opfern des Bürgerkrieges und der Diktatur, entbrennt ebenfalls eine heftige Diskussion über den Stellenwert, welcher verschiedenen Opfergruppen innerhalb der Gesellschaft zugestanden werden sollte. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Verbände zum Gedenken der Opfer des ETA-Terrors: AVT (*Asociación de Víctimas del Terrorismo*) und COVITE (*Comité de Víctimas del Terrorismo*). Unter der ersten Legislaturperiode Zapatero sucht die Regierung den Dialog mit der Terrororganisation, welcher nach blutigen Attentaten, die sich auch gegen baskische Zivilisten richten, von Seiten der Bevölkerung schon in den späten 1990ern die breite Unterstützung entzogen wurde.³⁹¹ Diese Gesprächsbereitschaft wird von der PP-Opposition angegriffen und der angestrebte friedliche Konsens von Rajoy als Kooperation Zapateros mit den Terroristen ausgelegt. In der Debatte um die Umbenennung von Straßennamen und das Abmontieren franquistischer Symbole, fließt nun auch die Frage ein, ob es legitim ist Straßen nach ETA-Kämpfer zu taufen. In der Parlamentsdebatte meint ein Abgeordneter des PP, beziehnend auf den Artikel 15 der „*Ley de Memoria Histórica*“:

“Im Baskenland- und dies ist viel aktueller als die Veränderung von Straßennamen von Personen, die vermutlich vor 70 Jahren an irgendwelchen Ereignissen teilhatten- gibt es ETA-Mitglieder, die heute, gestern und vorgestern Attentate gegen die Freiheit verüben [...] dies scheint mir wie ein Sarkasmus [...] und eine, um einiges dringlichere Angelegenheit.”³⁹²

Das Leid der Opferfamilien lässt sich dabei einfacher instrumentalisieren, da die Ereignisse/Anschläge noch nicht lange zurückliegen, beziehungsweise ständig akute Gefahr weiterer Attentate besteht. Im Falle der Opfer der Franco-Diktatur gibt es nur noch wenige Zeitzeugen und der Diskurs wird großteils von der Enkel- und Kindergeneration geführt.

Ganz konkret dreht sich Streit um die Straßennamen darum, dass es erst ab dem Jahr 2000, in welchem das Delikt der „Verherrlichung des Terrorismus“ eingeführt wurde, verboten ist, Straßen nach ETA-Terroristen zu benennen. Alle Straßen, die ihre Namen bereits vor 2000 erhielten, können diese somit behalten.³⁹³

³⁹¹ Vgl. Bernecker, Walther L. (2010): *Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert*. 286.

³⁹² Fernández Díaz, Congreso los Diputados, 17 de octubre de 2007, VIII Leg., Núm 925. 890.

³⁹³ Vgl. Yoldi, José (2008): “La Audiencia falla que mantener calles con nombres de etarras no es delito.” In: *El País*, 10.07., 11.

8.5 Die Umsetzung des Artikel 15

In diesem Unterkapitel sollen jene Zeitungsberichte zusammengetragen werden, die Aufschluss über die Umsetzung des Artikel 15 der „*Ley de Memoria Histórica*“ geben. Eine weitere Forschungsfrage bezieht sich auf die Meinungsbekundungen von Anrainern. Der Focus soll dabei jeweils auf Madrid liegen.

8.5.1 “*El País*” und “*El Mundo*” 2006–2013

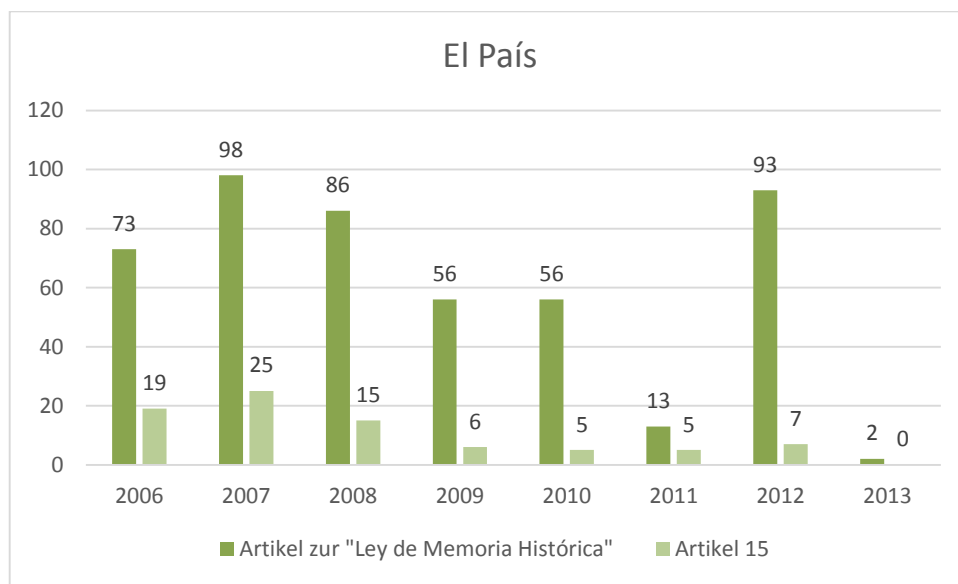


Abbildung 5: Statistik – Publikationen zu „Artikel 15“ in “*El País*”, 2006–2013

In den Jahren 2006–2013 publiziert “*El País*” 81 Zeitungsartikel, die sich mit dem Artikel 15 (2006 noch Artikel 17) des Gesetzes befassen. Dies ergibt einen Anteil von ca. 17% an der Gesamtpublikation von 417 Artikeln, in denen die „*Ley de Memoria Histórica*“ Erwähnung findet. Der Schwerpunkt der Berichterstattung zum Artikel 15 liegt auf den ersten drei Jahren, wobei 2006 und 2007 die Debatte um den endgültigen Wortlaut im Vordergrund steht, 2008 die ersten Umsetzungen miteinfließen. Danach sind die Beiträge über die erzielten Fortschritte auf die Symbole bezogen eher gering. Allein im Jahr 2011 machen sie wieder fast die Hälfte, der jedoch nur aus 13 Artikel bestehenden, Gesamtpublikation aus.

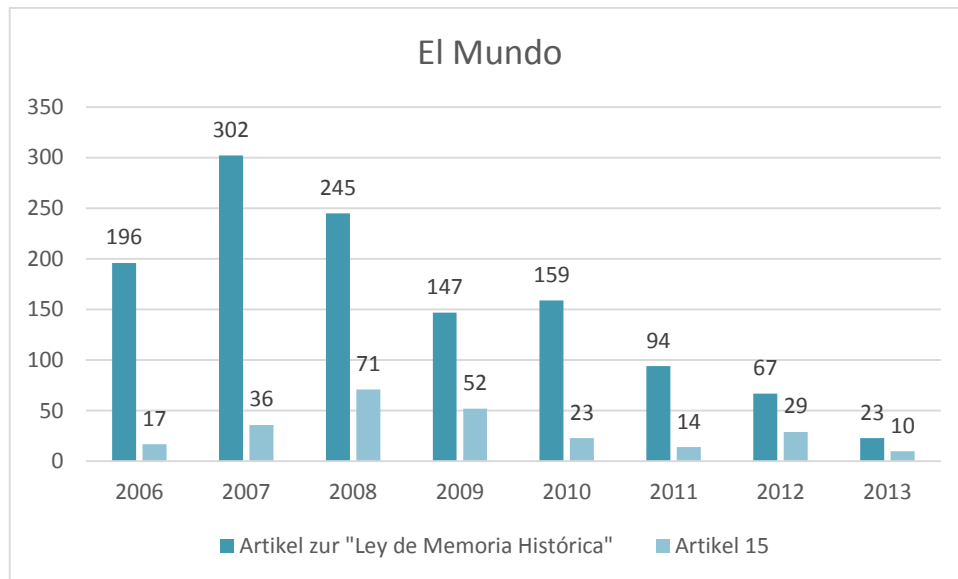


Abbildung 6: Statistik – Publikationen zu „Artikel 15“ in „El Mundo“, 2006–2013

„El Mundo“ publiziert im selben Zeitraum 1,233 Artikel zur „Ley de Memoria Histórica“. Die hohe Zahl leitet sich daraus ab, dass hier, auf Grund mangelhafter Kennzeichnung, die regionalen Ausgaben miteinberechnet sind und das Gesetz auch in nicht relevanten Berichten immer wieder erwähnt wird. Die Anzahl der Beiträge, welche davon den Artikel 15 betreffen, beläuft sich auf 252, was, etwas höher als bei „El País“, einem Prozentsatz von ca. 20 entspricht. Die meisten Berichte werden 2008 und 2009 veröffentlicht.

Die Beiträge über die Symbole der Franco-Diktatur in beiden Tageszeitungen umfassen die Diskussionen der einzelnen Parteien rund um die Entwürfe und die Verabschiedung der „Ley de Memoria Histórica“, die Debatte über die Aberkennung von Ehrentiteln und Auszeichnungen, welche an Franco, seine Frau oder führende Generäle des Regimes verteilt wurden, die Entfernung von noch bestehenden Denkmälern, vor allem der Reiterstandbilder Francos, die Abnahme von Plaketten in Kirchen sowie die Umbenennungen von Straßennamen. In „El País“ dominiert die Dokumentation des Werdeganges jenes Artikels, welcher in seinen unterschiedlichen Versionen abgedruckt wird. Die Zeitung zieht wiederholt Zwischenbilanz über die verbleibenden und die geänderten Straßennamen. Der Focus von „El Mundo“ liegt derweilen auf Lokalstudien und den regionalen Mustern der Umsetzung, worauf ich anschließend anhand der Proteste gegen die *Calle de Pilar Bardem* in Sevilla eingehen werde.

8.5.2 Umbenennungspolitik in Madrid 2006–2013

Von 2003–2011 bekleidet Alberto Ruiz- Gallardón Jiménez das Amt des Bürgermeisters von Madrid. 2011 wird er in diesem Posten von Ana María Botella Serrano, der Ehefrau des früheren Ministerpräsidenten José María Aznars, abgelöst. Beide gehören politisch dem *Partido Popular* an.³⁹⁴

2006 gibt Gallardón in einer Pressekonferenz bekannt, dass er nicht vorhabe, Straßennamen in Madrid abzuändern. Dafür nennt er gleich vier Gründe. Erstens wäre das Interesse innerhalb der Bevölkerung gar nicht gegeben. Zweitens würde nicht ein einziges franquistisches Symbol existieren, welches unter seine Verantwortung fallen könnte, sehr wohl wären ihm aber die franquistischen Überreste in der *Policlínica de Moncloa* („Hospital Militar del Generalísimo“) und der Kaserne *Ejercito del Aire* („Francisco Franco, Caudillo de España“) aufgefallen, welche im Zuständigkeitsbereich der Zentralregierung liegen. Drittens – zitiert er den früheren Ministerpräsidenten des PSOE, Felipe Gonzáles – „hätte es jemand für einen Verdienst gehalten, Franco vom Ross zu stoßen, dann hätte dies getan werden müssen, als jener noch lebte.“ Als vierten Grund führt er die vor kurzem gestrichene Passage der „*Ley de Memoria Histórica*“ an, die den Bürgermeistern und *Comunidades Autónomas* die Entfernung der Symbole franquistischen Ursprungs nahe gelegt hätte.³⁹⁵ Kurz vor der letzte Debatte des Gesetzes im *Congreso de los Diputdaos*, veröffentlicht „*El País*“, dass der Gemeinderat noch nicht geklärt habe, ob er die Namen entfernen werde, der Bürgermeister weicht einer direkten Stellungnahme aus.³⁹⁶ Die Präsidentin der *Comunidad Madrid*, Esperanza Aguirre (PP), zählt zu den vehementesten Gegnerinnen des Gesetzes und vor allem des 15. Artikels, beide stellen für sie ein nicht tolerierbares „Symptom des Totalitarismus“ dar. Auch Gallardón erhebt 2007 erneut Vorwürfe gegen die Zentralregierung, die in der Abnahme von franquistischen Symbolen säumig sei und beteuert, dass in seinem Verantwortungsbereich keine franquistischen Symbole bestünden.³⁹⁷ Mit der Überschrift: „Der PSOE Madrids kehrt zurück in die Vergangenheit“ bezieht „*El Mundo*“ im September 2006 Stellung zu dem „demagogischen“ und „propagandistischen“ Vorschlag des „sektiererischen“ Gesetzes, welcher die Entfernung von angeblich 360 Straßen Madrids fordert. Ein Plan, welcher „die

³⁹⁴ <http://www.madrid.es/portales/munimadrid/es/Inicio/El-Ayuntamiento/El-Pleno/Composicion/Alcaldes-de-Madrid/Desde-las-elecciones-municipales-de-1979/Alcaldes-de-Madrid-Desde-las-elecciones-municipales-de-1979?vgnextfmt=detNavegacion&vgnextoid=9604404941594210VgnVCM2000000c205a0aRCRD&vgnnextchannel=a95aef0022594210VgnVCM2000000c205a0aRCRD>

³⁹⁵ Longhi-Bracaglia, Isabel: „Cuatro razones de Gallardón para dejarlo todo como está.“ In: Montes, María (2006): „De la calle General Yagüe a Fraternidad.“ In: *El Mundo*, 15.09., 2.

³⁹⁶ *El País* (2007): „Un pasado difícil de borrar.“ In: *El País*, 10.10., 27.

³⁹⁷ *Agencias* (2007): „Los alcaldes y presidentes acatan la ley aunque muchos no la comparten.“ In: *El País*, 12.10., 22.

dringenden Sorgen der Madrilenen“ außen vorlässt und wohl allein als Ablenkungsmanöver dient.³⁹⁸ Auch im detailreicheren Bericht zum Thema heißt es, dass die Straßen, gar nicht die franquistische Konnotation haben, welche ihnen neuerdings zugeschrieben wird.³⁹⁹

Im Bezirk *El Prado*, wo sich der Platz des *Caudillo* befindet, wird, laut der spontanen Umfrage von Natalia Junquera und Javier Lafuente in „*El País*“, wenig Wert auf die Umbenennung von Straßen oder die Entfernung von Plaketten gelegt. Die Wortspender sind alle über 60 und geben zu bedenken, dass die Menschen hier andere Probleme haben, die Politiker die alten Symbole in Frieden lassen sollen und es ihnen egal sei, ob der Platz nun *Caudillo* oder *Stalin* hieße. Einer fragt, wen diese Straßen überhaupt noch beleidigen und meint, dass die Geschichte nicht auslöschar sei, wieder ein anderer behauptet, dass sowieso kaum noch franquistische Überreste vorhanden sind, außerdem habe ihm der „*Caudillo*“, wie er Franco bezeichnet, nie etwas getan.⁴⁰⁰

Im April 2010 wird auf Ansuchen des Sprechers des PSOE Madrid, David Lucas, der Vorschlag eingebracht, die *Plaza del Caudillo* durch einen Namen zu ersetzen, welcher „die demokratischen Werte der Gesellschaft repräsentiere.“ Einstimmig wird dies beschlossen, jedoch bleibt das Datum der tatsächlichen Umbenennung unbekannt.⁴⁰¹ Die Änderung des Namens ist bis heute noch nicht durchgeführt worden.

Die Entscheidungen der Stadtregierung Madrids

Im September 2006 erscheint in „*El Mundo*“ noch ein Artikel in dem die, von den Sozialisten vorgeschlagene, bevorstehende Änderung der *Calle del General Yagüe* auf *Calle de la Fraternidad* angekündigt wird.⁴⁰² Zu dieser Umbenennung wird es allerdings nicht kommen. Anhand der Ergebnisdokumentation der politischen Sitzungen der Madrider Stadtregierung wird deutlich, dass der PP sämtliche Anträge, welche zwischen 2008 und 2013 von *Izquierda Unida* oder dem PSOE gestellt werden, ablehnt. Am 30. Mai 2008 etwa, wird die Forderung IUs, die *Avenida de la Paz* und *Puente de la Paz* in den Katalog jener Straßennamen aufzunehmen, die laut „*Ley de Memoria Histórica*“ entfernt werden sollen, abgewiesen.⁴⁰³ Im

³⁹⁸ Vgl. o.A (2006): „El PSOE de Madrid regresa al pasado.“ In: *El Mundo*, 15.09., 3.

³⁹⁹ Vgl. Montes, María (2006): „De la calle General Yagüe a Fraternidad.“ In: *El Mundo*, 15.09., 2.

⁴⁰⁰ Junquera, Natalia/Lafuente, Javier (2007): „Resistencia en la residencia de Franco.“ In: *El País*, 12.10., 22.

⁴⁰¹ Treceño, Jaime G. (2010): „Adiós al nombre: plaza del Caudillo.“ In: *El Mundo*, 29.04., 3.

⁴⁰² Vgl. Montes, María (2006): „De la calle General Yagüe a Fraternidad.“ In: *El Mundo*, 15.09., 2.

⁴⁰³ Vgl. BOAM n° 5819 (30/05/2008), Distrito de Ciudad Lineal, 1774. In:

<http://www.madrid.es/portales/munimadrid/es/Inicio/El-Ayuntamiento/Urbanismo-e-Infraestructuras/Comunicacion/Madrid-ya-tiene-9.139->

November desselben Jahres lehnt der Vizebürgermeister die Vorschläge des PSOE, franquistische Namen durch jene von Frauen zu ersetzen, die für die Gleichberechtigung gekämpft haben, ab. Er gibt zu bedenken, dass es die Regierung Zapatero bis dahin verabsäumt hat, die finanziellen Unterstützungen zu klären und einen Leitfaden für die Entfernung jener Symbole herauszugeben.⁴⁰⁴ 2011 lässt dieselbe Partei anfragen, ob eine Kommission, zur Erhebung der franquistischen Symbole in der Öffentlichkeit, eingesetzt werden könne. Auch dies wird verweigert.⁴⁰⁵

In der spanischen Hauptstadt wird in den Jahren 2006 bis 2013, als Reaktion auf die „*Ley de Memoria Histórica*“, kein einziger Straßename abgeändert oder entfernt, welcher, im Sinne des Artikel 15, als „persönliche oder kollektive Verherrlichung des militärischen Aufstands, des Bürgerkriegs und der Repression der Diktatur“ aufgefasst werden kann.

Dies liegt nicht etwa darin begründet, dass derartige Überreste des vorhergegangenen Regimes in der Stadt nicht mehr vorzufinden wären, was in Kapitel 1.2 „Die Straßennamen Madrids“ sehr deutlich gezeigt wurde. Vielmehr ist dieser Zustand von der Einstellung der politischen Entscheidungsträger abzuleiten, welche zum Teil aus Desinteresse, zum Teil aus ideologischen Gründen die Umsetzung des Gesetzes ablehnen. Im Gegensatz zu den Denkmälern, die unter staatliche Verantwortung fallen, steht die Umbenennung von Straßennamen in Spanien seit 1860 den jeweiligen Verwaltungseinheiten, den Bürgermeistern und Gemeinden zu. In Madrid scheint es demnach 2006–2013, trotz der Androhung von Subventionsstreichungen, wie es ein Journalist von „*El País*“ treffend ausdrückt, allein am „guten Willen“ des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin zu hängen, ob eine Straße bleibt oder aus dem Stadtplan getilgt wird.⁴⁰⁶

Da in keinem Artikel jemals von der tatsächlichen Kürzung von Zuschüssen die Rede ist, noch eine genaue Definition über deren Umfang oder den Zeitraum der Streichung existiert, scheint von dieser Sanktion keine Dringlichkeit der Durchführung ableitbar. Andalusien denkt 2013 daher für die Beibehaltung von franquistischen Symbolen tatsächliche Strafen im Ausmaß von € 30,000 an. Eine Abänderung des Artikel 15 des „*Ley de Memoria Histórica*“ in diese, um einiges effektiver wirkende Richtung, ist allerdings unwahrscheinlich.⁴⁰⁷

[calles?vgnextfmt=default&vgnextoid=409c4c16151b9210VgnVCM1000000b205a0aRCRD&vgnnextchannel=67a240f7c908b010VgnVCM1000000d90ca8c0RCRD](http://www.madrid.es/portales/munimadrid/es/Inicio/Ayuntamiento/Boletin-Oficial-del-Ayuntamiento/Buscador-Boletines/73-EXTRACTO-NOVIEMBRE-2010?vgnextfmt=default&vgnextoid=409c4c16151b9210VgnVCM1000000b205a0aRCRD&vgnnextchannel=67a240f7c908b010VgnVCM1000000d90ca8c0RCRD) (03.01.2015)

⁴⁰⁴ Vgl. Medrano, Carlos (2008): „Las calles de Franco se quedan.“ In: *El Mundo*, 29.11., 4.

⁴⁰⁵ Vgl. BOAM n° 6350 (17/01/2011), Distrito de Ciudad Lineal, 73. In: <http://www.madrid.es/portales/munimadrid/es/Inicio/Ayuntamiento/Boletin-Oficial-del-Ayuntamiento/Buscador-Boletines/73-EXTRACTO-NOVIEMBRE-2010?vgnextfmt=default&vgnextoid=0f51d7acd428d210VgnVCM1000000b205a0aRCRD&vgnnextchannel=7a698db0ae967010VgnVCM10000009b25680aRCRD> (03.01.2015)

⁴⁰⁶ Vgl. Riado, José María (2007): „Memoria y voluntad.“ In: *El País*, 24.09., 27.

⁴⁰⁷ Vgl. Cano, José A (2013): „Multas de 30,000 € por símbolos franquistas en espacios públicos.“ In: *El Mundo*, 20.08., 16.

8.5.3 Reaktionen auf Straßenumbenennungen in Spanien

In diesem Abschnitt sollen die Artikel der zwei Tageszeitungen „*El País*“ und „*El Mundo*“ näher analysiert werden, um die folgenden Forschungsfragen zu beantworten: Wie reagieren die Anrainer und Anrainerinnen? In welcher Form wird die Reaktion der spanischen Einwohner und Einwohnerinnen in den Zeitungsartikeln wiedergespiegelt?

Nicht jede Straßenumbenennung wird in den Printmedien im Kontext ihrer Debatte und der Reaktionen der Anrainer und Anrainerinnen wiedergegeben. Viele Straßenzüge in den einzelnen Gemeinden Spaniens behalten bis heute ihren franquistischen Namen bei. In manchen Fällen erfolgt die Umbenennung eher reibungslos und ohne große Polemik. Im Fall Valladolid, wird die „*Plataforma por una Ley de Memoria Histórica Justa y Digna*“ ins Leben gerufen, die im Mai 2007 eine Informationskampagne gegen die „Amnesie der Politiker“ und für die Umbenennung von Straßennamen die noch „faschistische Spuren“ aufweisen, starteten. Im Visier des Kollektivs sind Namen wie „*Héroes del Alcázar de Toledo*“ oder „*José Antonio Primo de Rivera*“. ⁴⁰⁸ Tatsächlich erfolgt schon im Juni eine Umbenennung der *Calle Mariano Miguel López*, welche einem Geistlichen gewidmet war, der während des Bürgerkrieges Republikaner denunzierte. ⁴⁰⁹ 2010 sammelt die Bürgerinitiative erneut 5,600 Unterschriften für die endgültige Entfernung aller franquistischen Symbole. Ihr Sprecher meint gegenüber „*El Mundo*“, dass es ihm absurd erscheint, dass „wir Stadtbewohner die Verwaltungsorgane darum bitten müssen, die Gesetze einzuhalten“. ⁴¹⁰

Dennoch kann anhand von einigen Beispielen abgelesen werden, dass das Thema in der Bevölkerung durchaus polarisiert; eine Tendenz die in starker Wechselwirkung mit den politischen Entscheidungsträgern und den Medien steht, die sich als Sprachrohr beider Parteien präsentieren und zusätzlich ihre eigene Meinung miteinfließen lassen.

Anhand der untersuchten Zeitungsartikel, bestätigt sich die Annahme, dass Vertreter des PP, die sich vor der Publikation des Gesetzes in vielen Gemeinden zu der Entfernung von franquistischen Überresten nicht oder noch reserviert äußern, ihre ablehnende Meinung dem Thema gegenüber auch später nicht ändern. Weitaus wahrscheinlicher vollziehen sich Straßenumbenennungen in Gemeinden, in denen der PSOE eine Mehrheit hat, vor allem, wenn dieser in einer Koalition mit IU regiert. ⁴¹¹

⁴⁰⁸ Vgl. o.A. (2007): „Campaña de retirada de símbolos fascistas.“ In: *El Mundo*, 13.05., 15.

⁴⁰⁹ Vgl. o.A. (2007): „Continúa la retirada de placas fascistas.“ In: *El Mundo*, 11.06., 8.

⁴¹⁰ Vgl. Valladolid (2010): „5,600 firmas piden la retirada de símbolos del franquismo.“ In: *Diario de Valladolid*, 27.07., 5.

⁴¹¹ *El País* (2006): „Los alcaldes del PP eluden pronunciarse y los del PSOE preparan la retirada de símbolos.“ In: *El País*, 29.07., 18.

Exemplarisch möchte ich die Reaktionen der Spanier und Spanierinnen anhand von drei Ereignissen und deren Wiedergabe in „*El País*“ und „*El Mundo*“ aufzeigen. Die Auswahl, die ich für getroffen habe, begründe ich mit der Parteizugehörigkeit der jeweiligen Bürgermeister und der zum Teil ausgesprochen polemischen Aufbereitung durch die beiden Tageszeitungen. Zaragoza wird 2009 vom PSOE regiert, Lugo ebenfalls, hier ist die Zusammenarbeit zwischen PSOE und PP im Namensgebungsprozess vordergründig. In Sevilla ist der Bürgermeister Mitglied des *Partido Popular*.

San José Maria Escrivá de Balaguer

2009 schlägt der, als streng katholisch geltende, sozialistische Bürgermeister von Zaragoza, Juan Alberto Belloch, vor, im Zuge der Durchsetzung der „*Ley de la Memoria Histórica*“ eine Straße, die dem franquistischen General Sueiro gewidmet war, nach dem Gründer des Opus Dei zu benennen. Dieser Entschluss wird begleitet von Protestdemonstrationen und scharfer Kritik aus den eigenen Reihen. Belloch gibt als Begründung für die Wahl des Namens San José Maria Escrivá de Balaguer an, dass „nicht Konsens, sondern die Verdienste“ eine Person als Paten eines Straßennamens würdig machen, immerhin sei Balaguer heiliggesprochen worden. Das Problem liege laut seinen Kritikern weniger in der Person Balaguers, als in der Rolle, die das Opus Dei während des Franquismus eingenommen hatte. Somit würde zwar ein franquistischer Straßename, durch einen ebenfalls franquistisch konnotierten ersetzt werden.⁴¹² In „*El Mundo*“ werden weder die unpopuläre Umbenennung, noch die Proteste erwähnt.

Franquistische Bürgermeister

Eine der wenigen Situationen, in denen PSOE und PP gemeinsam eine Entscheidung über die (Um-) Benennung von Straßen treffen, stammt aus dem Jahr 2011. In Lugo haben sich die Vertreter beider Parteien, in Übereinkunft mit dem Historiker Adolfo Abel Vilela, auf Namen von vier früheren Bürgermeistern geeinigt, die ihren Posten allesamt unter dem franquistischen Regime innehatten. Als Begründung für diesen Schritt, der von BNG als Verletzung des Gesetzes angeklagt wird, soll allein die Bewertung ob jene Person „gut“ oder „böse“ war dienen.⁴¹³

⁴¹² Vgl. Monserrat, Concha (2009): „Belloch escandaliza en Zaragoza dando una calle al santo Escrivá.“ In: *El País*, 14.02., 14.

⁴¹³ Vgl. Silvosa, Arcadio (2011): „PSOE y PP de Lugo pretenden poner nombres franquistas a cuatro calles.“ In: *El País*, 27.01., 13.

General Merry vs. Pilar Bardem vs. Nuestra Señora de las Mercedes

Zum Amtswechsel 2012 entscheidet der nun amtierende Bürgermeister des PP in Sevilla, Juan Ignacio Zoido, im Gemeinderat, dass die *Avenida Pilar Bardem* in *Avenida de Nuestra Señora de las Mercedes* umbenannt wird. Angeblich wurde die Umbenennung von über 2,300 Bürgern Sevillas und der Schwesternschaft von *Santa Genoveva* an den Bürgermeister herangetragen. Gerade diese Kirche ist eng mit dem General Quiapo de Llano verbunden, trägt den Namen seiner Ehefrau und „*Nuestra Señora de las Mercedes*“, ist nicht nur der Name der Marienfigur des Tempels, sondern auch jener der Mutter Quiapo de Llanos.⁴¹⁴

Mit der Zeile: „Die Jungfrau bekommt mehr Unterstützung, als eine Schauspielerin“ bezieht „*El Mundo*“ hier ganz eindeutig Stellung zu der Umbenennung, die „im Gegensatz zu Pilar Bardem einer weiten Mehrheit im Plenum erfreut“. Zwei Photographien begleiten den Text, in dem sich die Schwesternschaft von Santa Genoveva explizit bedankt, dass nun dort, wo sich in den 1960er Jahren die „*Barrida de Nuestra Señora de las Mercedes*“ befand, eine Straße zu ihren Ehren getauft werde. Eines zeigt eine einzige Person, die an dem Straßenschild „Pilar Bardem“ vorbeigeht, das zweite bildet eine Prozession vieler Menschen mit Jesusfigur, welches gerade die „*Barrida*“ passiert ab. Die Photographien, auch als Sinnbilder dafür, wem die Unterstützung der Bevölkerung zukommt.

Die Umbenennung wird in „*El País*“ von „*El Acento*“ als Revanche, Dummheit und völlig unnötigen Akt bezeichnet.⁴¹⁵ In „*El Mundo*“ hingegen meldet sich ebenso bissig, Juan Miguel Vega zu Wort, welcher die Entfernung des General Merry als „alphabetische und groteske Interpretation der analphabetischen, grotesken und sektiererischen „*Ley de Memoria Histórica*““ darstellt. Die frühere Stadtregierung habe, ihm zu folge, Pilar Bardem nur ausgewählt, um den Menschen ständig „mit dem Finger sektiererisch ins Auge zu fahren.“⁴¹⁶ In „*El Mundo*“ behauptet sich die Tochter des Generals zu Wort, diese Straße wäre gar nicht ihrem Vater, dem franquistischen Generl Pedro Merry Gordon, sondern ihrem Großvater Franciso gewidmet worden, erfülle daher nicht den Tatbestand des Artikel 15.⁴¹⁷

Im Zusammenhang mit der Diskussion über jene Umbenennung wird auch erstmals die Frage nach der finanziellen Belastung der Anrainer aufgeworfen, allerdings damit beantwortet, dass darüber noch keine Einigung erzielt werden konnte und die Behörden dies ebenfalls nicht wissen. In einem Artikel in „*El Mundo*“ errechnet ein Journalist zum Fall der baskischen

⁴¹⁴ Vgl. Fuertes, S.F. (2012): „Zoido deja a Pilar Bardem sin avenida.“ In: *El País*, 29.01., 20.

⁴¹⁵ Vgl. El Acento (2012): „La revancha en el callejero.“ In: *El País*, 04.02., 24.

⁴¹⁶ Vgl. Vega, Juan Miguel (2012): „Por un plato de lentejas.“ In: *El Mundo*, 31.01., o.A.

⁴¹⁷ Vgl. Rionegro, María (2009): „Sevilla quita una calle al general Merry y se la da a Pilar Bardem.“ In: *El Mundo*, 18.04., 1.

Straßen einen Aufwand zwischen €800 und €1,500 für sämtliche Änderungen der Papiere und mögliche Einbußen für jene Menschen, die dadurch ihre Geschäftsadressen ändern müssen.⁴¹⁸

9 Conclusio und Ausblick

Im ersten Teil meiner Arbeit habe ich mich mit der Metaphernanalyse der Parlamentsdebatte über die „*Ley de Memoria Histórica*“ und der Widerspiegelung jener Diskurse in den auflagenstärksten Tageszeitungen Spaniens – nämlich „*El Mundo*“ und „*El País*“ – beschäftigt. „*El Mundo*“ nimmt im Zeitraum der Parlamentsdebatte 2006–2007 eine, den *Partido Popular* unterstützende und verteidigende Rolle ein. Metaphern und Perspektiven der Partei, werden in der Tageszeitung zum Teil wortwörtlich wiederverwendet und innerhalb der Artikel weiterverarbeitet. Die Argumentation gegen das Gesetz kann nach Lakoff und Johnson unter dem Konzept „Argumentieren ist Krieg“ eingeordnet werden, sie geht davon aus, dass diesem ein „revisionistisches“ und „sektiererisches“ Potential innewohnt. Diesem totalitären, die Gesellschaft völlig durchdringenden und bestimmenden Anspruch, kann das einfache Gesetz, welches gar nicht versucht, die Meinungsfreiheit oder den Pluralismus an Deutungsmöglichkeiten des Bürgerkrieges und des Franquismus für die spanischen Bürger einzugrenzen, aber gar nicht gerecht werden. Dennoch wird es mit Nachdruck abgelehnt und als der PP 2011 wieder eine Mehrheit für sich erringen kann, werden sukzessive Kürzungen des Budgets für das Gesetz vorgenommen.

In vielen Belangen scheint „*El País*“ eine eher neutrale Haltung gegenüber den zwei Parteien einzunehmen, stellt sich aber eher auf die Seite des PSOE und gibt sich als Unterstützer der „*Ley de Memoria Histórica*“ zu erkennen. Der PSOE versucht sich den größtmöglichen Konsens innerhalb des Parlaments zu erreichen und zeigt sich zumeist von einer defensiven Seite. Er verteidigt sich gegen die Kampfansagen des PP, verhält sich in seiner Kritik eher zurückhaltend. Dementsprechend dominieren versöhnliche Reden, die auf geringe Polarisierung ausgelegt sind.

In der spanischen Diskussion über die Umbenennung von Straßennamen, wollen wir noch einmal auf die Worte des Wiener Kulturstadtrats Mailath-Pokorny aus der Einleitung

⁴¹⁸ Vgl. Andueza, Iker R. (2009): „#Las calles vascas aún conservan una docena de iconos del franquismo.“ In: *El Mundo*, 26.07., 10.

zurückkommen: "[...]man soll nicht so tun, als ob es keine dunklen Seiten gegeben hätte."⁴¹⁹ Wenn Straßennamen, Bauwerke und Denkmäler als reine Fundstücke oder Quellen interpretiert werden, in denen die Vergangenheit bis in die Gegenwart überdauert, anhand derer wir die Geschichte einer Stadt oder eines Landes ablesen können, dann würde durch Umbenennungen und Abrisse, Erinnerungen, Geschichte(n), vielleicht eine ganze Epoche für immer ausgelöscht werden. Das Wort „Geschichtsschreibung“ impliziert bereits, dass Geschichte nicht von selbst existiert, erst durch menschliche Kommunikation entsteht. Straßennamen sind keine Knochenfunde und auch keine natürlichen Vorkommnisse, sondern absichtlich geschaffene und der Willkür eines Herrschers oder einer herrschenden Schicht unterworfenen Manifestationen jener Machtverhältnisse. So gibt eine „Avenida del Generalísimo Franco“ wenig Aufschluss über dessen Charakter, wenngleich sehr wohl über die Eigenperspektive oder gewünschte Wahrnehmung des Diktators. „Der Bürgermeister weigerte sich wiederholt, den Namen des Platzes des Generalissimus, wo sich das Rathaus befindet, zu ändern.“⁴²⁰ Die Zeilen stammen aus dem Jahr 2013 und zeigen deutlich, dass sechs Jahre nach Verabschiedung der „Ley de Memoria Histórica“ sich in Teilen Spaniens immer noch hartnäckiger Widerstand findet, die Gedächtnisorte des Bürgerkriegs und des Franquismus aus dem öffentlichen Raum zu tilgen. Ich habe in meiner Arbeit die Frage danach gestellt, welche Straßennamen in Madrid in Folge des Gesetzes umbenannt werden. Die Antwort fällt kurz aus: keine.

Von der zuständigen Stadtverwaltung und dem Bürgermeister Alberto Ruiz- Gallardón Jiménez wird diese Missachtung einer gültigen Vorschrift damit begründet, dass es sich um keine Priorität der Madrider Bevölkerung handle. Außerdem bedeuten Umbenennungen immer einen großen administrativen und finanziellen Aufwand. Während in den Tageszeitungen „El Mundo“ und „El País“ von 160–176 Straßennamen die Rede ist, die jenen Bestand der „persönlichen oder kollektiven Verherrlichung des militärischen Aufstands, des Bürgerkriegs und der Repression der Diktatur“ erfüllen, will Gallardón 2006 von keiner franquistischen Symbolik wissen, die sich in seinem Verantwortungsbereich befindet. Sanktionen werden dafür zwischen 2006 und 2013 nicht verhängt.

Wenn wir uns den Straßennamen Madrids zuwenden, dann muss festgehalten werden, dass bis heute keine vollständige Auflistung aller Madrider Straßennamen franquistischen Ursprungs

⁴¹⁹ APA (2012): „Dr.-Karl-Lueger-Ring wird in Universitätsring umbenannt.“ 19.04., in: <http://derstandard.at/1334795565355/Wien-Dr-Karl-Lueger-Ring-wird-in-Universitaetsring-umbenannt> (20.07.2014)

⁴²⁰ Calleja, Ángel (2013): „El Defensor del Pueblo exige por primera vez a un municipio que quite las calles franquistas.“ 03.06., in: <http://www.20minutos.es/noticia/1829715/0/defensor-pueblo/simbolos-calles-franquistas/madrid/>

existiert, wenngleich diese von den Parteimitgliedern der *Izquierda Unida* und des PSOE im Stadtrat mehrmals gefordert wird. Wie auch in anderen Teilen des Landes, sind es die Mitglieder jener beiden Parteien, die immer wieder versuchen die Umbenennungen durchzusetzen, jedoch in Madrid nicht mit der Unterstützung des PP rechnen können.

Bei den vorhandenen Straßen handelt es sich nicht nur um weniger bekannte Bürgermeister aus der Endphase der Diktatur oder zweitrangige Falangisten, die in den Geschichtsbüchern keine Erwähnung finden, sondern auch um Persönlichkeiten und Symbole, die ganz explizite Bezüge zum Bürgerkrieg als Legitimationsbasis des Regimes aufweisen und die kaum Zweideutigkeiten zulassen. Die *Calle Franco* und die *Avenida Comandante Franco* blieben bis heute unberührt. Nun kann demgegenüber argumentiert werden, dass es sich hier um eine Ehrung des Bruders Francos, Ramón Franco, handle. Doch bei der *Plaza del Caudillo* besteht absolut kein Zweifel über dessen „Namensgeber“. Auch General Yagües und Varelas wird in Madrid in Form eines Straßennamens gedacht. Ebenfalls steht noch heute fest, wer die „Helden“ und „Märtyrer“ des Krieges waren.

Tatsächlich scheinen die franquistischen Symbole wenig Wichtigkeit im Alltagsleben der meisten Spanier und Spanierinnen zu haben. Anhand der Untersuchung der spanischen Presse speist sich dieses Desinteresse aus mehreren Quellen. Straßenumbenennungen sind mit hohen Kosten verbunden (Passänderungen, Geschäftsadressen, etc.) welche der Staat nicht für die Betroffenen übernimmt. Seit der Weltwirtschaftskrise hat sich die ökonomische Situation vieler Spanier stetig verschlechtert, sodass viele ihren Unmut über die Diskussion um Straßenänderungen kundtun, indem sie den Politikern ein Ablenkungsmanöver von den „echten Problemen“ des Staates, wie der Arbeitslosigkeit, vorwerfen und resigniert fragen, ob es nicht eine bessere Möglichkeiten zur Nutzung von Geld und Zeit der Politiker gäbe.

Auch nach dem Abschluss meiner Recherche versuchte ich mich durch die online-Archive der beiden Zeitungen weiterhin auf dem Laufenden zu halten:

2014 wird in *Boadilla del Monte* – einer Gemeinde in der Comunidad Madrid mit 47,000 Einwohnern – vom *Partido Popular* eine Umfrage unter 400 Personen über die Dringlichkeit der Umbenennung von Straßennamen wie der „*Avenida del Generalísimo*“ oder der „*Calle de José Antonio*“ durchgeführt. Resultat der Befragung: 88,5% befinden die Umbenennung von Straßen als wenig oder gar nicht dringlich, 76,8% messen der Änderung der zwei benannten Straßen wenig oder keine Wichtigkeit zu. Der PSOE wirft der regierenden Fraktion

Suggestivfragen vor, allerdings scheint die Angelegenheit 2014, in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage und der begründeten Zukunftsängste, eher zweitrangig.

2015 nimmt die Debatte um die Umsetzung des Artikels 15 noch einmal neue Züge an, als Eduardo Ranz, Anwalt spezialisiert auf Menschenrechte, Klage gegen die Bürgermeisterin von Madrid, Ana Botella, sowie 37 weitere Bürgermeister erhebt, da diese bis heute die „*Ley de Memoria Histórica*“ nicht umgesetzt haben. Das mögliche Strafausmaß für ein „*delito de desobediencia*“ beläuft sich auf 3–10 Monate Haft und einem Berufsverbot von 6–24 Monaten. Ein zweiter möglicher Anklagepunkt wäre jener der „*falta contra el orden público*“ (7–10 Tage Haft).⁴²¹ Ob es im Falle Madrids noch zu einem Schuldspruch kommt, wird sich allerdings erst in Zukunft zeigen.

Schließen möchte ich meine Arbeit mit einem Zitat des Historikers Julián Casanova, welches das Dilemma rund um die Straßenumbenennungen treffend zusammenfasst:

“[...] los cambios siempre fueron objeto de disputa y a nadie se le ocurrió aprovechar el callejero para formar o educar a los ciudadanos en una nueva identidad democrática.”⁴²²

⁴²¹ Vgl. o.A.(2015): „Denuncian a Ana Botella y a otros 37 alcaldes por mantener símbolos franquistas en las calles.” 11.02., In: <http://www.elmundo.es/madrid/2015/02/11/54db072522601de31b8b456c.html> (11.04.2015)

⁴²² Casanova, Julián (2009): „La historia que queda en un callejero.” 26.02., 25.

10 Literatur- und Quellenverzeichnis

10.1 Abbildungen

Abbildung 1: „Straße gegen die Straflosigkeit“	6
Abbildung 2: Statistik – Artikel zur "Ley de Memoria Histórica" in "El País" und "El Mundo", 2006–2013	62
Abbildung 3: „Águeda del Caudillo“ – Hauptstraßen	79
Abbildung 4: Suchmaschine des ‚Municipio de Madrid‘, 2012	83
Abbildung 5: Statistik – Publikationen zu „Artikel 15“ in "El País", 2006–2013	95
Abbildung 6: Statistik – Publikationen zu „Artikel 15" in "El Mundo", 2006–2013	96

Quellen:

Abb. 1: Torres Benayas, Victoria (2011): “De Doctor Vallejo Nájera a calle Contra la Impunidad.” 18.07., in: http://elpais.com/elpais/2011/07/18/actualidad/1310977031_850215.html (10.10.2014)

Abb. 2: Screenshot von google maps, in: <https://www.google.com/maps/place/37594+%C3%81gueda+del+Caudillo,+Salamanca,+Spain/@40.5615962,-6.4992351,19z/data=!4m2!3m1!1s0xd3c2ece6696f12d:0x79b9bf30acd67494> (09.07.2014)

Abb. 3: Screenshot der Suchmaschine des *Municipio Madrid*, in: <http://www-2.munimadrid.es/ConsultasBDCWebSqlInternet/jsp/index.jsp> (19.01.2015)

10.2 Primärquellen

Tageszeitungen:

“*El País*”

Zeitraum 01.01.2006–31.12.2013

“*El Mundo*”

Zeitraum 01.01.2006–31.12.2013

Parlamentsdebatte:

- Cortes Generales, Diario de sesiones del Congreso los Diputados, **1 de junio de 2004**, VIII Legislatura, Núm. 13; Proposición no de ley.
- Cortes Generales, Diario de sesiones del Congreso los Diputados, **27 de abril de 2006**, VIII Leg, Núm 172.
- Cortes Generales, Diario de sesiones del Congreso los Diputados, **14 de diciembre de 2006**, VIII Leg, Núm 222. 11255–11285.
- Cortes Generales, Diario de sesiones del Congreso los Diputados, **20 de marzo de 2007**, VIII Leg., Núm. 241. 12164.

- Cortes Generales, Diario de sesiones del Congreso los Diputados, **17 de octubre de 2007**, VIII Leg., Núm 925. 871–904.
- Cortes Generales, Diario de sesiones del Congreso los Diputados, **31 de octubre de 2007**, VIII Leg., Núm 296. 14611–14633.
- Cortes Generales, Diario de sesiones del Senado, **20 de noviembre de 2007**, VIII Leg., Núm. 543. 1.
- Cortes Generales, Diario de sesiones del Senado, **28 de noviembre de 2007**, VIII Leg., Núm. 549. 2–16.
- Cortes Generales, Diario de sesiones del Senado, **10 de diciembre de 2007**, VIII Leg., Núm. 140. 8871–8904.

Gesetzestexte, Verfassung und Berichte:

Decreto- Ley 10/1969, de 31 de marzo por el que se declara la prescripción de todos los delitos con anterioridad al 1 de abril de 1939. 4704.

<http://www.boe.es/boe/dias/1969/04/01/pdfs/A04704-04704.pdf> (04.06.2014)

Ley 46/1977, de 15 de octubre, *de Amnistía*. 22765- 22766.

<http://www.boe.es/boe/dias/1977/10/17/pdfs/A22765-22766.pdf>

Ley 24/2006, de 7 de julio, *sobre declaración del año 2006 como Año de la Memoria Histórica*. 25573- 25573.

<http://www.boe.es/boe/dias/2006/07/08/pdfs/A25573-25573.pdf>

Llei 13/2007, del 31 d'octubre, *del Memorial Democràtic*.

http://www20.gencat.cat/portal/site/portaljuridic/template.PAGE/menuitem.d15a4e5dfb99396dc366ec10b0c0e1a0/?javax.portlet.tpst=ba5f51819ed19d6c56159f10b0c0e1a0&javax.portlet.prp_ba5f51819ed19d6c56159f10b0c0e1a0=action=fitxa&documentId=423243 (23.06.2014)

Ley 52/2007, de 26 de diciembre, *por la que se reconocen y amplían derechos y se establecen medidas en favor de quienes padecieron persecución o violencia durante la guerra civil y la dictadura*. 53410- 53416.

<http://www.boe.es/boe/dias/2007/12/27/pdfs/A53410-53416.pdf>

Spanische Verfassung von 1978.

http://www.congreso.es/constitucion/ficheros/c78/cons_esp.pdf (20.07.2014)

“Informe General de la Comisión Interministerial para el estudio de la situación de las víctimas de la Guerra Civil y del Franquismo.” 26 de junio 2006.

http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=3&ved=0CDEQFjAC&url=http%3A%2F%2Fwww.mpr.es%2FNR%2Frdonlyres%2F3834DA97-8D86-4CD0-AE2E-7C8AA123725A%2F77935%2FInformeGeneral.pdf&ei=8MjxU6yOK8rT0QX-soDoBw&usg=AFQjCNE_rJeikBHqsLv32WJd9XCqCJS_1A&bvm=bv.73231344,d.d2k

UN Resolution 7 “The Spanish Question” (1946).

<http://unscr.com/en/resolutions/doc/7> (22.07.2014)

A.I (2013): *El tiempo pasa, la impunidad permanece. La jurisdicción universal, una herramienta contra la impunidad para las víctimas de la Guerra Civil y el franquismo en España*. Madrid. <http://www.amnistia.org.ar/sites/default/files/AIFran.pdf> (22.07.2014)

10.3 Literatur

Abad Licerias, José María (2009): *Ley de Memoria Histórica. La problemática jurídica de la retirada o mantenimiento de símbolos y monumentos públicos*. Dykinson, Madrid.

Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Memory and Amnesia. The role of the Spanish Civil War in the transition to democracy*. Berghan Books, New York.

Aguilar Fernández, Paloma (2008): *Políticas de la Memoria y Memorias de la Política*. Alianza Editorial, Madrid.

Altmann, Werner/Bernecker, Walther L./Vences, Ursula (Hg.) (2009): *Debates sobre la memoria histórica en España. Beiträge zu Geschichte, Literatur und Didaktik*. Walter Frey, Berlin.

Assman, Aleida (2014²): *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. C.H.Beck, München.

Assman, Aleida (2010⁵): *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. C.H.Beck, München.

Azaryahu, Maoz (2012): "Renaming the past in post-Nazi Germany: insights into the politics of street naming in Mannheim and Potsdam." In: *Cultural Geographies*, N° 9(3). 385–400.

Barrios, Harald: „Grundzüge des politischen Systems.“ In: Bernecker, Walther L. (2008): *Spanien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Vervuert, Frankfurt/Main. 53–84.

Bering, Dietz: „Grundlegende kulturwissenschaftliche Studien über Straßennamen: Projektentwurf von 1989.“ In: Eichhoff, Jürgen/Seibicke, Willfried/Wolffsohn, Michael (Hg.) (2001): *Namen und Gesellschaft. Soziale und historische Aspekte der Namengebung und Namenentwicklung*. Dudenverlag, Wien/Mannheim/Leipzig/Zürich.

Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2011): *Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936–2010*. Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim.

Bernecker, Walther L. (2010): *Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert*. C.H. Beck, München.

Bernecker, Walther L. (2008): "Politik zwischen Konsens und Konfrontation: Spanien im 21. Jahrhundert." In: *Spanien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Vervuert, Frankfurt/Main. 85–105

Bernecker, Walther L. (2005²): *Krieg in Spanien 1936–1939*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Bernecker, Walther L. „‘Memorias Históricas‘ en España- debates y desarrollos recientes." In: Altmann, Werner/Bernecker, Walther L./Vences, Ursula (Hg.) (2009): *Debates sobre la memoria histórica en España. Beiträge zu Geschichte, Literatur und Didaktik*. Walter Frey, Berlin. 15–40.

Brinkmann, Sören: „Der Fall Spanien: Soziale und nationale Identitäten in der Erinnerung an den Bürgerkrieg.“ In: Lingen, Kerstin von (2009): *Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945 : Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis*. Schöningh, Paderborn/Wien. 425–439.

Collado Seidel, Carlos (2010²): *Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts*. C.H. Beck, München.

Erll, Astrid (2011²): *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskultur*. J.B. Metzler, Stuttgart/Weimar.

Gimber, Arno/Rodríguez Martín, José M./Schütz, Jutta/Walter, Klaus P. (2012): *Spanien verstehen*. WBG, Darmstadt.

Graham, Helen (2012): *The war and its shadow: Spain's Civil War in Europe's long twentieth century*. Sussex Academic Pr., Eastbourne.

Halbwachs, Maurice (2006): *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*. Suhrkamp, Frankfurt/Main.

Juliá, Santos: „Von den Kindern an die Enkel: Erinnerung und Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs während der Transition und in der Demokratie.“ In: Olmos, Ignacio/Keilholz-Rühle, Nikky (Hg.) (2009): *Kultur des Erinnerns. Vergangenheitsbewältigung in Spanien und Deutschland*. Vervuert, Frankfurt/Main. 75–86.

Kruse, Jan/Biesel, Kay/Schmieder, Christian (2011): *Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz*. VS Verlag, Wiesbaden.

Lakoff, George/Johnson, Mark (2007): *Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern*. Carl-Auer, Heidelberg.

Liedtke, Frank: „Bedeutung, Metaphern, Kognition- Zu einigen Grundbegriffen der Analyse politischer Sprache.“ In: Panagl, Oswald/Stürmer, Horst (Hg.) (2002): *Politische Konzepte und verbale Strategien. Brisante Wörter- Begriffsfelder- Sprachbilder*. Peter Lang, Frankfurt/Main. 253–264.

Niedermair, Klaus: „Metaphernanalyse.“ In: Hug, Theo (Hg.) (2001): *Wie kommt die Wissenschaft zu Wissen? 2. Einführung in die Forschungsmethodik und Forschungspraxis*. Schneider-Verl. Hohengehren, Baltmannsweiler. 144–165.
Abgerufen unter: <http://homepage.uibk.ac.at/~c10803/Niedermair%20Metaphernanalyse.pdf> (10.05.2014)

Nora, Pierre (1998): *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*. Fischer, Frankfurt/Main.

Núñez, Xosé-Manoel/Stucki, Andreas: „Neueste Entwicklungen und Tendenzen der postdiktatorischen Geschichtskultur in Spanien.“ In: Troebst, Stefan (Hg.) (2010): *Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas : Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*. Wallstein, Göttingen. 205–224.

Paniagua, Javier (2009): *La transición democrática. De la dictadura a la democracia en España (1973-1986)*. Grupo Anaya, Madrid.

Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit. Die Kontroverse um Bürgerkrieg und Diktatur in Spanien*. Rotpunktverlag, Zürich.

Preston, Paul (2012): *The Spanish Holocaust. Inquisition and Extermination in Twentieth-Century Spain*. W. W. Norton & Company, New York/London.

Prutsch, Ursula (2012): *Iberische Diktaturen. Portugal unter Salazar, Spanien unter Franco*. StudienVerlag, Innsbruck.

Richards, Michael: "Grand Narratives, Collective Memory and Social History. Public Use of the Past in Postwar Spain." In: Jerez-Farrán, Carlos/Amago, Samuel (Hg.) (2010): *Unearthing Franco's Legacy. Mass Graves and the Recovery of Historical Memory in Spain*. University of Notre Dame Press, Indiana. 121–145.

Rose-Redwood, Reuben/ Alderman, Derek/Azaryahu, Maoz (2010): "Geographies of toponymic inscription: new directions in critical place-name studies." In: *Progress in Human Geography* 34 (4). 453–470.

Sánchez Costa, Fernando (2009): "Los mapas de la memoria. Nombres de calles y políticas de memoria en Barcelona y Madrid." En: *Hispania Nova Revista de Historia Contemporánea*, N° 9 (2). 191–218.

Sánchez Costa, Fernando (2009): "La cultura histórica: una aproximación diferente a la memoria colectiva". En: *Pasado y memoria: Revista de Historia Contemporánea*, N° 8. 267–286.

Sánchez Costa, Fernando (2009). "Cultura histórica y nombres de calles: aproximación al nomenclátor contemporáneo de Barcelona y Madrid". En: *Memoria y civilización: anuario de Historia de la Universidad de Navarra*, N° 12. 217–251.

Sanz, Jesús de Andrés (2006): "Los símbolos y la memoria del Franquismo." In: *Fundación Alternativas (Estudios de Progreso)*, N° 23, Madrid.

Sondergeld, Birgit (2010): *Spanische Erinnerungskultur: Die Assmann'sche Theorie des kulturellen Gedächtnisses und der Bürgerkrieg 1936–1939*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Stachel, Peter: „Stadtpläne als politische Zeichensysteme. Symbolische Einschreibungen in den öffentlichen Raum.“ In: Jarowski, Rudolf/Stachel, Peter (Hg.) (2007): *Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich*. Frank & Timme, Berlin. 13–60.

Thomas, Maria (2011): "Disputing the Public Sphere: Anticlerical Violence, Conflict and the Sacred Heart of Jesus." En: *Cuadernos de Historia Contemporánea*, N° 33. In: <http://revistas.ucm.es/index.php/CHCO/article/viewFile/36665/35504> (02.06.2014)

Varela Iglesias, M. Fernando (2005): *Panorama de Civilización Española. España y España en América*. Facultas, Wien.

Wolfrum, Edgar: "Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder." In: Scheunemann, Jan (Hg.) (2010): *Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland*. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig. 13–47.

Nachschlagwerke

Aparisi Laporta, Luis M. (2001): *Toponimia madrileña: proceso evolutivo*. Gerencia Municipal de Urbanismo. Ayuntamiento de Madrid.

Unpublizierte Werke- Diplomarbeiten, Seminararbeiten

Lasser, Laura (2010): *Der spanische Bürgerkrieg aus der Sicht der heutigen spanischen Gesellschaft: Vergleich der Regierungsperiode José Maria Aznar (1996–2004) mit der von José Luis Rodríguez Zapatero (2004–2008)*. Universität Wien.

Malisch, Julia (2013): *Der Armenische Völkermord und die Entstehung des Begriffs „Genozid“*. (Seminararbeit, 27 S.)

Nemec, Birgit (2008): *Straßenumbenennungen in Wien als Medien von Vergangenheitspolitik*. Universität Wien.

Seitl, Robert (2012): *Der Spanische Bürgerkrieg und die Franco-Diktatur in der offiziellen Erinnerung – die aktuelle Debatte über die Memoria Histórica in Spanien*. Universität Wien.

10.4 Internetquellen

Homepage des Ministeriums für Bildung und "Memoria Histórica", welche den Werdegang und die Umsetzung der „Ley de Memoria Histórica“ dokumentiert:

<http://www.memoriahistorica.gob.es/index.htm>

Homepages von Stadt- und Gemeindeverwaltungen:

Madrid:

<http://www-2.munimadrid.es/ConsultasBDCWebSqlInternet/jsp/index.jsp>

Numancia de la Sagra:

http://www.ayuntamientonumanciadelasagra.com/#!about_us/cjg9

Guadina del Caudillo:

<http://www.guadianadelcaudillo.es/09.07.2014>

Bardena del Caudillo:

<http://www.pueblos-espana.org/aragon/zaragoza/bardena+del+caudillo/>

Llanos de Caudillo:

<http://llanos.infomancha.com/>

Homepages von Opfer- und Menschenrechtsorganisationen:

Asociación para la recuperación de la Memoria Histórica (ARMH):

<http://memoriahistorica.org.es/index.php>

Asociación Víctimas del Terrorismo (AVT):

<http://www.avt.org/historia-y-fines/>

Equipo Nizkor:

<http://www.derechos.org/nizkor/about.html>

Zeitungsartikel online:

APA (2012): „Dr.-Karl-Lueger-Ring wird in Universitätsring umbenannt.“ 19.04., in: <http://derstandard.at/1334795565355/Wien-Dr-Karl-Lueger-Ring-wird-in-Universitaetsring-umbenannt>

Dahms, Martin (1996): „Spanien: Zwanzig Jahre El País.“ In: *Die Zeit*, 17.05., in: <http://www.zeit.de/1996/21/elpais.txt.19960517.xml/seite-3> (22.07.2014)

Herrera, Álex (2008): „Entre el amor y el perdón“, 19.12., in: http://www.abc.es/hemeroteca/historico-19-12-2008/abc/Canarias/entre-el-amor-y-el-perdon_911985355099.html

o.A.(2004): „Resultados Congreso 2004.“ o.A., in: <http://www.20minutos.es/resultados-elecciones/2004/congreso/>

Schmidt, Katharina (2013): “Straßennamen im Umbruch.“ 06.05., in: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtpolitik/?em_cnt=544295

Torres Benayas, Victoria (2011): “De Doctor Vallejo Nájera a calle Contra la Impunidad.” 18.07., in: http://elpais.com/elpais/2011/07/18/actualidad/1310977031_850215.html

Diverses:

Bundeszentrale für politische Bildung, „*El País*“:

http://www.eurotopics.net/de/home/medienindex/media_articles/?frommedia=20&search=1

Bundeszentrale für politische Bildung, „*El Mundo*“:

http://www.eurotopics.net/de/home/medienindex/media_articles/?frommedia=622

Homepage des *Valle de los Caídos*:

<http://www.valledeloscaidos.es/monumento/objetivo>

Aktualisierte Statistik der Publikation spanischer Printmedien.

<http://www.introl.es/medios-controlados/>

11 Anhang

11.1 Abstract

Mit Anbruch des neuen Millenniums, kommt es in Spanien zu dem sogenannten „Gedächtnisboom“. Im Zuge der Exhumierungen von Massengräbern aus dem Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939, wird die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des Landes und den spezifischen Erinnerungsdiskursen in die Tagespolitik erhoben.

Nach den Wahlen 2004, aus denen der PSOE als Sieger hervorgeht, wird 2007 das Gesetz 52/2007: *“Ley por la que se reconocen y amplían derechos y se establecen medidas en favor de quienes padecieron persecución o violencia durante la Guerra Civil y la Dictadura”* – bekannt geworden unter dem Namen *“Ley de Memoria Histórica”* – verabschiedet.

Die vorliegende Diplomarbeit analysiert die Parlamentsdebatte mit einem Schwerpunkt auf den Metaphern und Perspektiven, welche die beiden stimmenstärksten Parteien – zwischen 2006 und 2013 sind dies PSOE und PP – in ihren Gedächtnispolitik(en) im Rahmen der *„Ley de Memoria Histórica“* anleiten. Dabei werden Konfliktfronten sichtbar gemacht und im Vergleich mit den Beiträgen in den beiden Tageszeitungen mit der höchsten Auflagenzahl, *„El País“* und *„El Mundo“*, eine Annäherung an den Diskurs um die Vergangenheitsbewältigung versucht werden.

Im zweiten Teil Arbeit wird die Auswirkung des Artikels 15 des Gesetzes, welcher die Entfernung aller Symbole vorsieht, die den Bürgerkrieg oder die Diktatur verherrlichen, anhand der Umbenennung von Straßennamen in der Hauptstadt dargelegt.

Zuerst wird ein Überblick über die bis heute vorhandenen Spuren des Franquismus und ihren Beitrag zur Herrschaftslegitimation, geboten.

Straßennamen werden in der Arbeit als Medien des kollektiven Gedächtnisses, nicht nur in ihrer Ordnungsfunktion, sondern vordergründig in ihrer Rolle als Träger politischer Konzepte und Ideen verstanden. Obgleich sie die meiste Zeit von ihren Benutzern und Benutzerinnen unbeachtet bleiben und als „natürlich“ wahrgenommen werden, können Straßennamen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels, als Auslöser und Kristallisationspunkte für verschiedenste Konflikte, ihr Potential entfalten. Um dies für den Spanischen Fall zu überprüfen, werden die beiden Printmedien zwischen 2006 und 2013 auf die Wiedergabe von Reaktionen der Anrainer und Anrainerinnen auf die Umbenennung von Straßennamen untersucht.

11.2 Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Julia Malisch
Geburtsdatum/-ort: 17.01.1989/Wien
Staatsbürgerschaft: Österreich
Muttersprache: Deutsch

Ausbildung

September 2009–Mai 2015: Universität Wien, Lehramtsstudium UF Spanisch, UF Geschichte, Sozialkunde und politische Bildung
Februar–Juli 2012: Erasmusemester Tenerife, Universidad de La Laguna
September 2007–Juli 2009: Bilinguales Kolleg (E/D) ibc:-Hetzendorf, (Ausbildungsschwerpunkt: Organisational Behaviour and Cross Cultural Management)
September 1999–Juli 2007: BG/BRG Rosasgasse 1-3, 1120 Wien
September 1995–Juli 1999: Volksschule Deckergasse 1, 1120 Wien

Berufliche Erfahrungen

seit September 2014: Erzieherin, AHS- St. Ursula
Juli 2014: Produktionsmitarbeiterin Popfest Wien
September 2010–März 2014: Der Mann, der verwöhnt- Back GmbH, Verkauf
Februar–Juni 2011: Umwelt-Kultur-Praktikum bei Global 2000
2. Juni–19. Juni 2009: Work Placement Programme “The Better Food Company”, Bristol, UK
September 2007–2010: Ströck Brot GmbH, Verkauf

Qualifikationen und Interessen

Sprachkenntnisse: Englisch, fließend in Wort und Schrift
Spanisch, fließend in Wort und Schrift
Kroatisch, Grundkenntnisse
Interessen: Theater spielen (Amateurgruppen „Der Spiegel“, seit 2006, „Kolpingbühne Meidling“, „Ensemble Meidling“) Pfadfinder*innen (Leiterin seit 2007)